

Biblioteka
U. M. K.
Toruń

010335/1847
II

552.

Das

Westphälische Dampfboot.

Eine Monatschrift.

Redigirt

56.

von

Dr. Otto Lüning.

Dritter Jahrgang.



Februar.

Preis für den Jahrgang 2 Thlr. 15 Sgr.

Paderborn.

Druck und Verlag von W. Crüwell.

1847.



010335





4. 2

Industrie und Schutzzölle.

Die arme deutsche Industrie! Schon seit Jahren ringt sie vergebens, den Umarmungen des englischen Riesen sich zu entwinden. Schutzzölle, um jeden Preis Schutzzölle! lautet das Feldgeschrei der Fabrikanten, der Baumwollenspinner und Baumwollweben unter der Leitung des Dr. List; bis jetzt hat der Zollverein seine alte Handelspolitik noch nicht aufgegeben, die zum großen Leidwesen der praktischen und erfahrenen Handelsmänner noch in den Händen der bürokratischen Staatsmänner ist — bis jetzt hat der Zollverein noch Anstand genommen, die Interessen dieser Klasse von Fabrikanten zum überwiegenden Einflusse gelangen zu lassen. In dem Zollverein, auf dem materiellen Gebiete muß der Kampf der deutschen Bourgeoisie gegen die Bürokratie zur Entscheidung kommen; die Fabrikanten werden allmählig durch die Noth gezwungen, durchzusetzen, daß die Handelspolitik des Zollvereins nach ihren nationalökonomischen Prinzipien reformirt werde. Es handelt sich für sie um Sein oder Nichtsein, um Macht oder Ruin, und das ist ein Grund, der bestimmend genug für sie ist, für die Rettung aus dieser kritischen Lage auch die größten Anstrengungen nicht zu scheuen, und die impertinentesten Sophismen zu Hülfe zu rufen. Alle Hülfsmittel, die sie für die Beweisführung der Richtigkeit ihrer Theorien gebrauchen kann, müssen ihr willkommen sein; sie nimmt auch keinen Anstand das „Volk“ vorzuschieben, und die „nationale Wohlfahrt,“ um welche es sich handele; sie identifizirt ihr egoistisches Privatinteresse mit dem des Volkes, das sich wenig um Schutzzölle kümmert, das Befreiung aus seinem Elende fordert. Die Aristokratie und Bourgeoisie aller Länder ist „national,“ und auch die deutsche rühmt viel von ihrer Nationalität, von ihrem deutschen Sinn und deutschen Streben, womit sie die Wichtigkeit ihrer Bestrebungen für die „Gesamtheit“ bezeichnen will. Sie bildet noch nicht in dem Sinne, wie die englische und französische Klasse gleichen Namens, eine den Interessen der besiplosen Klassen gegenüber geschlossene Gesamtmacht, die überall bewußt den ihr entschieden feindlichen Bestrebungen entgegentritt; — aber sie ist in der besten Entwicklung begriffen, sich ein besonderes, durch ihre gemeinsamen Interessen geschlossenes

Standesbewußtsein zu bilden. Sie phantastirt zwar noch, sie theoretisirt, sie will durch Schutzzölle oder andererseits durch Handelsfreiheit, auch durch Vereine die Wunden des Volkes heilen; sie ist philanthropisch noch zum größten Theile, — sie will durch „Hebung“ der Industrie das Volk heben, ja sie nennt sich auch wohl „sozialistisch,“ wenn sie ihre Sympathie für die Sache des Volkes bezeichnen will. Wie kühn, wie hochherzig! Diese eigenthümliche Art von Sozialismus, ein sonderbares Gemisch aus dem „guten Willen,“ Mitleid und Wohlthätigkeit aus moderner Reformoquetterie mit dem alten Jozf, dem gründlichsten Respekt vor den „wohlterworfenen Rechten“ aller Art, ist auch in der Literatur Modeartikel geworden; es gehört zum „guten Tone,“ zuweilen etwas sozialistisch zu schwätzen. Jammer und Mitleid affectiren die Herren genug, aber wahrlich selten bligt jene Kraft der unerschütterlichen Ueberzeugung, des männlichen Willens, welche allein dafür bürgt, daß die Zeit der feigen Sentimentalität und Zerrissenheit endlich hinter uns liegt. Wer den Gefühlsbrei und die Romantik, die unsere Literatur täglich produziert, hinunter zu würgen vermag, muß eine gesunde Natur haben. Aus der Arroganz, die auf allen Gassen damit prahlt, daß sie das „Volk“ am besten kenne, ohne jemals sich um seine wirkliche Lage, seine Mühen und Sorgen und um das, was in ihm, wenn auch noch unklar nach Gestaltung ringt, bekümmert zu haben — aus dieser Arroganz entstehen alle jene kindischen Geschichtchen und Schriften, welche das „Volk“ lesen soll, um kindlich und kindisch zu bleiben. Diese Schriftchen, „Dorfgeschichten“ und „Gevattersmänner“ des Hrn. Auerbach und Konf. gehen von der Voraussetzung aus, daß das Volk ein Kind sei und wie ein Kind behandelt werden müsse; aber das Volk verlangt gesunde Nahrung, es ist mit den Milchsuppen nicht zufrieden. Auch die Milchsuppen sollen „sozialistisch“ sein und jene Herren, die das Volk so gut zu kennen vorgeben, würden sehr böse werden, wollte man ihnen die Liebe zum „Volke“ absprechen. Aber was diese Herren retten wollen im Volke, was sie das wesentliche Element desselben nennen, jene poetische Idylle — o weh! — sie existirt nirgends mehr, als in ihren eigenen Köpfen, und die schönen Träume von ländlicher idyllischer Unschuld brechen zusammen vor der rauhen Wirklichkeit. — Doch wie soll das mit der Industrie zusammen hängen? Dorfgeschichten und Industrie? Näher, als man vielleicht glaubt. Erstens wird der, welcher das „Volk“ der Industrie kennen gelernt hat, das fleißige aber im Elende verkümmernde Volk, niemals mehr idyllische Dorfgeschichten schreiben, die die „süßen Gewohnheiten“ und die kindlich-poetischen „Sitten“ des Volkes lobpreisen — ohne für das Irrenhaus reif zu werden. — Zweitens prunkt auch jene Klasse von Industriellen, welche durch Schutzzölle das Elend der

Proletarier heilen will, theilweise mit ihrer ganz besondern „Liebe zum Volke,“ und „will“ ihm auch wohl helfen, so weit es durch Wohlthätigkeit und ohne Beeinträchtigung ihrer Vorrechte möglich ist. Aber was nützt alles „wohlwollende“ Mitleid zulezt, aller erheuchelte oder aufrichtig gemeinte Jammer, der ganze bürgerliche Sozialismus, der zwar immer gesteht: „Ja, es muß etwas geschehen, den Leuten muß geholfen werden,“ aber vor lauter Furcht, das Bestehende möge nicht bestehend bleiben, es nicht weiter, als zu Phrasen bringt.

Neben jener Klasse liberal-philantropischer Bourgeois bildet sich eine andere, die mit mehr Bewußtsein auftritt und es endlich auch nicht mehr verhehlt, daß sie nur für ihre egoistischen Interessen kämpft und dem Sage ihres Herrn und Meisters, des Dr. List folgt, daß es noch größere Uebel gebe, als einen Stand von Proletariern, nemlich „leere Schatzkammern!“ Wenn diese Partei für Schuzzölle kämpft und Hebung der Industrie, so weiß sie sehr wohl, daß diese „Industrie“ in der heutigen Organisation unter der Herrschaft des habgierigen Kapitals das arbeitende Volk dem Elende und der Entwürdigung überliefert, sie weiß sehr wohl, daß Schuzzölle nichts helfen — aber warum sollte sie das öffentlich sagen? das ist überflüssig. Diese Industriellen verschanzen sich hinter der „ökonomischen Nothwendigkeit der Hebung des Nationalwohlstandes, dem drohenden Ruin der Industrie;“ dieser „Nationalwohlstand“ aber besteht in der „Vermehrung der Tauschwerthe“ und hat die bemerkenswerthe Eigenschaft, daß die „Wohlfahrt der Menschen“ dazu in umgekehrtem Verhältnisse steht. Warum sollten diese Herren, die soviel Sorge darauf zu verwenden haben, wie sie ihr Kapital am „nützlichsten“ vermehren können, die „Arbeiten“ das „für sich Arbeiten lassen“ nennen, warum sollten diese liberalen Männer sich zu ihren „schweren“ Sorgen noch die Sorge um das Proletariat aufladen? Das ist nur geschaffen, um verbraucht zu werden, wie jedes andere Werkzeug. Die Kritik sucht ihren Gegner, wenn er sich nicht offen zeigt, auch in seinem Verstecke auf, und jene Bourgeoisie wird es am Ende nicht mehr wehren können, daß ihre Volkswirtschaftslehre endlich auch praktisch der Vernichtung übergeben wird, wie sie theoretisch schon längst ihre Heiligkeit verloren hat.

Industrie und Schuzzölle! das Thema ist schon oft und erschöpfend behandelt worden; unsere Leser werden sich nicht ohne Grund vor langweiligen Wiederholungen fürchten. Aber wenn sich jene liberale Klasse nicht scheut, in ihren Organen immer die alten Beweisgründe und Raisonnements zum Ueberdruße zu wiederholen, so darf auch die Kritik nicht ermüden, sophistische Beweisführungen auf ihren wahren Gehalt zurückzuführen, damit man Menschen und Zuständen offen in's Gesicht sehen kann.

In der jüngsten Zeit hat die Erhöhung des Zolles auf englische Twiste von 2 Thlr. auf 3 Thlr. pro Ctr. ohne Rückzoll auf den Export der Baumwollensfabrikate wieder Veranlassung gegeben, die Schutzollfrage wieder anzuregen und unsere Fabrikanten in Bewegung zu setzen. Jene Maafregel, die nur einen fiskalischen Zweck hat, berührt die Interessen unserer Industriellen zu nahe, als daß sie dazu sich ruhig verhalten könnten. Die Schutzoll-Einrichtungen des Zollvereins sind nicht geeignet, die deutsche Industrie von der englischen Suprematie zu befreien und zur „Blüthe“ zu bringen, sondern erhalten sie vielmehr fortwährend in einem schwankenden Zustande. So ist auch die neue erwähnte Maafregel nicht genügend, neue Baumwollspinnereien im Zollverein hervorzurufen, wie das auch schon die belgischen Fabrikanten, die anfangs nachtheilige Folgen für ihre Baumwollenindustrie davon befürchteten, zugegeben haben. Durch Erhöhung des Schutzolles auf ausländische Garne ohne einen entsprechenden Rückzoll für die exportirten Baumwollensfabrikate würden aber die Baumwollen-Webereien entschieden zurückgesetzt werden. Auch sind gegen jene Maafregel schon die Rothfärber des Wupperthales aufgetreten und haben sich in einem Protokolle, welches die Aachener Ztg. Nr. 319 mittheilt, offen dahin ausgesprochen, „daß jene Zollerhöhung von nicht weniger als 50% für ihre Branche im höchsten Grade verderblich sein würde.“ „Die Zollvereinsstaaten konsumiren nur gegen 1½ Millionen Pfund — Die Türkisch-Rothfärbereien des Wupperthales färben jährlich ein Quantum von ungefähr 5 Millionen Pfund im Werthe von ungefähr 4½ Millionen Thaler — für die übrigen $\frac{7}{10}$ vom gesammten Quantum, oder 3½ Millionen Pfund müsse der Absatz außerhalb des Zollvereines, besonders in Ostindien gesucht werden. Die im Zollverein bestehenden Spinnereien liefern kaum $\frac{1}{3}$ des von der Vereinländischen Baumwollenindustrie benötigten Quantums und die zu der Färberei nöthige bessere Qualität sei der Fabrikant gezwungen, zum größten Theile aus England zu beziehen. Durch jene Zollerhöhung werde aber das deutsche Fabrikat vertheuert und damit sei der Verfall der Färbereien unausbleiblich, weil der Absatz auf den ausländischen Märkten der starken englischen Konkurrenz erliegen würde.“ Die Rothfärber fanden ein Mittel gegen das „ihnen und ihren Arbeitern drohende Unglück“ nur in einer vom Staate gewährten „Rückvergütung des Zolles.“ „Die hohe Staatsregierung habe es stets ausgesprochen, daß bei Erhebung der Zölle auf die Erzeugnisse der Industrie nicht eine Hebung der Staatseinkünfte, sondern ein Schutz der vaterländischen Industrie beabsichtigt werde“ und sie beantragen daher „bei dem hohen Finanzministerium die Gewährung eines Rückzolles von 3 Thlr. pro Ctr. auf alle auszuführenden

Türkischroth gefärbten baumwollenen Garne,“ damit ihr Exporthandel nicht vernichtet werde. Ein anderer Schlag ist den Industriellen durch den neuen belgisch-holländischen Handelsvertrag zugefügt worden, wodurch den Einfuhrartikeln aus Belgien erhebliche Begünstigungen vor den Einfuhrartikeln der Industrie des Zollvereins gewährt werden sollen. Gegen diese Maafregel werden Differentialzölle gegen die Niederlande verlangt und die Industriellen und „Industriefreunde“ des Rheinlandes haben sich ebenfalls mit einem Gesuche an den Finanzminister gewandt, worin sie die für die Industrie des Zollvereins verderblichen Wirkungen jenes Handelsvertrage zu schildern suchen. —

Dann aber kommen die Baumwollenspinner, denen zur „Hebung ihrer Industrie“ jene Erhöhung des Zolles von 2 Thlr auf 3 Thlr. pro Ctr. noch nicht genügend ist; diese verlangen 5 Thlr. Schutz Zoll pro Ctr. und entsprechenden Rückzoll, wodurch die Interessen der Baumwollspinner und Baumwollweber vermittelt werden sollen. Ein Schutz Zoll auf Baumwollgarne ohne einen entsprechenden Rückzoll bei der Ausfuhr der daraus gefertigten Fabrikate müßte den gänzlichen Ruin dieses Exportgeschäftes zur Folge haben. Die Organe für die Interessen dieser Industriellen sind besonders die Aachener und die Weser-Zeitung. Jene, welche zwar sehr freisinnig ist, so weit es gehen will, bekundet in allen ihren Artikeln eine merkwürdige Unkenntniß der sozialen Bewegung, indem sie immer in's blaue hinein gegen einen selbstgemachten Strohkerl sichts, den sie „Kommunismus“ nennt. Hinter ihrer Zollvereinspolitik schimmern alle jene schönen „nationalen“ Träume unserer Industriellen in nebelgrauer Ferne von „Deutschlands Größe, deutscher Industrie, Schiffahrt, Kolonie, Kriegsflotte u. s. w. u. s. w. In neuester Zeit widmet sie der Schutz Zollfrage längere Artikel, worin sie den Ruin der deutschen Industrie prophezeit, wenn nicht die Zölle erhöht werden, d. h. der deutschen Baumwollenindustrie. Zölle, Zölle! Schon Jahre lang gellen dem deutschen Publikum davon die Ohren und noch immer sind die Wünsche unserer Industriellen unerfüllt geblieben. Weshalb? Hat der Staat vielleicht nicht die Absicht, die Industrie zu „heben,“ weil er, wie man sagt, seine Stütze in dem Ackerbau und dem feudalen Grundbesitz hat und eine industrielle Bourgeoisie und ein ausschließliches industrielles Proletariat nicht zur Ausbildung gelangen lassen will? Es scheint beinahe sich so zu verhalten. Eine andere Frage ist es, ob er auf die Dauer dieser in der modernen Zeitentwicklung begründeten Macht widerstehen kann. — Die Aachener Zeitung wirft auch zuweilen einen mitleidigen Seitenblick auf die arbeitenden Klassen, aber auch nur zuweilen. Ueber Schutz Zölle und Baumwolle das Loos der Tausend Unglücklichen zu vergessen, die in den Zwin-

gern der modernen industriellen Lehnherrschaft, in den Fabriken und über ihren Webestühlen verkümmern, das ist liberal, ächt liberal!

Die erwähnten Artikel über „die Nothwendigkeit der Schutzzölle für Baumwollengarn und Baumwollenwaaren“ bringt die Nachener Zeitung in Nro. 319 und Nro. 323. „mit besonderer Berücksichtigung der industriellen Verhältnisse des Kreises Gladbach.“ Der I. Artikel erörtert die Frage: Bedürfen die deutschen Baumwollspinnereien und Baumwollwebereien eines Schutzzolles und resp. eines Rückzolles? Der Verfasser beweiset die Nothwendigkeit aus der Ohnmacht der deutschen Industrie, mit der englischen zu konkurriren. Obgleich es bekannt ist, daß den Industrieinteressen der Baumwollenlords die Interessen der Ackerbauaristokratie feindlich gegenüberstehen, welche sich mit aller Macht gegen die Aufhebung der den Industriellen vortheilhaften Aufhebung der Kornzölle auflehnt, so erzählt unser Verfasser doch höchst naiv von einer „durch die englische Verfassung erzeugten harmonischen Ausbildung aller materiellen Interessen — des Acker- und Bergbaues, der Industrie des Handels und der Schifffahrt — welche diese verschiedenen Erwerbszweige in einen organischen Zusammenhang gesetzt habe, wodurch ein Jeder auf die fernere Ausbildung und Förderung der Uebrigen wieder vortheilhaft einwirkt.“ Die Unkosten einer Spinnerei in Deutschland sollen sich um 36% höher, als in England herausstellen — auch müsse das Betriebskapital einer deutschen Spinnerei um 650% größer sein, als das einer englischen, weil trotz der „niedrigen Arbeitslöhne in Deutschland“ die jährlichen Betriebskosten einer deutschen Spinnerei höher seien, als die einer englischen. Daher kann der deutsche Fabrikant nirgends mehr mit den englischen und belgischen konkurriren, die mit vortheilhafteren Mitteln produzieren; so ist der Export der deutschen Baumwollenfabrikate z. B. nach Holland in den letzten 10 Jahren so gesunken, daß er nur noch $\frac{1}{10}$ des früheren beträgt. Früher gab diese Industrie im Kreise Gladbach 10,000 Arbeitern lohnende Beschäftigung, jetzt nicht mehr. — Das mag Alles richtig sein, beweiset aber noch nicht, wie durch Schutzzölle die deutsche Industrie, welche in jeder Beziehung der englischen gegenüber ungünstig gestellt ist, anders, als auf Kosten der Konsumenten befähigt werden soll, die furchtbare englische Konkurrenz zu bewältigen und besonders, wie dadurch die Lage der sich mehrenden arbeitslosen Bevölkerung verbessert werden soll.

Der zweite Artikel behandelt die Fragen: Ist ein höherer Schutzzoll resp. Rückzoll für Baumwollen-Garne und Fabrikate mit den allgemeinen Landesinteressen verträglich? Ist das erwünschte Ziel, den Baumwollspinnereien den inländischen Markt und den Webereien ein

vortheilhaftes Exportgeschäft zu sichern, von der Gewährung eines 10jährigen Schutzzolles von 5 Thlr., und eines angemessenen Rückzolles zu Gunsten der Exportgeschäfte zu erwarten oder giebt es hierzu zweckmäßigere Mittel?“ Es muß dem Verfasser natürlich Alles daran liegen, diese Harmonie der verlangten Maßregel mit den „allgemeinen Landesinteressen“ herauszubringen, und wenn es nöthig ist, durch einige Sophistereien. Jene alltägliche Phrase „allgemeine Landesinteressen“ ist schon eine vollkommene Sophisterei, auf deren nähere Erklärung niemals eingegangen wird. Diese Allgemeinheit der Landesinteressen ist nur der Inbegriff der Interessen der Besizenden, und zwar ihrer ausschließlichen Interessen; es handelt sich dabei nur um die Interessen der Industriellen oder der Grundbesitzer, die es im Zollverein bis jetzt noch nicht zu jener ersehnten „Harmonie“ haben bringen können. Der Egoismus hat immer Furcht, daß er auf seinen eigensüchtigen Bestrebungen ertappt werden möge; er hängt sich deshalb das Mäntelchen der „Vaterlandsliebe“ um, oder, wie es in moderner Sprache heißt, „des Gesamtinteresses.“ Wäre der Egoismus aufrichtiger, wir hätten nicht mehr gegen absichtliche oder nicht absichtliche Täuschungen zu kämpfen, mit denen noch immer das Volk abgespeiset wird — wir hätten offene Gegner und wären um einige Jahrzehnte weiter fortgeschritten. — Gehen wir näher auf jenen Artikel ein.

Die Nacherer Ztg. sucht die Nothwendigkeit der Schutzzölle zu beweisen; auch das Elend des arbeitenden Volks muß ihr dafür den Beweis liefern. Aber was würden unsere Rothfärber zu einer Erhöhung auf 5 Thlr. pro Ctr. sagen? Die Nacherer Ztg. meint, daß erst nach einigen Jahren die Spinnereien sich vermehrt haben und die Wirkungen der Zölle sich zeigen würden: bis dahin würden die Twiste noch zum größten Theile aus England bezogen werden müssen und zwar würden die erhöhten Preise den Konsumenten zur Last fallen. Die daraus auf anderer Seite entstehenden Nachteile will die Nacherer Ztg. nicht als Nachteile gelten lassen, weil die anfangs belasteten Konsumenten nachher durch die steigende Konkurrenz im Inlande die Fabrikate billiger kaufen können und doch selbst auch Produzenten seien, die Vortheile von der durch Hebung der Baumwollenindustrie aufblühenden Schifffahrt zögen (vorausgesetzt nemlich, daß die Deutschen selbst auf Schiffen die rohe Baumwolle holen werden!) — Vortheile von dem erweiterten Verkehr, dem erweiterten Bergbau und der Landwirtschaft u. s. w. Uns liegt bei der ganzen Sache nicht das Interesse der Industriellen am Herzen, nicht das der Grundbesitzer — uns ist die Arbeiterfrage die wichtigste; wir bestreiten, daß die Industrie in der heutigen Gestaltung unter der Herrschaft des Kapitals, auch die „blühende“ Industrie, die Wohlfahrt der arbeitenden Bevöl-

ferung zu schaffen vermag, wir behaupten, daß diese Industrie nur für die Kapitalisten arbeitet und daß gerade ihre „Blüthe“ das Elend von Tausenden schafft. Das ist schmachvoll, empörend, das soll nicht immer so bleiben. Seid Ihr so schwach und feige geworden, daß ihr keinen Zorn mehr fühlt über die Euch ringsumgebende Entwürdigung, daß Ihr dem Uebel nachgibt, als einen unverbesserlichen? Vermag die Nacherer Ztg. Thatsachen hinwegzuläugnen? Nein — ebenso vergeblich ist es, mit Schutzzöllen gegen das Elend anzukämpfen; denn auch mit Schutzzöllen wird nichts gebessert. — Die Einwürfe, welche die Nacherer Ztg. zu widerlegen sucht, sind:

1) Die Staatseinnahmen würden durch die in Folge einer Erhöhung des Schutzzolles auf Baumwollengarn stattfindende Verminderung der Einfuhr dieses Artikels beeinträchtigt werden. Von ungefähr 500,000 Ctr. Baumwollengarne, die jetzt eingeführt werden, beträgt die Staatseinnahme 1 Million Thlr., à Ctr. 2 Thlr. Die Nacherer Ztg. meint, daß diese, auf der einen Seite entzogene fiskalische Einnahme auf den Kanälen der erweiterten und gehobenen Industrie dem „Staate“ wieder zugeführt werden würde. Durch den gesicherten Betrieb der Baumwollspinnereien würden die bedeutenden Kapitalien im Inlande bleiben, welche jetzt als Veredlungskosten des Twistes (der Arbeitslohn für die jährlich eingeführten Baumwollgarnen soll im Ganzen ungefähr 9 Mill. Thlr betragen) — in's Ausland wandern. „Nationalreichthum! Mehr Ausfuhr, als Einfuhr! — um die Differenz ist das Land, die Nation reicher“ — das ist die alte Theorie der liberalen Volkswirtschaftslehre, bei der die Menschen verhungern und verkümmern können! Die Nacherer Ztg. beweiset nichts, sie „meint“ nur, sie behauptet nur ohne Belege — daher ist meistens das Gegentheil des von ihr Behaupteten das Richtige. „Die neu eröffneten Gewerbsquellen, meint sie, würden der Arbeitslosigkeit steuern und der damit in Verbindung stehenden Auswanderungslust, welche dem Staate jährlich bedeutende Kräfte und Kapitalien entziehe.“ D. h. das ganze beschloße Proletariat bleibt hier und fällt endlich den Besitzenden zur Last; es wäre besser, wenn jene „Arbeitskräfte“ und „Kapitalien“ hier blieben, um das große Kapital noch vermehren zu helfen. Die Nacherer Ztg. vergißt nur, daß bei dem „Bleiben dieser Arbeitskräfte“ die Konkurrenz unter denselben steigen und die Löhne herabdrücken, also, wenn die „Erwerbsquellen“ wieder versiegen, das Proletariat vermehren muß.

Wenn es auch nicht zu läugnen ist, daß eine Hebung der Industrie auch die Hebung der Landwirthschaft später zur Folge hat, indem im Laufe der Zeit durch die Ansammlung der Kapitalien in allen Grundbe-

stverhältnissen wesentliche Veränderungen eintreten müssen, so stehen vorläufig den Wünschen der Industriellen des Westens die Interessen der östlichen Provinzen entgegen, welche von einer Hebung der Industrie die Entwerthung ihres Grundbesitzes befürchten.*) Wie aber durch diese Erhaltung der Kapitalien in der Industrie eine „Steigerung des Arbeitslohnes“ bewerkstelligt werden soll neben der steigenden industriellen Bevölkerung, welche ihn nach und nach wieder auf das nach den Gesetzen der Konkurrenz sich feststellende Minimum herabdrücken muß, darüber bleibt die Nachener Ztg. den Beweis schuldig. Es würde ihr auch sehr schwer werden, das zu beweisen; nach nationalökonomischen Grundsätzen kann nur mit billigen Arbeitslöhnen billig produziert werden und überall richtet sich der Arbeitslohn nach „Angebot und Nachfrage“ der Arbeitskräfte und nach dem Preise der Lebensmittel. Die Konkurrenz unter der sich vermehrenden arbeitenden Bevölkerung hat auch eine Verminderung der Arbeitslöhne zur Folge, und die Arbeitslöhne sind das einzige Besitzthum des Proletariates.

2. Ein anderer Einwurf, den die Nachener Ztg. zu widerlegen sucht, lautet: „Es würde durch den Schutzzoll und Rückzoll den Baumwollwebereien und Spinnereien ein ihrer ferneren Vervollkommnung schädliches Monopol gegeben werden.“ Vor dieser „Gefahr“ würde uns schon die englische Konkurrenz bewahren.

3) „Durch Schutzmaafregeln werde einigen wenigen Produzenten auf Kosten sämtlicher Konsumenten eine Prämie, ein Monopol ertheilt.“ Allerdings werden die Konsumenten dadurch zu Gunsten einiger Fabrikanten besteuert. Die Nachener Ztg. giebt selbst zu, daß in den ersten

*) Anmerkung. Der Hr. Verf. hat sich hier nicht ganz deutlich ausgedrückt. Die Grundbesitzer der östlichen Provinzen werden von einer „Hebung der Industrie“ schwerlich eine Entwerthung ihres Grundbesitzes fürchten. Die Masse der Arbeiter, welche die blühende Industrie um sich konzentriert, sind ja die Konsumenten des Grundbesitzers; er findet ja dann grade Gelegenheit, seine Produkte zu verwerthen, weil es im Interesse der Industrie liegt, die Kommunikationsmittel mit den Ackerbau treibenden Gegenden zu vermehren und zu verbessern. Dadurch steigt aber der Preis des Grundbesitzes. Sie sind aber für Handelsfreiheit, weil sie ihr Korn gern nach England ausführen; sie sind gegen die allzu große Macht und Geltung der Industrie, weil sie befürchten, daß diese, der es hauptsächlich um billiges Brod als Basis des billigen Arbeitslohnes zu thun ist, vielleicht die Kornausfuhr besteuere oder gar verbieten möchte. Sonst wüßte ich nicht, wie die Hebung der Industrie den Grundbesitz entwerthen sollte. Die in der Industrie verwandten Kapitale werden allerdings nicht im Ackerbau verwendet; aber aus den landschaftlichen Kreditinstituten und sonst ist auf Hypothek noch immer Geld zu haben. —
D. Red.

Jahren wohl eine Verminderung der Twistpreise nicht eintreten könne, weil der größte Bedarf noch aus dem Auslande bezogen werden muß. Sobald (!) die Weber ihren Bedarf aus dem Inlande nehmen und die bedeutenden Beziehungskosten aus England sparen können, würden sie billiger fabriziren und die Vertheuerung aufhören. Kein Wunder, daß diese Konsumenten, welche selbst Besitzer sind, sich dagegen sträuben, die Geldbeutel einiger Fabrikanten zu füllen und sich aus patriotischer, nationaler Begeisterung für die deutsche Industrie besteuern zu lassen, während sie billiger aus England beziehen können. Wer den Menschen diese geringe Theilnahme an der Hebung der deutschen Industrie zu Gunsten des Kapitals zum Vorwurf machen will, appellire an ihr Privatinteresse und beweiße ihnen, daß dieses auch „gehoben“ werde; dann würde er vielleicht mehr bewirken können. Wo das Privatinteresse, das Geld schrankenlos herrscht, da ist es nur noch das einzige Mittel geblieben, die Menschen in Bewegung zu setzen und „nationaler Sinn,“ „Patriotismus“ sind leere Phrasen dagegen.

4) „Preußen sei ein wesentlich ackerbautreibender Staat, der künstlich die Industrie nicht begünstigen dürfe, wenn er nicht die Basis seines Bestehens untergraben und das Elend der englischen Arbeiter auf deutschen Boden verpflanzen wolle.“ Das ist ein Haupteinwurf der Grundbesitzer, welche lieber das deutsche Elend des Ackerbauproletariates behalten, als das industrielle zur Entwicklung kommen lassen wollen. Hier ist die Beweisführung der Nachener Ztg. sehr mager, obgleich auch wir für die industrielle Entwicklung — aber aus ganz andern Gründen — stimmen; denn die Geschichte der Zukunft liegt in derselben. Ueberall wiegt bei der Nach. Ztg. nur das Interesse des industriellen Bourgeois vor, der offene geschichtliche Thatsachen bemänteln oder gar läugnen muß, um sein Interesse mit dem „des Volkes“ in Pausch und Bogen zu identifiziren, so lange ihm dieses von Wichtigkeit ist. Die revolutionären Wirkungen der Industrie auf alle feudalen Zustände kann nur der Blinde läugnen, und diese feudalen Zustände werden vollständig erst von der Macht des Kapitals und der Industrie gebrochen werden, ehe die soziale Reform aus derselben durch den Hebel des allseitig ausgebildeten radikalen Bedürfnisses hervorgeht. Und in Deutschland herrschen noch zum größten Theile die feudalen Zustände vor. Die Industrie bewerkstelligt die Centralisation der Bevölkerung und bringt dadurch das in dem Entwicklungsgesetze der heutigen Gesellschaft begründete Proletariat zu jener Ausbildung, welche in ihrem Schooße die Nothwendigkeit der Sozial-Reform trägt; zugleich vermag sie allein die Bevölkerung aus ihrem naturwüchsigsten Zustande und ihrer Bedürfnislosigkeit herauszureißen. —

Eine andere Frage ist die: Wird die deutsche Industrie überhaupt einen solchen Aufschwung nehmen können, daß sie die arbeitslose, überflüssige Bevölkerung in sich aufzunehmen und zu beschäftigen vermag? Ist ihr das möglich in der von allen Seiten drohenden Konkurrenz? möglich durch 10jährige Schutzzölle? vermag sie der Ausbildung des Proletariats Schranken zu setzen? Nur Träumer und Heuchler können noch solche Behauptungen aufstellen. Wenn die Nacherer Ztg. sagt, daß sich von Arbeitskräften bei uns ein größerer „Ueberschuß,“ als anderswo, finde, so ist nicht zu begreifen, wie die Industrie, auch die „gehobene,“ diese schon jetzt vorhandene zahlreiche, arbeitslose, überflüssige Bevölkerung allein beschäftigen und wenn sie später sich vermehrt, allein erhalten will oder kann, neben der durch die steigende Produktion und die engl. Konkurrenz entstehenden Schwierigkeit der Verwerthung und des Exportes der Produkte, wenn der inländische Markt überfüllt ist. Oder glaubt der Verfasser, daß sich die Produktion nach den Grenzen des inländischen Bedarfes richten und einschränken würde? Das wäre gegen alle Gesetze der heutigen Produktion in der Vereinzelung. — Schamlos aber ist es, das Elend der englischen Fabrikarbeiter ein „Phantom deutscher Stubengelehrten“ zu nennen, schamlos ist es, solche Unwahrheiten als Waffen zu gebrauchen, im Angesichte der schreienden Thatfachen, die noch Niemand zu widerlegen vermocht hat. Der Verfasser führt aus einem in der Handelskammer zu Köln gehaltenen Vortrage eine Stelle an, worin der Unterschied des Elendes der englischen und der deutschen Arbeiter dahin bestimmt wird, „daß der Deutsche schweigt, weil er an sein Elend gewöhnt ist, während der englische murrst, weil es seiner ausgebildeten, an mehr Bedürfnisse gewöhnten, bewußteren Natur widerstrebt.“ Wie aber, wenn dieses Schweigen einmal aufhörte, diese Ergebung in den Willen der Herren? Das würde der Verf. vielleicht sehr „tadelnswerth“ nennen, wenn das Proletariat nicht länger dem Willen und der Herrsch- und Habsucht Anderer untergeben sein will. In dem angeführten Vortrage wird die Gefahr, welche in der Entwicklung der Industrie trotz aller Schutzzölle herannahet, nicht verkannt, aber zugleich ausgesprochen, „daß die Heilung des Uebels in dessen höchster Ausbildung gegeben sei.“ Es ist ein Industrieller, der das ausspricht, der aber vorläufig Schutzzölle fordert, weil er glaubt, das Bedürfnis nach einer Sozial-Reform müsse noch mehr entwickelt werden; weil er als praktischer Mann zunächst an die Befreiung der deutschen Industrie von der Suprematie der englischen denkt, ohne sich um die Folgen zu kümmern. Er nennt das „praktischer“ und den Zuständen und Bedürfnissen der Gegenwart mehr entsprechend, als die sentimentalischen Klagen über die Noth des Proletariates, das doch selbst für



sich sorgen wird. Gewiß, radikale Reformen treten nur da ein, wo radikale Bedürfnisse vorhanden sind, und diese vermag allein die Industrie völlig zu entwickeln, besser, als alle Theorie und Philosophie, aus der dem Volke kein Brod gebacken werden kann. Die Industrie verwandelt das naturwüchsiges Proletariat in ein wechselndes und führt es im Angesicht des schwelgerischen Reichthums, unter dem Drucke einer habfüchtigen Klasse zum Bewußtsein seiner menschlichen Würde; sie ist der einzige wirkliche Hebel alles Fortschrittes, das einzige Mittel, die Massen zu bewegen und praktisch in's Leben zu übersezen, was eine dem Volke entfremdete, unvolksthümlische, gelehrte Theorie kaum anzudeuten vermag. Aus diesen Gründen sind wir nicht gegen die „Segnungen“ der Industrie, und fürchten den Vorwurf nicht, daß wir „Bourgeois“ seien. Auch wir möchten nicht, daß „der deutsche Arbeiter auf der tiefsten Stufe materiel-ler Kultur stehen bleiben möge, um ihn vor dem „Schmerze“ des „unbefriedigten Bedürfnisses“ zu bewahren;“ wenn der Schmerz zu lästig wird, wird er selbst dafür sorgen, ihn gründlich zu vernichten. Da, wo bei uns die Industrie allein die Menschen ernährt, tritt auch schon die Noth, wie das „Bedürfnis“ entwickelt auf, und an dieser Stelle sind auch deutsche Herzen verwundbar. Das, was die englischen Arbeiter zu dem Mannesstolze erhebt, was sie zum Gesamtwirken in ihrer gemeinschaftlichen Sache, der Bourgeoisie gegenüber, verbindet — das Recht der politischen Assoziation — sowie das dadurch befestigte Gefühl, daß ihre Kraft nur im Zusammenhalten bestehe, das ist es, was den Deutschen noch ganz fehlt, und wird nach der Lage der politischen Verhältnisse Deutschlands zu schließen, vielleicht einmal durch ein Ereigniß plötzlich hervorgerufen.

Das, was die Nachener Zeitung noch über den Entwurf sagt, „daß die Erhöhung der Zölle immer mehr von der endlichen Verwirklichung des Ideals (!) einer vollkommenen Handelsfreiheit (!) entferne, dem sich auch England durch seine neuesten Maßregeln (Aufhebung der Korngesetze) zu nähern suche — hat für uns nur insofern Wichtigkeit, als es der deutschen Industrie trotz aller Schußzölle noch schwieriger gemacht werden wird, mit der engl. zu konkurriren, wenn die Korngesetze gefallen sind. Was „englische Handelsfreiheit“ bedeutet, und was die Aufhebung der Korngesetze bezweckt und bewirkt, weiß Jeder genügend, der sich nur einige Mühe gegeben hat, die englischen Zustände kennen zu lernen. England erklärt nur dann die Handelsfreiheit, wenn es die ausländische Industrie vernichten kann und seine Freundschaft schenkt es nur dem Lande, das sich ihm opfert; es ist gezwungen, so zu handeln. Durch Schußzölle und Rückzölle ist dieser Riese nicht mehr zu

bewältigen — unsere Fabrikanten mögen nur die Hoffnung aufgeben, aus Deutschland eine englische, industrielle Kaserne zu machen. Am Ende — was hilft's — Proletariat hier, wie dort und die Geschichte wird wohl einen ganz andern Lauf nehmen, als unsere Twisthändler und Twistfabrikanten sich träumen lassen.

Die englischen Baumwollenlords befürchten nichts von der neuen Erhöhung des Zolles; die englischen Handelsblätter rechnen ganz richtig, daß dadurch der Absatz der Baumwollengarne nach Deutschland um keinen Ctr. vermindert werden würde. Nur die deutschen Webereien werden (ohne Rückzoll) ruiniert, und unfähig, auf den ausländischen Märkten mit England und Belgien zu konkurriren. Im Kreise Gladbach, wo die Baumwollenindustrie früher 10,000 Arbeiter beschäftigte, stehen 6000 Stühle augenblicklich still und die Noth des Winters wird furchtbar werden müssen, wenn nicht Hülfe kommt. Aber woher Hülfe? — — —

Friedr. Schnafe.

Beobachtungen auf dem Gebiete des bürgerlich-liberalen Staatslebens.

Aus Paris.

„Um in Frankreich als reicher Mann zu sterben, während man als ein armer geboren ward, muß man nothwendig ein Schurke gewesen sein,“ hörte ich vor wenig Tagen die unvergleichliche Frau Sand sagen — dans le principe il n'y-a pas de différence entre un parvenue et un voleur, setzte sie hinzu. Ich werde diesen harten Ausspruch weder angreifen noch vertheidigen, sondern ihn unter dem Lichte meiner eigenen Erfahrungen erscheinen lassen: haben ihn die Thatsachen bestätigt oder verworfen, so hat sich wenigstens meine subjektive Kritik den Vorwurf nicht zu machen, als habe sie vorschnell geurtheilt.

Das Konkurrenzsystem hat sich in der kurzen Zeit seiner Geltung in Frankreich, durch die Kreirung ungeheurer Mobilienwerthe beinahe auf die höchste Stufe erhoben, die es seinem Wesen nach erreichen kann. Was ein einzelner Mensch auf diesem Wege noch mehr thun kann, als mit Hunderten von Millionen arbeiten, spekuliren und produziren, was eine Hand voll Fabrikanten oder Eisenbahnaktionäre auf den gesetzlichen Pfaden der freien Konkurrenz noch mehr vermögen können, als den ganzen Kleinhandel ruiniren und ganze Gegenden verarmen, das ist schwer zu begreifen. Anarchischer als die Anarchie kann man sich kaum etwas denken. Und dennoch giebt es etwas anarchischeres. Das heutige freie Konkurrenzsy-

stem ist die konstituirte, die organisirte Anarchie, so wie sie sich mit den Strafgesetzen und der Polizei verträgt: noch anarchischer, als dieses, ist das aus der organisirten Anarchie entstandene System der betrügerischen Konkurrenz, das den Strafgesetzen und der Polizei zuwider läuft, ihnen beiden aber durch seinen Umfang Hohn spricht. Ich rede von der Waarenfälschung und dem Unterschleife. Der diesjährige strenge Winter und zwei auf einanderfolgende schlechte Ernten haben dieses System vermocht, die Maske abzuwerfen, und der Frevel und die Fälschung im bürgerlichen Handel, der Unterschleif bei den Regiebeamten spreizt sich als höhrende Karikatur neben dem triumphirenden Konkurrenzsystem. Während das Unglück, das die freie Konkurrenz anrichtet, einem Systeme, einer geselligen bestehenden Ordnung aufgehalst werden kann, während die Handlungsweise des Einzelnen, der durch die Umstände begünstigt, Vortheil aus dem geselligen Systeme zieht, rein in den Augen der Gesellschaft dasteht, die er, wenn auch ohne Bewußtsein, immer doch für seine Rate exploitirte, hat der Waarenverfälscher und der betrügerische Beamte noch die moralische Prävention und das persönliche Bewußtsein der Schurkerei gegen sich! Welch' empörendes Gefühl muß uns aber beschleichen, wenn wir fürchten müssen, ja wenn es fast gewiß ist, daß der individuelle Betrug, die Fälschung und der Unterschleif, die generelle Konsequenz der unbeschränkten Gewerbefreiheit ist. Ja noch mehr, es ist hier bereits so weit gekommen, daß der Betrug und der Unterschleif nicht mehr in die Reihe der gehäßigen Eigenthumsverletzungen mit eingerechnet werden, sondern daß man beide milder beurtheilt, wenn sie durch eine Reihe von Jahren und auf eine systematische Weise fortgeführt worden sind.

Der Abgrund, in den ich Sie blicken lasse, macht schwindeln: gehen wir auf ihn zu.

Es giebt kaum mehr eine Waare, die der Reiche nicht echt, und der Arme nicht verfälscht kaufte. Die Konkurrenz erzeugte die Surrogate — die höchste Entwicklung der Konkurrenz — die gefälschte Waare.

1) Das Mehl wird mit Kartoffel- oder Stärkemehl, so wie mit gemahlener von Insekten zerfressener Hülsenfrüchten verdorben. In Rochefort und Valenciennes mengten die Liferanten unter den Hektoliter Weizenmehl 20 bis 30 Liter Sand oder Kleie.

2) Das Brod wird mit bedeutenden Zusätzen von gekochten Kartoffeln vermengt, und damit es dennoch aufgehe, werden Kupfer- und Zink-Sulphate angewendet. Die für beide Nummern nöthigen Fälschungsbefehle kommen im Handel mit der ausdrücklichen Bestimmung zur Verfälschung vor. Ja, im Departement de l'Allier hat die Polizei

eine Mühle entdeckt, die sich einzig damit befaßte, mineralische Substanzen, zum Behufe der Mischung unter die gröberen Mehlsorten, zu mahlen oder zu pulverisiren.

3) Mit dem Fleische können innerhalb der Oktroi-Linien von Paris wenige Betrügereien gemacht werden, zumal da es ein Nahrungsmittel ist, das sich nur die Reicheren und Einsichtigeren verschaffen können. Trotz dem kommen Dinge vor, welche die Haare sich sträuben machen: so weiß ich, daß 2 Anatomiedienen der Pitié während zweier Jahre (1844 und 1845) täglich an einige Restaurants mehrere Pfunde Menschengehirn verkauften. Das Gouvernement that wohl daran, diese Infamie nicht durch die Gerichte strafen zu lassen, — bei einer so lebhaften Bevölkerung, wie bei der Pariser, waren von einer öffentlichen Verhandlung schlimme Folgen vorauszusehen.

Vor der Oktroi-Linie, und in der ganzen Banlieu ist absolut keine Kontrolle möglich — und hier ersetzt dann das Pferdefleisch den ganzen Fleischapparat aller Garküchen, in denen sich der Dubrier verköstigt.

4) Die Milch ist zu fünf Sechsteln in Paris mit der Hälfte Wasser gemischt. Man hat ganz vor Kurzem eine Central-Anstalt mit mehr als 100 Filialen entdeckt, in denen die Milch geradezu aus Pferdegehirn, Stärkemehl und einem Beisatz von $\frac{1}{8}$ Milch fabrizirt wurde.

5) Das hiesige Bier weiß nichts von Hopfen und Malz. Es ist nichts als ein scheußliches Gemisch von verdorbenen fermentirten Flüssigkeiten, mit Beigaben von schlechtem Zucker, Honig, Kupfersalzen und bittern Kräutern oder Rinden.

6) Das Salz ist durchgehends mit eigends dazu gemahlenem Sandstein oder Alabasterstaub, auch mit s. g. Varech oder Varet, einer Art Seesalzes, ferner mit den Ausfällen der Fabriken chemischer Produkte gemengt.

7) Die Butter besteht aus einem Beisatz von $\frac{1}{3}$ schlechten Fetten und durchgehends aus einem Sechstheil zerquetschter gekochter Kartoffeln.

8) Die Chocolate wird zum größten Theil aus Kakaofällen und Stärkemehl nebst starken Beisätzen von Talg und den Fleischüberresten der Restaurants fabrizirt. In ganz Paris giebt es nur 3 Etablissements, in denen reine Chocolate, dafür aber auch um enorme Preise verkauft wird.

9) Der Honig wird geradezu ganz aus Kartoffelsyrup und Stärkemehl fabrizirt.

10) Gefärbte Zuckerverfahren werden mit wohlfeilen mineralischen Farben verfertigt, von denen der Fabrikant sehr wohl die giftigen Eigenschaften kennt, aber kohlensaure Kupferoxyde sind wohlfeiler, als Ultra-

marin. Grüne Liqueure, Absynthe, werden aus schlechten gebrannten Wasfern mit einer Kupferfärbung fabrizirt.

11) Vom Cider (dem Apffelwein) gilt ganz dasselbe wie vom Bier. In diesem Jahre sind die Apffel in der Normandie ganz misrathen, — in Paris wird aber nicht weniger Cider, als in den besten Jahren, und fast um die frühern Preise getrunken.

12) Mit allem, was nur der Farbe des Kaffees ähnelt, wird der gemahlene Kaffee vermengt, denn der bequeme Franzose kauft ihn meistens in pulverisirtem Zustande. So wird Spinat, Sauerampfer und Cichoriengemüse nur gekocht und bereits klein gehackt verkauft; daß $\frac{1}{3}$ der Masse aus schlechtem Salat und Krautblättern besteht, versteht sich von selbst. Was den gemahlene Kaffee angeht, so besteht er zum großen Theil aus den ausgekochten Ueberresten der großen Kaffeewirthe, von deren Aufwärtern sie die Krämer um ein geringes Geld erstehen. Schlechte Bohnen werden mit wohlfeilen Kupfersalzen gefärbt.

13) Thee wird mit avarirtem Thee gemischt, oder gradezu aus inländischen Pflanzen erzeugt und mit metallinischen Ingredienzien gefärbt, wenn er abgeblaßt ist.

14) Schlechtem Essig wird mit Schwefelsäure die Schärfe gegeben; das unter dem Namen Weinessig verkaufte Produkt wird aus Kartoffelsyrup, dem Abwaschwasser der Zuckerformen und kupferigen Säuren präparirt.

15) Ueber die Fälschikation des Weins sind ganze Bände zu schreiben, und es wäre ein keckes Unternehmen, in ein paar Zeilen die fürchterlich ingenioße Art zu schildern, mit der bei weitem der größte Theil des in Paris getrunkenen Weines produziert wird, ohne den geringsten Beisatz von aus Trauben gewonnenem Weine.

Ich habe heute nur von den Nahrungsmitteln gesprochen . . doch gilt ganz dasselbe von fast allen anderen Waaren, die so beschaffen sind, daß eine Fälschung auf irgend eine Weise möglich ist. Vom Cachemir bis hinab zu den lezten Baumwollenzeugen wird jeder Stoff durch einen noch geringeren verfälscht. —

Hand in Hand mit der Waarenfälschung geht der Unterschleif aller Regiebeamten im Civil- und Militärdienst. Beamte und Bürger sind in einem nivellirten Lande, wie Frankreich dieselben Menschen — nur ist der Kommerz und die Industrie zufällig dem einen Individuum, und irgend ein Verwaltungsamt dem andern zur Exploitation angewiesen; mit dem einen Unterschiede jedoch, daß durch die festgesetzte Zahl des Beamten die Wirkung der Konkurrenz gleich von vorn herein durch den Betrug ersetzt werden muß. Reich werden ist das einzige, das lezte Streben der Bourgeoisie — und dazu verschmäht sie keinen Weg, kein Mittel; bei den ge-

ringen Befoldungen der Regiebeamten ist der Wucher und der Unterschleif hierzu das einzige. Die Steuereinnehmer wuchern mit dem baaren Gelde, die Offiziere, denen die Montirung der Regimenter, die Fourage u. s. w. anvertraut ist, stecken mit den Lieferanten unter einer Decke, und bestehlen den Staat ohne Unterlaß. Ja die Stelle als Capitain d'habillement wird sogar von der Regierung, die das Unausweichliche kennt, als Avancement für andere Capitaine angesehen, obgleich der gesetzliche Gehalt für beide derselbe ist. Hier und da schreitet die Justiz ein, wo die Fälle zu flagrant sind; wie jetzt in Rochefort und in Valenciennes; nur die schamlosesten Prellereien und Kasseneingriffe bestimmen sie zu gerichtlichen Verfolgungen, — denn sie duldet nur ungern einen Blick des Publikums in die Schäden des Administrativsystems. Desters destituirt sie unter unbedeutenden Vorwänden die schuldigen Beamten, und vor wenig Tagen wurden der Major und Oberst des achten leichten Infanterieregiments wegen Konvenienz mit den Lieferanten und wegen Korruption abgesetzt. Die Heldenzeit für die uniformirten Herren ist vorläufig vorbei, aber den Muth sich ehrbar von ihrem, wenn auch geringen Gehalte, zu ernähren, hätten sie bewahren können. Die meisten Magazinbeamten ziehen sich nach zwölf- bis fünfzehnjähriger Dienstzeit mit einer Rente von 10—15,000 Frs. zurück, und hatten doch nur 3000 Frs. Gehalt. Wie geht das zu? Dafür ist aber auch das Heu so schlecht, daß es die Soldaten in Toulouse koin-de choléra nannten, dafür ist der Hektoliter Hafer mit 20 Litern Spreu oder Sand vermengt; in Vincennes essen die Soldaten dafür Brod, das ihre Pferde verschmähten, in Valenciennes war das Fleisch ungenießbar, und in Rochefort dehnte sich das System über Brod, Salz, Fleisch, Fourage, Holz und Kleider aus. Bestechung und Unterschleif reichen bis hinein in's Richterpersonal, bis hinab zu den Beamten der Tabaksregie, und Herr von Gasparin, der ehemalige Minister, erzählte in meiner Gegenwart, daß er einen Kontrolleur von Maaß und Gewicht kenne, der sich durch Toleranz illegaler Maaße eine jährliche Rente von 12,000 Frs., und viele Stempelbeamten kenne, deren Salair sich auf 1000 Frs. pro Jahr belief, und die sich 6—8000. Frs. Renten zu machen gewußt. —

Der Handelsgeist hat sich vollkommen in den Reihen der Staatsdiener eingenistet; es ist dies ein Faktum, das nichts erstaunendes hat; aber es muß konstatiert werden, um der präntendirten Tugendhaftigkeit des liberalen Staatsbürgers die rechte Folie zu geben, für den Fall er geneigt ist, sich als Muster den Bewohnern anderer Länder gegenüber zu stellen, die sich so vollkündender Namen vor der Hand nicht rühmen können.

Humanität und ärztliche Praxis im 19ten Jahrhundert.

Lieber Leser! Du hast vielleicht in Sue's ewigem Juden mit einem aus Mitleid und Grausen gemischten Gefühl von der schrecklichen Operation gelesen, die man Abbrennen der Moya oder des Brenzylindes nennt; doch diene es, abgesehen von der verabscheuungswürdigen Persönlichkeit des Patienten, einigermaßen zu Deiner Beruhigung, daß diese Operation lediglich als Heilzweck, nur als letztes Mittel, um das auf's Aeußerste bedrohte Leben zu retten, angewandt wurde; was würdest Du aber dazu sagen, wenn man Dir erzählte, es existire gegenwärtig in unserm Vaterlande, in unserm lieben, humanen, aufgeklärten Deutschland ein Arzt (hoffentlich nicht mehrere!), der seine Stellung als Vorstand eines Krankenhauses dazu mißbrauche, die seiner Willkühr unterworfenen armen Teufel (Bogabunden, liederliche Dirnen u. s. w.) durch noch viel gräßlichere Mittel zu dem Geständniß zu bringen, ihre vorgeschützten Leiden und Gebrechen seien nur erheuchelt? Du sagst gewiß: „nein, das ist nicht möglich! wir, die wir nur mit Schaudern an das Mittelalter zurückerdenken können, in dem doch nur der eines schweren Verbrechens Angeklagte, und auch dieser nur auf Urtheil und Spruch eines Richtercollegiums hin mit glühenden Zangen und andern Marterinstrumenten peinlich befragt werden durfte, — wir sollten es leiden, daß in unserer Mitte arme, von der ganzen Welt ausgestoßene Geschöpfe, Menschen, deren moralische Verderbtheit oder Stupidität wahrlich mehr der ganzen, sie vernachlässigenden Gesellschaft als ihnen selbst zur Last fällt, auf eine so scheußliche Weise behandelt würden? Gewiß wieder eine Erfindung derer, die so gern alle unsre Zustände in's Schwarze malen. . .“ Gemach, mein Lieber! die Sache verhält sich wirklich so; jener Arzt existirt wirklich, er braucht nicht erst durch glühende Zangen zum Geständniß seiner Frevelthaten gebracht zu werden, er giebt uns vielmehr von freien Stücken die Erzählung derselben mit einer Art von Selbstgefühl als vermeintliche Bereicherung der Wissenschaft und liefert unwillkürlich das beste Beispiel, wie nach seinem eignen Ausdruck „bald absichtlich die Phantasie und Reflexion bis zum Wahnsinn und Wahnwitz gesteigert, bald der Verstand künstlich bis zum Blödsinn (ja wohl!) deprimirt, bald ein Spiel (wahrlich ein höllisches!) mit simulirten Nervenkrankheiten getrieben werde.“ Es ist der Hr. Medizinalrath Dr. Müller, Vorstand des Siechhauses in Pforzheim, welcher nach seiner eignen Erzählung in Schneider's und Schürmeyer's Annalen der Staatsarzneikunde, X. Jahrgang, 1. Heft, diese

seine amtliche Stellung vielfach gemißbraucht hat, um durch die barbarischsten Mittel von seinen Untergebenen das Geständniß vorgeschüppter Krankheiten zu erpressen. Die betreffende Abhandlung (ich kenne sie nur aus Neumeister's Repertorium) führt den Titel: über Simulation von Körpergebrechen und deren Ausmittelung, durch eine Reihe in hiesiger Strafanstalt beobachteter Fälle erläutert. Vom Medizinalrath Dr. Müller, Vorstande des Siechhauses in Pforzheim.“ Man traut kaum seinen eigenen Augen, wenn man diesen Aufsatz durchlies't; wenn der Verfasser mit dem größten Wohlgefallen und einem gewissen Humor sein gräßliches Verfahren schildert, die seiner Präsumtion nach simulirten Körpergebrechen zu ermitteln.

Sehen wir zuvörderst, mit welcher Art von Menschen der Hr. Medizinalrath experimentirt: er nennt sie selbst „nicht sowohl Verbrecher, als moralisch-verdorrene Menschen: Vagabunden, Trunkenbolde, liederliche Dirnen u. s. w.“ also gewiß der Mehrzahl nach Individuen, welche nicht nur durch eigenes, sondern auch durch Verschulden der Gesellschaft so tief gesunken sind, — Menschen, deren mangelhafte Intelligenz in dem Staate und seinen Institutionen nur ihre natürlichen Feinde zu sehen gewohnt ist, und die daher auch, wenn sie in Strafanstalten, Arbeitshäuser versezt werden, jedes Mittel für erlaubt halten, um von der aufgedrungenen Arbeit befreit zu werden, um bessere Kost zu erhalten, um, wie es bei den liederlichen Dirnen oft genug der Fall gewesen sein mag, sich interessant zu machen u. s. w. Dazu bedienen sie sich nun namentlich der Simulation von Krankheiten, eines Vergehens, welches jede humane Gesetzgebung mit milden Disziplinarstrafen belegt, die auch vollkommen ausreichen werden, wo für wirkliche moralische Besserung, für zweckmäßige Beschäftigung, für eine vernünftige, menschliche Behandlung Sorge getragen ist. Da aber, wo der Vorgesetzte, der Arzt, stupider und barbarischer ist, als die seiner Obhut Anvertrauten, da wollen wir uns nicht wundern, wenn diese alle möglichen Mittel anwenden werden, um ihren Peiniger und Dränger zu täuschen. —

Um nun das ausgesprochene harte Urtheil näher zu begründen, wollen wir den angeführten Aufsatz im Einzelnen durchgehen und beleuchten. In der Einleitung verlangt der Verf. von dem Gerichtsärzte, der simulirte Krankheiten erkennen und enttäuſchen wolle, genaue semiotische, physiologische und pathologische Kenntnisse, die genaue Kenntniß des Individuums, entweder aktenmäßige (sic!) oder persönliche, und die richtige Auffassung des moralischen und persönlichen Charakters derselben, wobei er sich noch mehr durch die objektiven als durch die subjektiven Erscheinungen leiten lassen müsse. Und solche Trivialitäten, die sich bei jedem, nicht bloß bei'm Gerichtsarzt, von selbst verstehen, sollen angeblich die Wissenschaft bereichern! Ebenso tiefsinnig ist die Entdeckung des Verf., die

Motive zu den Krankheitsimulationen, die er zu beobachten Gelegenheit gehabt, seien stets egoistischer Natur gewesen, bisweilen nur aus Bosheit oder Rache erfonnen. Wahrlich zu letzterer bot der Verf. seinen Untergebenen nur zu gegründete Veranlassung. Nach einigen Gemeinplätzen dieser Art geht Hr. Müller zu den einzelnen Krankheitsimulationen über, die wir ebenfalls der Reihe nach durchnehmen wollen. — 1. Simulationen von rheumatischen Schmerzen. Der Verf. führt keine einzelne Beispiele an; doch macht es uns schon ein wenig stutzig, wenn er auf ernste Drohungen und strenge Erfüllung der angedrohten Strafe dringt, und hinzufügt: „zu Strafmitteln können Schmerz erregende Heilmittel mit verwendet werden.“ Heilmittel? gegen was denn, wenn das Leiden simulirt war? Allein, wir werden weiter unten sehen, mit welcher Wollust der Hr. M. diese Schmerz erregenden Heilmittel verwendet, mit welcher Zufriedenheit er von deren Erfolgen redet, unbekümmert darum, ob diese nämlichen Erfolge nicht auch durch eine humane Behandlung hätten erzielt werden können. Freilich hätte es dazu wenigstens einiger psychologischen Einsicht bedurfte, die aber dem Verf. so ganz und gar abzugehen scheint, daß er darin sogar, wie weiter unten erzählt wird, von einem Laien auf's Uergerlichste beschämt wurde. — II. Absichtliche Körperverletzungen. In diesem Abschnitte findet Hr. M. keine Gelegenheit, uns seine psychologische Meisterschaft und seine Humanität vorzuführen; desto reichlicher fließt diese Quelle im folgenden Abschnitt. — III. Aphonie (Sprachlosigkeit). Der erste Fall zeigt uns recht handgreiflich die Stupidität des Verf., und wäre recht geeignet gewesen, ihm einen Fingerzeig für Behandlung von dergleichen Fällen zu liefern; allein so etwas ist für ihn verloren. Er erzählt, eine arbeitscheue, ganz gesunde, junge Gefangene, früher Vagabundin und Lustdirne, habe aus Arbeitscheu beim Waschfasse plötzlich Konvulsionen bekommen, und sei umgefallen; diese Krampfszufälle hätten sich wiederholt, sobald ein heiliges Wort vor ihr ausgesprochen sei; übrigens sei sie ganz bei Sinnen gewesen, und habe durch Zeichen angedeutet, nicht mehr reden zu können. Dieselben Erscheinungen traten ein, als ein katholischer Geistlicher sie besuchte, wahrscheinlich um den Hrn. M. im Austreiben des Dämons zu unterstützen. Diesen Umstand benutzte aber der Verf. auf eine ebenso schlaue als sinnreiche Art: er legte nämlich nach Entfernung des Geistlichen dessen Messgewand auf das Bett der Kranken, und siehe da! dieselben Krampfszufälle wiederholten sich. Hieraus erkannte der Schlaukopf die Simulation, und zwar war seine Argumentation sicher folgende: ist die Person wirklich von einem Dämon besessen, der heilige Worte und Personen nicht gut vertragen kann, so wird derselbe doch wenigstens so viel Einsicht

besitzen, daß er nicht wegen eines bloßen Rodes gleich aus der Haut fährt; zeigen sich die Konvulsionen aber dennoch, so ist also kein Dämon vorhanden, und die Kranke — simulirt bloß ihr Leiden. O weiser Salomo! Dabei ist zu bemerken, daß die Kranke Tags zuvor einen aufgeregten, schnellen Puls, ein hochrothes Gesicht, heißen Kopf u. s. w. hatte, weßhalb ihr der Hr. Dokter auch zur Ader ließ. Sind das aber subjektive oder objektive Symptome? Nun gut, die Patientin wurde in einem besonders Zimmer bewacht, ihr mit der Zwangsjacke gedroht, und endlich, als man nicht weiter auf sie achtete, fing sie älmählig wieder zu sprechen an, und die Konvulsionen kamen nicht wieder. Sollte man nun nicht meinen, der Hr. Dokter hätte sich eine Lehre aus diesem Falle ziehen können? Aber nein! wenn wir in diesem Falle die Bornirtheit des Hrn. Doktors bloß komisch finden, so ist der folgende Fall zu gräßlich, als daß ich ihn nicht wörtlich mittheilen sollte. Hr. M. sagt: „ein 26jähriges Mädchen, ganz gesund, doch, wie die Vorige, als frühere Bagabundin und Lustdine im hohem Grade arbeitscheu, dabei höchst listig und verschlagen, bekam ebenfalls am Waschfasse krampfhafte Verzuckungen, und deutete hinterher durch Zeichen gänzlichen Verlust der Sprache an, ohne daß etwas Krankhaftes an ihr wahrgenommen werden konnte. Anscheinend ging der Verfasser auf diese Idee ein, verordnete Liq. C. C., und drohte, den folgenden Tag das Gläheisen anwenden zu wollen. Sie hörte dieß Alles ruhig an, aß und trank wie eine Gesunde, blieb aber stumm, selbst als die Vorbereitungen zur Cauterisation gemacht, und ihr ernstlich einige Streiche mit dem **weißglühenden** Brenneisen auf Nacken und Rücken beigebracht worden waren. Sie gab kein Zeichen von Schmerz und Widerwillen zu erkennen, und bestätigte dadurch die Simulation noch mehr. Ebenso ruhig hörte sie an, als der Verf. erklärte, die Operation müsse wiederholt und fortgesetzt werden, bis sie sprechen könne. Als aber das Eisen so fest auf dem Rücken aufgesetzt wurde, **daß es dampfte und prasselte**, riß sie sich los, und schrie: „Ihr Herrgottssakrament! Ihr Schinder! Wollt ihr mich umbringen?“ Nachher schimpfte und tobte sie noch lange fort, wiederholte aber ihre Verstellung nicht. Obschon der Verf. von der vorgeordneten Behörde einen Verweis erhielt, weil er nach deren Ansicht zu weit gegangen, so glaubt er doch unter den obwaltenden Umständen ganz richtig und zweckmäßig gehandelt zu haben.“ — Die Feder entsinkt vor Scham meiner Hand, daß ein Mitglied des ärztlichen Standes eine solche Sprache führen kann, daß es ihm in seiner stupiden Brutalität gar nicht in den Sinn kam, welch' ein Verbrechen der beleidigten Würde der Menschheit er auf sich geladen, sondern daß er statt dessen triumphirend und mit Wohl-

gefallen den Schmerzensruf des armen, gemarterten Geschöpfes wörtlich anführt, und trotz des Verweises wegen seiner Unmenschlichkeit sein Verfahren noch für „ganz richtig und zweckmäßig“ hält. Ich glaube wirklich, der Verf. hält sich für berechtigt, Alles, auch das Aeußerste zu versuchen, um nur sagen zu können: dem habe ich seine Krankheit wieder einmal ausgetrieben.

Als dritten Fall führt der Verf. ein Beispiel aus seiner Privatpraxis an, wo eine äußerst zornfüchtige, hysterische Frau ihn und noch einen 2ten Arzt mit dem Vorgeben täuschte, sie habe die Sprache verloren; er sagt: „erst nach einigen Tagen, als ein die Umstände besser beurtheilender Geistlicher mit ernster Gehehrde in der Kranken Gegenwart äußerte: „„man solle einen tüchtigen Haselstock nehmen, und damit der Frau Patientin ein Andreaskreuz auf den Rücken malen,““ übermannte der Zorn die Frau so, daß sie ihre Rolle vergaß, und sich in Schimpfsworten gegen den Geistlichen ausließ.“ Wir sehen also, daß Hr. M. ungeachtet seiner „reichen Beobachtung“ beschämt vor einem Laien dastehen mußte, der noch obendrein durch bloße Drohung, die ganz an ihrem Plage war, eben soviel bewirkte, als unser Heilkünstler durch die scheußlichste Mißhandlung.— Unter 4, erzählt der Verf. von 5 Frauen, die im Sommer 1843 Aphonie simulirten, und die Täuschung einige Wochen hartnäckig fortsetzten, „bis sie, weil sich gar Niemand um sie bekümmerte, endlich von selbst wieder anfangen, zu sprechen.“ Ist es nicht, als würde Hr. M. so recht mit der Nase darauf gestoßen, wie solche Simulanten zweckmäßig zu behandeln seien? aber nein, wir werden gleich im folgenden Abschnitt wieder sehen, mit welcher henkermäßigen Sicherheit Hr. M. sogleich zu seiner ultima ratio, zum Glüheisen greift. Wahrlich, ich habe es früher für unmöglich gehalten, daß die Folterknechte mit Wohlgefallen ihre Schlachtopfer gemartert; allein seit ich die Abhandlung des Hrn. M. kenne, halte ich in dieser Art nichts mehr für unmöglich.

IV. Apoplexie. Lähmungen. 1. Ein Mädchen in der Strafanstalt behauptet, vom Schlage getroffen, und in Folge desselben am rechten Bein gelähmt zu sein; unser Verf., der von psychischer Behandlung gar keine Ahnung zu haben scheint, fährt tapfer mit einem Zuggpflaster auf den Schenkel, mit Teufelsdred, mit Brennesselreibungen darein. — Alles vergebens: — es wurden also drei lange Streifen vom **Trochanter** (oben am Oberschenkel) **bis zur Fußwurzel** mit dem Glüheisen gezogen; — Alles vergebens, die simulirte Lähmung blieb nach wie vor. Nun endlich schritt man zu dem, womit man hätte anfangen sollen, man bedrohte das Mädchen, es werde mit der Moxa bis auf den Knochen gebrannt werden, und malte ihm überhaupt die ganze Operation mit den grellsten Farben aus. Diese Drohung hatte den ge-

wünschtesten Zweck, die Lähmung war am folgenden Tage verschwunden. — 2, Eine 25jährige Weibsperson erklärt, man könne sie in die Anstalt bringen, aber so lange sie dort sein müsse, arbeite sie nicht, — und richtig feierte ihre Verschmittheit den vollständigsten Triumph über den mit tiefster psychologischer Einsicht wohlausgerüsteten Hrn. M. Zuerst wurden die Disziplinarstrafen angewandt, vergeblich, sie blieb dabei: „bringt mich um, ich thue, ich kann es nicht.“ Dann stellt sie sich krank, wird aber durch Entziehung der kräftigen und ausreichenden Nahrung (wer weiß, bis zu welchem Grade!) nach einigen Tagen (wahrscheinlich bekam sie also wohl gar nichts) gezwungen, die Täuschung aufzugeben. Sie verrichtete nun ein paar Monate lang schlechte Arbeit, dann wiederholte sie ihre Simulation. Hr. M. ging auf ihre Idee ein, versetzte sie auf's Krankenzimmer, ließ ihr bloß magere Kost reichen, wandte nach einander Artikulation, Elektrizität, Elektro-Galvanismus und die widerlichstestn Arzneien an. Allein es war Alles vergeblich, die Person spottete nur des armseligen Heilkünstlers. Endlich war durch die lange Entziehung kräftiger Kost wirklich Abmagerung und Schwäche eingetreten; man reichte ihr nahrhafte Speisen, bekümmerte sich aber nicht um sie, bis sie endlich aus Langeweile selbst etwas leichte Arbeit in's Bett forderte. Aber auch hier giebt der Verf. noch mit keiner Silbe zu erkennen, daß er nun zu besserer Einsicht gelangt sei; es ist also wohl anzunehmen, daß er selbst nach diesen Fällen, die ihn auf's Handgreiflichste, ich will nicht sagen von der Unmenschlichkeit — dafür scheint er keinen Sinn zu haben, — sondern auch von der Unzweckmäßigkeit seiner barbarischen Methode überzeugen sollten, mit seinem Brennen fortfährt. —

V. Hysterische Konvulsionen. Der Verf. berichtet von 3 weiblichen Individuen, die an hysterischen Krämpfen litten, und bei jeder ernstestn Zurechtweisung und Bestrafung in Zornwuth und dann in hysterische Konvulsionen verfielen, weshalb sie mit Strafen verschont und immer als Kranke betrachtet werden mußten. Man sieht, mit welchem Widerstreben Hr. M. sie als Kranke betrachtet, zuerst werden sie, ob schon krank, ernstlich zurecht gewiesen und bestraft, und als diese saubere Behandlung natürlich erfolglos bleibt, mit Strafen verschont. Lassen wir den Verf. weiter reden: „dies merkten andere Gefangene, und ahmten, wenn sie Strafe erhalten sollten (wahrscheinlich höchst humane!), auf skandalöse Weise Verzückungen nach. Wie durch ein Kontagium wurden noch Mehrere von der Seuche der Konvulsionen angesteckt, und brachten durch ihr Toben das ganze weibliche Quartier in Aufruhr, so daß bald kein Rath mehr zu schaffen war. (Die praktische Rathlosigkeit des Verf.

sieht freilich aus jeder Zeile hervor). Der Verf. ahmte Boerhaves Verfahren nach, ließ alle weiblichen Gefangenen in den Versammlungssaal kommen, und erklärte denselben, daß jede, welche ferner noch von Konvulsionen befallen werde, mit dem glühenden Eisen gebrannt werden solle. **Zweimal mußte die Drohung ausgeführt werden**, dann war die Epidemie mit einem Male vorüber. O du guter alter Boerhave! Dir kam es wahrlich nicht in den Sinn, deine ähnliche Androhung im Harlemer Waisenhaus wirklich ausführen lassen zu wollen; dafür genügte aber auch schon deine bloße Drohung; was hättest du wohl zu der Unverschämtheit des Menschen gesagt, der nach 100 Jahren es wagt, sich auf dein Beispiel zu berufen, indem er deine gutmüthig gemeinte Drohung wirklich ausführt, und nicht bloß einmal, nein er läßt auch noch das entsetzliche Schauspiel wiederholen! —

Was der Verf. endlich noch über simulirte Epilepsie und Taubstummheit sagt, können wir füglich übergehen, da es nichts als Variationen des Vorhergehenden sind: Anzünden von Spiritus auf der Brust, Androhung des Glüheisens bleiben fast die einzigen Hülfsmittel, die sich dem „an Beobachtung so reichen“ Geiste des Verf. darbieten; man kann sich in den Stumpfsinn gar nicht hineindenken, wie er es gleich als höchstes Verbrechen betrachtet, wenn eines dieser elenden, verwahrlosten Geschöpfe ihn durch angebliches Leiden zu hintergehen sucht, und er dann sofort mit Feuer und Schwert wie eine beleidigte Gottheit dareinfährt. Der Zweck dieser Zeilen ist aber erfüllt, wenn ich die Behörden und die öffentliche Meinung auf solche Mißbräuche habe aufmerksam machen können, damit Unglückliche, für deren moralische Besserung die Gesellschaft zu sorgen verpflichtet ist, nicht ärger behandelt werden, als die ärgsten Verbrecher. —

Dr. Aug. Lünig.

Eine neue Zeitung.

In Brasilien ist seit Juli 1846 ein sozialistisches Blatt „Progresso,“ eine soziale, politische und literarische Revue, in's Leben getreten. Es erscheint zu Fernambuco mit dem Motto: Vorwärts! Wir theilen aus dem Programm folgende Stelle mit:

„Der Zweck der Politik, wenn man diesen Begriff in seiner höheren Bedeutung faßt, ist das Auffuchen der Bedingungen der Völkerverbesserung. Eine dieser Bedingungen, vielleicht die erste in dem gegenwärtigen Zustand der Dinge, ist die Regierungsform, die Organisation der sogenannten politischen Gewalten. Aber daraus, daß sie eine von diesen Be-

dingungen bildet, folgt noch nicht, daß sie die einzige, weil die Formen des gesellschaftlichen Zustandes, die Natur der Einzelbeziehungen, die mehr oder weniger große Leichtigkeit das Glück zu erreichen, die Entwicklung der Wissenschaften und Künste, die Geseze und Gebräuche eines Landes eben so viele politische Thatsachen von der höchsten Wichtigkeit bilden, die auf die Wohlfahrt der Individuen, wie der Völker einen bedeutenden Einfluß üben.

Was erblicken wir indeß in den politischen Regionen? Endlose Streitereien über die den Bürgern zukommenden Garantien, über die verfassungsmäßigen Rechte und Freiheiten, leichtsinnige Rechte, leere Freiheiten, sobald sie nicht aus der metaphysischen Atmosphäre der Verfassungen herauszutreten und sich nicht auf eine gesellschaftliche Organisation stützen, welche ihnen gestattet, mit der Wirklichkeit zu verwachsen, luftgefüllte Ballons, die sich die Ehrgeizigen einander zuwerfen, wenn sie den Aemtern und der Gewalt nachjagen und mit dem Schwall ihrer unnützen Wortkämpfe den Ausdruck ihrer selbstfüchtigen Persönlichkeit zu erfüllen suchen.

Wenn man bis in die Vergangenheit der Völker hinaufgeht, wenn man sich der alten politischen für Individuen, wie Nationen im Allgemeinen unterdrückerischen und lästigen Organisationen erinnert, so findet man es herrlich, daß Körper und Gedanke des Menschen von dem Joch, das sie drückte, befreit sind; doch jezt, wo die politischen Menschenrechte proklamirt und angenommen, und man sie nicht mehr der Gefahr der Vernichtung ausgesetzt sieht, nachdem man sie erst erlangt, warum soll man sich täglich über gelöste Fragen herumstreiten und beständig in dem engen Kreise leerer Gemeinplätze sich drehen, welche diesen Rechten nicht mehr Ausdehnung und Gültigkeit verleihen können? Wir werden uns von diesem fruchtlosen Kampfe fern halten, doch mit der Ueberzeugung, daß die Politik nicht die Kunst ist zu sprechen, um nichts damit zu sagen, sondern eine Wissenschaft und zwar die allerinteressanteste, weil die allgemeine Wohlfahrt von ihr abhängt.

Für uns also ist die Politik die Wissenschaft von der gesellschaftlichen Organisation, als das einzige Mittel, die Wohlfahrt der Einzelnen zu verwirklichen; und ohne uns in Auseinandersetzungen einzulassen, die für diesen Artikel zu weitläufig, werden wir darlegen, daß in unserem Vaterlande Brasilien die politische Geschäftsführung vor Allem ökonomisch und industriell sein und die materiellen Interessen befriedigen muß. In der That, wenn man von erhöhtem Standpunkt die Verhältnisse, welche das Glück des Menschen bedingen, betrachtet, so erkennt man leicht, daß der Wohlstand die wesentliche Bedingung, der unzertrennliche Begleiter der Ordnung und Freiheit, der logische Ausgangspunkt alles Fortschritts ist.

Welch' Schauspiel gewährt uns überdies sowohl Europa, als unsere Nachbarn im Norden? Mit wenigen Ausnahmen sehen wir überall die Ideen von materiellem Fortschritt überwiegen. Der Krieg hat seine Zeit gehabt, der Krieg ist nur noch für einige Narren oder ehrgeizige Soldaten ein politisches Prinzip; der Friede ist das Streben des Jahrhunderts: der Pflug und das Gewerbe haben die Degen entthront; der Dampf, dessen Triebkraft die Maschine mit eiserner Lunge, welche für das Glück der Menschen arbeitet, bewegt, ist an die Stelle des Pulvers getreten, welches, in eiserne Maschinen gepreßt, sie zu Tausenden niederschmetterte. Die alten Nationalstranzen senken sich, und die Eisenbahn, welche sie stürzt, indem sie dieselben überschreitet, vernichtet den Raum und vermischt die Völker, welche im Begegnen ihre alte Feindschaft mit Erstaunen durch gegenseitige Freundschaft und Achtung ersetzt sehen. Diese glorreiche Politik des friedlichen Fortschritts schreiben wir auf unsere Banner und wollen wir begründen. Wir werden die ersten Gesetze und die Hauptbedingungen darlegen, die sie erfordert, und die Maaßregeln andeuten, welche ergriffen werden müssen, um ihr den Weg zu bahnen.

Diese für eine in ihrer Gesamtmasse betrachtete Nation unwiderlegbar vortheilhafte Politik, welche die Größe eines Volkes zu begründen vermöchte, würde in ihren Wirkungen von einem tiefen heftigen Uebel ergriffen werden, wenn sie zu gleicher Zeit, wo sie die Masse der Reichthümer vermehrte, wie in Europa dahin gelangen müßte, das Elend der Volksklassen unendlich zu vergrößern. Aber diese Gefahr kann abgewendet werden; vergessen wir nicht, daß wenn der Pauperismus, welcher an Europa's Herzen nagt, dem modernen Industrietreiben entspringt, er nichts desto weniger das nothwendige Ergebniß der materiellen Fortschritte ist, welche an sich gut und wohlthätig sind, und daß die Ursache dieses Elends in der Fehlerhaftigkeit der unter den Menschen als Produzenten und Konsumenten errichteten Beziehungen und in dem übertriebenen Einfluß liegt, den man gewissen Produktionselementen eingeräumt hat. Wir werden zu zeigen suchen, wie es möglich, wenn nicht leicht ist, die bezeichnete Klippe zu vermeiden.

Man sieht, wie unsere Politik, auf die gesetzlichen Anforderungen von Ordnung und Freiheit gegründet, eine überaus friedfertige, organisirende und vorwärts schreitende Richtung einhält. Mit diesem Zweck vor Augen werden wir, bewaffnet mit dem Messer der Kritik und der Fackel der Sincerheit an das Studium der Tagesfragen gehen, mögen sie sich nun selbst offenbaren oder mögen wir sie als reif und einer bevorstehenden Verwirklichung fähig andeuten.“

G. W.

Korrespondenzen.

(Leipzig, Ende Januar.) Sie haben gewiß Manches über das hiesige „Lese museum,“ nächst dem Berliner wohl die großartigste Leseanstalt, gelesen; ich will Ihnen das Neueste über dieses nichts weniger als volksthümliche Institut (wenn es auch circa 800 Abonnenten zählt), wo zwar nicht die Geistes-, doch die Salon=Aristokratie sich breit macht, mittheilen. Unter dem Direktorium, welches das Ganze vermittelt eines Ausschusses leitet, befindet sich ein einziger Radikaler, Dr. Buttke; die übrigen acht Mitglieder mögen sich theilweis Liberale schelten, was dies aber für ein Liberalismus ist, kann sich Jeder denken. Ich nenne nur Brochhaus, G. Mayer. Aus der Wahl der Zeitungen sieht man am besten den Geist, der über diesem Institute waltet. Die deutschen Journale sind reichlich besetzt, doch fehlen die radikalen Konstanzer „Seeblätter,“ der Hamburger „Freischütz“ u. A., die nicht bloß die betreffenden Städte repräsentiren. Belgien liefert Ein Blatt, das Journal de Bruxelles, (von den Volksblättern Débat social, Mephistopheles, Argus, Tribun du peuple, Atelier ist nicht die Rede); ebenso Frankreich außer den größeren Parteiorganen nur das katholische Atelier, während bei den Volksblättern Union (1½ Frs.), Fraternité (3 Frs.), Ruche populaire (6 Frs.) der Preis gar nicht in Anschlag kommt. Für die Schweiz haben wir die „Neue Zürcher Zeitung,“ so mark- und saftlos, wie der ganze Legatradikalismus. Zu Neujahr sollte, damit ja keines der zahlreichen Volksblätter angeschafft wurde, die „Baseler Zeitung“ gehalten werden, doch die Post durfte sie nicht beziehen. Es bleibt also wahrscheinlich bei der N. Z. Z. In dem neu errichteten Lesezirkel, welcher die Journale, sobald sie kurze Zeit ausgegangen, bekommt, hat sich eine große Theilnahme für die „Mode“ und die „Rosen“ kundgegeben (Jeder Ehemann will doch seine liebe Hälfte beglücken); während man mit Jahreswechsel die Démocratie pacifique und die Hannover'sche Morgenzeitung entfernte, Beides Journale von dem redlichsten Streben und großer Gewissenhaftigkeit: Eigenschaften, die heutzutage nicht hoch genug geschätzt werden können. Die Morgenzeitung ist außerdem bekanntlich eines der besten belletristischen Blätter. Darf man aus diesen und andern Beweisstücken nicht auf die „Unparteilichkeit“ der Herren Direktoren schließen? Der Abonnent hat hierbei höchstens Petitionsrecht, das aber gewöhnlich nicht berücksichtigt wird. — Da ich einmal bei der Literatur bin, will ich der „Leipziger Revue“ erwähnen, die D. Wigand unter des Censors, Prof. Marbach, Schutz und Redaktion, als angebliche Fortsetzung der „Deutschen Jahrbücher“ herausgibt und die sich selbst die Trier'sche Zeitung nicht schämt als ein sehr gediegenes Journal auszuposaunen, während es nichts als Hegel'sche Phrasen bietet. Ruge, den die „Liberalen“ mit Enthusiasmus in ihrem Lager aufgenommen, unterhält sich in dieser „Revue“ ganz freundschaftlich mit dem Censor über die Literatur, wobei er unter Andern die ihm gewidmeten ziemlich mittelmäßigen „Neuen Poësieen von E. Medtgenburg“ unverschämt herausschreut und auf eine Weise das kritische Messer handhabt, daß ihn der Berliner „Gesellschafter“ darum beneiden möchte.

Man kann sagen, er ist bei der „Revue“ als einfacher Referent angestellt. Seine früheren gesinnungstüchtigen Freunde haben sich vollständig von ihm zurückgezogen.

Bei dem anhaltenden Frost steigt die Noth immer mehr. Zwar hat der König fünfzig, die Königin dreißig Thaler für die Armen beigeuert, zwar hat der Minister v. Zeschau die Kosten seiner Soireen = 150 Tblr. (hört!) der Armenkommission übergeben, zwar soll der hiesige Hülfverein 35000 Pfd. Brod (und was für welches!) wöchentlich verbacken lassen: das Alles scheint die Noth bis jetzt nicht allzu sehr lindert zu haben. —

Als jüngst zwei Bewohner des Dorfes Lindenau eine Jagd ruhig und in mehr als halbstündiger Entfernung begleiteten, wurden sie auf dem Gebiet von Großschöcher von 2 Treibern gepackt und mit Knütteln ergiebig gemißhandelt. Der Eine entfloh, der Andere, ein alter Mann, wurde in's Loch gesteckt und mußte mehrere Tage darin ohne Verhör zubringen. Diesen gesetzlichen Akt beging der Gerichtsdirektor Baumgarten. Dagegen hat der sächsische Appellationsrath, der auf der Festung Rönigstein die österreichische Untersuchung gegen den gefangenen Tyssowski leitete, so wie die übrigen Beamten diverse Brillantdosen, Detonationen u., die Dresdener Polizeimannschaft für Tyssowski's Gefangennahme allein 300 Dukaten von dem österreichische Hofe zur Belohnung erhalten. Interessant genug ist Folgendes. Eine russische Gräfin erschien bei Hofe in reichem, Alles überstrahlenden Brillantschmuck. Tags darauf ward sie bedeutet, nicht ferner in diesem Aufzug zu erscheinen; nach welcher Andeutung sie sofort ihre Sachen packte und Dresden verließ. Schlimm ist es freilich, daß ein solches Steinchen meist Tausende Pfund Brod, mag es auch im höchsten Preise stehen, aufwiegt; ob das aber der Grund des Verfahrens des Hofes gegen die russische Gräfin ist, lasse ich dahingestellt sein.

(Bonn, im Januar.) (Das angemessene Schußsystem von Brüggemann.) Die kölnische Zeitung veröffentlicht in ihrer No. 14. aus Anlaß der van Gölpen'schen Petitionen ihr merkantiles Programm, dessen Unhaltbarkeit und nackt vorliegenden Widersprüche uns so arger Natur zu sein scheinen, daß wir nicht begreifen können, wie Hr. Brüggemann glaubt, daß dem im Programm entwickelten „angemessenen Schußsystem“ die Zukunft gehören könne. Brüggemann ist durchaus gegen einen solchen Zustand der Industrie, in welchem „alle Fortschritte derselben fast nur der bestehenden Klasse zu Gute kommen,“ in welchem „eine Verelendung der überschüssig gewordenen Arbeitskräfte“ Statt findet, in welchem die wohlfeile Produktion, die Arbeitersparung den Ruin der ersparten Hände zur Folge hat. Diesen ungerегelten Verhältnissen gegenüber stellt er das „angemessene Schußsystem“ auf. Es soll dasselbe „den Fortschritt nicht hindern, sondern nur das Monopol seiner Ausbeutung soll es brechen und den Gewinn möglichst bald und möglichst gleichmäßig in die ganze Gesellschaft zu vertheilen streben; es soll sorgen, daß die Arbeitersparung möglichst allen Theilen der Gesellschaft zu Gute komme, möglichst über-

all eine Erweiterung der Bedürfnisbefriedigung herbeiführe.“ Was heißt Entwicklung der Industrie? Brüggemann beantwortet diese Frage sehr richtig, indem er sagt, sie sei „gleichbedeutend mit Ersparung an Unkosten, d. h. an Arbeit, also mit einem fortschreitenden Wohlfeilerwerden der Erzeugnisse der Industrie.“ Die Industrie hängt zunächst von dem Fabrikanten ab. Da keine Produktion ohne Stoff, ohne Material möglich ist, so richtet sich die Entwicklung der Industrie darnach, ob die Besitzer des Rohstoffes, wenn sie Arbeitskräfte zur Rentbarmachung desselben verwenden, ihren Vortheil dabei finden oder nicht. Der Aufschlag, den sie auf das Material und die Produktionskosten machen, ist ihr Nutzen, der um so größer sein wird, je geringer für sie die Produktionskosten sind. Können sie an diesen Kosten, d. h. an Arbeit sparen, so können sie die Waare billiger herstellen und sie könnten auch dieses „Ersparte“ für sich konsumiren, wenn sie nicht in Folge der Konkurrenz gezwungen wären, von diesem Ersparten abzugeben, und das Produkt den Abnehmern billiger zu überlassen. Die Entwicklung der Industrie trägt also zwei Momente in sich, die „Ersparung an Unkosten,“ was den Produzenten, „das Wohlfeilwerden der „Erzeugnisse der Industrie,“ was dem kaufenden Publikum zu Gute kommt. Das wäre nun Alles schon gut, wenn nicht die ersparten Arbeitskräfte da wären und auch zu leben verlangten. Brüggemann übersieht sie nicht, sie sind es im Gegentheil, die sein „Schuppsystem der Zukunft,“ seinen „Wogenbrecher“ hervorrufen. Er faßt den Grundgedanken desselben in folgenden Worten zusammen: „Deshalb, — nämlich weil der „Lohnarbeiterstamm in Folge der Arbeitersparung leicht aus seiner Stellung gedrängt würde“ — hat hiergegen die Gesellschaft in ihrer Einheit und Solidarität, d. h. der Staat oder die Gemeinde dadurch Abhilfe zu suchen, daß sie die ersparten überschüssigen Arbeitskräfte für Bedürfnisse in Thätigkeit setzt, die sonst unbefriedigt geblieben sein würden, und daß sie hierzu eben den bei jener Ersparung von Arbeitskräften miterparten Arbeiter=Unterhalt, der ja ein vorhandenes Vermögen bildet, verwendet.“ Brüggemann geräth hier zu augenscheinlich in die handgreiflichsten Widersprüche; während er früher die Entwicklung der Industrie für „gleichbedeutend“ mit Ersparung an Unkosten hält, findet er jetzt den Fortschritt derselben möglich, wenn die Unkosten nicht erspart werden, er will die Sache auf einmal umwenden. Die Entwicklung der Industrie ist nur und nur allein dadurch bedingt, daß die ersparten Arbeiten den Fabrikanten und den Abnehmern zu Gute kommen und nicht den Arbeitern, denn nur dadurch werden die Unkosten geringer und die Produkte wohlfeiler; leg' ich aber die ersparten Kosten hinwiedrum den Fabrikanten und den Käufern zur Last, so hört Beides auf, und folgeweise der Fortschritt der Industrie. Das ist eben das unglückselige Wesen unserer Industrie, daß auf ihrem Wege rechts und links die Leichen fallen, daß die überschüssigen Arbeitskräfte „verelenden.“ Es wird gewiß Jeder gern den Zeitpunkt nahe wünschen, wo dieses soziale Räthsel gelöst wird, Hr. B. löst es aber nicht nur nicht, sondern er schüttet das Kind mit dem Bade aus, er stellt die Industrie still. Wenn die französischen Seidenfabrikanten eine neue Webemaschine erfinden, die mehre Hände erspart, so können sie ihre Sei-

denwaaren billiger liefern als die Cresfelder Fabrikanten. Sie werden mehr absetzen — die französische Seidenindustrie hebt sich. Auf einmal akquiriren die Cresfelder Fabrikanten, welche schon bedeutenden Nachtheil erlitten, auch die Maschinen und setzen 1000 Hände außer Arbeit; sie sind jetzt fähig mit den Franzosen zu konkurriren und ihre Waaren ebenso billig zu liefern. Abgesehen davon, daß es sich noch fragt, ob ihr Profit jetzt größer ist, wie früher — was will nun Brüggemann? Nichts weniger, als daß der durch die Maschine ersparte Arbeiterlohn, nicht dem Fabrikanten, oder den Käufern, sondern den ersparten Arbeitern zufalle. An wen will B. sich wenden, um dieses „ja vorhandene Vermögen“ zum Besten des Arbeiterstammes einzuziehen? Etwa an die Fabrikanten? Nein, das geht nicht, ohne sich zu widersprechen; dann wäre es ja keine Entwicklung der Industrie mehr, die Hr. B. anstrebt, weil zwar die „Verminderung der Arbeit,“ aber auch die Bezahlung der nicht geleisteten Arbeit, d. h. die Erhöhung der Produktionskosten vorhanden wäre. Die Produzenten würden sogar genöthigt sein, beinahe zweimal diese Summe zu zahlen, indem sie außerdem noch selbstredend bei Anwendung neuer Maschinen in Folge der Konkurrenz die Produkte billiger zu verkaufen gezwungen sind, also die ersparten Arbeitskräfte negativ theilweise schon auf das Produkt schlagen. Die Produktionskosten erhöhen, heißt der Industrie das Brett unter den Beinen wegziehen. Vielleicht kann sich B. an die Konsumenten des wohlfeiler gewordenen Produktes wenden und von ihnen die Abtragung des ersparten Arbeitsunterhaltes fordern. Auch nein, denn in diesem Falle ist die Entwicklung der Industrie aufgehoben, die wie Hr. B. sagt — „mit einem fortschreitenden Wohlfeilwerden der Erzeugnisse gleichbedeutend ist.“ Wo nun die Fonds hernehmen? B. selbst ist die Sache etwas bedenklich; er fragt sich ebenfalls ganz gemüthlich: „Aber wo sollen die Organe der Gesellschaft dieses Vermögen einziehen? Bei den arbeitersparenden Produzenten oder bei dem am Preise des wohlfeiler gewordenen Produktes sparenden Konsumenten?“ Konkerniren thut ihn der Zweifel, welchem von diesen beiden Unglücklichen die Taschen geleert werden sollen, nicht; mit derselben Ruhe, mit welcher er die Hauptfrage seines Systems aufwirft, mit derselben Ruhe spaziert er, ohne sie zu beantworten, drum herum. Grade, wo er reden soll, da schweigt er, grade, wo er sein System beweisen soll, bricht er ab, wo er seinen Wogenbrecher frisch ansehen soll, da weiß er nicht, an welcher Stelle er ihn anzusetzen hat, um die „Fluth des Fortschritts“ zu brechen und eine „künstliche Ueberrieselungsanlage“ zu bewerkstelligen. Seine bestimmten Fragen beantwortet er einzig und allein mit einem ausweichenden Sage: „Sofern man, sagt er, in beiden Fällen die betreffende Einziehung nur so einrichtet, daß jene Arbeitersparung nicht hintertrieben wird, ist das zunächst gleich, und es handelt sich dann nur um die finanziell zweckmäßige Einrichtung.“ B. kann selbst den Besorgniß erregenden Gedanken nicht unterdrücken, daß bei seinem angemessenen Schutzsystem“ die Arbeitersparung und — da er die Arbeitersparung überall für gleichbedeutend mit der fortschreitenden Entwicklung der Industrie hält — die Entwicklung der Industrie hintertrieben würde. Das heißt aber auf gut Deutsch nichts anders, als daß Brüggemann selbst nicht an die Wahrheit dessen fest

glaubt, was er gesagt hat; daß er fühlt, er habe in seinen Kalkulationen zwei wesentliche Punkte übersehen: die Konkurrenz, welche unerbittlich fordert, daß das Ersparte nur zu Gunsten der Fabrikanten und Konsumenten fällt, und der Umstand, daß die einzige Triebfeder der Fabrikanten ihr sich immer steigender Nutzen ist. — Bis hieher hatten wir unsere Ansichten niedergeschrieben, als wir noch einen dritten Artikel von Brüggemann über dieses Thema lasen. Auch in ihm kommt er, nachdem er nochmals die Versicherung gegeben, daß die Anwendung seines Schußsystems nicht ohne Schwierigkeit sei, zu keinen bestimmten Forderungen, die als reine Konsequenzen seines Prinzips zu betrachten wären. Denn wenn er für die Entwicklung der Industrie Verbesserung der Kommunikationsmittel, Ausbildung des Credits und der Arbeitskraft als unumgänglich nothwendig hinstellt, so stimmt er darin auch mit den free-trader und den Schußzöllnern überein, es ist nichts Neues. Das aber, was er fordert, um seinem Prinzip Wirksamkeit zu geben, bekundet nur neben der Unhaltbarkeit desselben, daß er noch nicht zu festen, bewußten Konsequenzen gekommen, daß ihm nicht klar ist, wie und auf welche Weise seinen Ansichten Leben zu geben sei. Während er einen bestimmten Weg zeigen sollte, hilft er sich mit einem „scheinen.“ Freilich es scheint auch nur, wie wir gleich sehen werden. Der einfachste Weg, sagt er, scheint der, daß die Mittel — wodurch nämlich „die ersparten Arbeitskräfte für solche Bedürfnisse in Thätigkeit zu setzen, die sonst unbefriedigt geblieben sein würden“ — durch Steuern in die Hände des Staates oder der Gemeinde gebracht und von diesen auf „öffentliche Arbeiten“ verwendet würden.“ Dieser „einfache Weg“ ist weiter nichts, als eine einfache Escamotage; wir sahen, daß er diese „Mittel“ weder von den Produzenten, noch von den Konsumenten nehmen konnte, ohne in schneidenden Widerspruch mit der von ihm aufgestellten Erklärung der Industrie zu gerathen, und um sich nun aus dieser unvermeidlichen Klemme zu retten, nimmt er das Ersparte unter einem andern Namen; unter dem Titel der „Steuern“ bugstirt er hintenherum eines Theils den Fabrikanten den Vortheil weg, den sie aus der Verminderung der Produktionskosten ziehen könnten, und andern Theils läßt er die Konsumenten das Produkt theurer bezahlen. Das ist also eine Operation, die ihn abermals mit seiner Erklärung von Industrie, die „gleichbedeutend sei mit Ersparung an Unkosten und fortschreitendem Wohlfeilwerden der Erzeugnisse“ in Opposition setzt. Ob das Publikum einen Thaler für die Waare zahlt oder nur 25 Sgr. und die andern 5 Sgr. an den Staat giebt, das bleibt sich für das Publikum ganz gleich; es hat so wenig Vortheil, wie der Fabrikant, der zuerst das Ersparte einzieht, um es sich vom Staat wieder abnehmen zu lassen.

Was Brüggemann noch sonst in Bezug auf Ausführung seines Schußsystems vorbringt, ist theils unbedeutend, theils löst es sich nach dem Obigen schon von selbst auf und wir halten es daher nicht für nothwendig, das Einzelne noch weiter zu diskuriren. Das Einzige, was wir mit wohlgemeintem Lobe anerkennen können, ist sein Bestreben, der Advokat der armen Arbeiter zu werden, und wenn wir diesen ehrlichen Willen ehren, so bedauern wir um so mehr, daß seine theoretisch unrichtige An-

Schauung der sozialen, der ökonomischen Verhältnisse ihn auf so unglückliche Wege führt, auf Wege, die nicht einmal irre führen können, weil — sie nicht gangbar sind.

(Aus Westphalen, im Januar.) Herr Glasbrenner bezeichnet in seinem komischen Volkskalender einen Tag im Jahre mit dem Ausspruch: „In Hessen-Kassel singt Jemand: „Freut euch des Lebens!“ Und in der That passiren in diesem Lande, seit dem verächtigten Geschäfte „in Menschenfleisch“ mit Amerika, kuriose Dinge, noch kuriosere, als der Jordan'sche Prozeß. In einer kurhessischen Stadt wollte eine Dame das durch eine Kollette gesammelte Geld dazu verwenden, 200 hungrige Menschen am Weihnachtstage zu speisen. Die Erlaubniß dazu wurde ihr von der Obrigkeit abgeschlagen, und zwar aus folgenden Gründen: „Durch die Speisung von 200 Menschen in einer Stadt, wo ihrer 2000 Hunger litten, würden die Uebergangenen zur Erbitterung gereizt werden; zudem würde die Zusammenkunft von 200 solcher Menschen ihnen ihre Noth nur noch fühlbarer machen (d. h. sie zum Nachdenken darüber bewegen). Es sei demnach nur eine Speisung von höchstens 20—30 Personen und zwar in einem Privatlokale zu gestatten.“

Diese Verordnung spricht auch ohne Kommentar für sich selbst. In dessen wenn andere Behörden sie auch nicht in so naiver Naechtheit, wie das kurhessische Kreisamt, erlassen haben würden, so ist doch leider der Geist, der sie diktiert hat, die Scheu vor der Deffentlichkeit, die Furcht vor dem Bekanntwerden des Nothstandes auch sonst in Deutschland groß genug. Als ob das Elend weniger groß und drückend wäre, wenn es ungekannt, im Stillen fortwuchert! Als ob nicht die Erkenntniß des Uebels die erste Bedingung zur Heilung wäre, und als ob nicht die nur von dieser zu erwartenden wirksamen Mittel zur Bekämpfung des Elends die Furcht vor den Folgen des Bewußtseins, welches die Armen durch öffentliche Mittheilung der Thatsachen von ihrer Noth erhalten, gänzlich verschrecken müßte! Als ob nicht auch aus dem stillen Fortwuchern eine Explosion plötzlich und gewaltsam entstehen könnte! Hören wir dagegen, was ein englisches Blatt über diesen Gegenstand sagt, ein konservatives Blatt, das Blatt der hohen Bourgeoisie.

„Eine Bewegung unter den dienenden Klassen gegen ihre Herren,“ sagt die „Times,“ „kann freilich den letzteren, ihrer Interessen wegen, unangenehm sein. Die Gesellschaft kommt gewissen Geistern vor wie eine große Zusammenstellung von Reichthum und Intelligenz gestützt auf bestehende Vorurtheile und Einrichtungen, welche dazu dienen, die widerstrebende Herrschsucht der Massen, der physischen Gewalt, der gewerblustigen Hand niederzuhalten. Diese Leute möchten die Forderungen der arbeitenden Klassen an einem Orte besprechen, wo die Wände keine Ohren haben. Seine Meinung zu äußern, die Armuth mit einer Schuprede zu versehen, welche sie mißbrauchen könnte, wird von jenen Leuten als ein Hochverrath an der gemeinen Sache des Reichthumes, der Bildung, des Ranges betrachtet. Sobald die Massen sich einbilden, daß „ihre Bessern“ nichts Anderes sind, als eine Zusammenrottung gegen sie selbst, sind der

Unwissenheit und der Unzufriedenheit die Zügel gelöst. Es geht der Halt an der Menge verloren, die Kraft und der Einfluß der Höheren auf deren Leitung ist gefährdet. Darum sind wir der Meinung, daß nichts, sowohl dem gemeinen Wohle, der aufgeklärten Kontrolle und dem stetigen Fortschritte der untern Klassen, als der wesentlichen Macht und Sicherheit der Höheren, mehr zuträglich ist, als die gesellschaftlichen Fragen gleichsam auf dem Marktplatz und bei Tageslicht zu erörtern. Fürchtet nicht, die ganze Angelegenheit der Feuerprobe einer vernünftigen Besprechung zu unterwerfen, sie dem Urtheile jener öffentlichen Meinung anheim zu stellen, welche nach der Fürsorge alle zeitlichen Einrichtungen gründet und handhabt von der Krone ab in der civilisirten Hälfte dieser Erde. Unterdrückt also keine Bewegungen, bis sie endlich den gewaltigsten und gefährlichsten Charakter angenommen, und selbst dann im schlimmsten Falle vergessest nicht, daß es sich um kein Vieh handelt, sondern um redliche Wesen, um christliche Mitbrüder. Sie danken dem Himmel, daß England nicht Irland gleicht. Wir aber sehen in Irland ein warnendes Beispiel. Hätte man dieser unglücklichen, zum Theile viel vernachlässigten Bevölkerung mehr eine helfende Hand geboten, hätte man den Rechten des Ackerbauers eine regelmäßige Erörterung angegedeihen lassen, anstatt der Frage wie einem Kobolde auszuweichen, so würden heute gewiß eine Menge Angelegenheiten im friedlichen Gange des Beilegens begriffen sein, anstatt daß Irland jetzt so sehr einem Schiffbruche nahe ist, als irgend ein Theil dieses Reiches es sein kann. Wir haben keine Scheu vor Meetings, wo die Jacke des Arbeiters vorherrscht. Die Herren verständigen sich und rotten sich zusammen — warum nicht die Arbeiter? Ist Eintracht nicht immer wahre Kraft, so ist sie wenigstens die Zuflucht der Schwäche. Fürchtet ihr aber eine gefährliche Entflammung tugendhafter Indignation, — wollt ihr jenen ehrlichen Zorn lenken, welcher leicht nothwendige Uebel mit willkürlichen verwechselt, so laßt die besonneneren Köpfe, die bessern Geister eintreten und den Platz einnehmen, der ihnen gebührt. Laßt Priester, laßt Edelleute, laßt Fabrikherren und Municipal-Behörden die Sache zur Hand nehmen und das überwachen und verfeinern, was nicht aufgehoben werden kann noch sollte!“

Die stereotypen Redensarten von Englands „Macht und Größe“ machen uns keineswegs blind gegen seinen starren, herzlosen Egoismus, welcher der Blüthe seines Handels kaltblütig ein ganzes Volk opfern würde. Auch ist die Theilnahme der „Times“ für das Elend Irlands, zu dessen Erforschung und Veröffentlichung sie übrigens mächtig beitragen, nicht ohne stark egoistischen Beigeschmack; ihre Thränen sind Krokodillsthränen. Denn sie gehen nur darauf aus zu beweisen, daß die irischen Grundbesitzer ihre hungernden Landsleute füttern müssen und schlagen zu diesem Zwecke sogar eine neue Vertheilung des Grund und Bodens vor, um ihre nächste Machtgeberin, die englische Bourgeoise, vor der Nothwendigkeit weiterer Opfer zu bewahren. Aber das muß man der englischen Bourgeoise lassen, an resolutem Angreifen einer Sache, an furchtloser Energie selbst den größten Schwierigkeiten gegenüber, hat sie ihres Gleichen nicht und die oben angeführten Worte sind ein schlagender Beweis davon. Der deutsche Bourgeois hat immer, obgleich er gegen die Bürokratie bellas

mirt, eine stark bürokratische Färbung, eine Mimosenatur, die vor jeder Berührung mit den Massen scheu zurückweicht. Und auch der französische Bourgeois ist zufrieden, wenn die polizeiliche Ordnung auf der Straße gehandhabt und allzu skandalöse Noth- und Uebelstände „anständig“ verdeckt werden. Nur der Engländer packt resolut zu; darum kommt er auch zu etwas. —

(Aus Westphalen, im Januar.) Der Fabrikenbesitzer F. W. Schlöffel in Eichberg bei Hirschberg, welcher bekanntlich nach langer Haft von der Anklage auf Hochverrath, Theilnahme an einer hochverräterischen, den Umsturz des Bestehenden beabsichtigenden kommunistischen Verschwörung völlig vom Kammergerichte freigesprochen wurde, hat jetzt seinen Prozeß bei Groos in Heidelberg erscheinen lassen. Das Buch ist in einfacher, würdiger Sprache geschrieben und giebt in vieler Beziehung merkwürdige Aufschlüsse. Schlöffel erscheint uns darin als ein durchaus ehrenhafter, thatkräftiger, entschlossener Mann. Durch seine Bestrebungen, den Bürgern die durch die Städteordnung von 1808 verliehene Selbstständigkeit zu erhalten und eine solche den Bewohnern des platten Landes zu erwerben, durch sein energisches Auftreten gegen bürokratische Anmaßung, durch sein Ringen nach englischem Selbstgovernment, nach Schutz der persönlichen Freiheit durch Anklage und Urtheils-Jury, wie er es in seiner Petition an den schlesischen Landtag dokumentirte, wurde er den Behörden lästig; durch seine philanthropischen Bemühungen, die Lage der Bevölkerung der Fabrikdistrikte, namentlich der Spinner und Weber zu erforschen und zu verbessern, wurde er verdächtig, des Kommunismus verdächtig. Man kann sich vorstellen, was ein solcher Verdacht, namentlich kurz nach den Weberaufständen, auf sich hat. Schlöffel wurde bald verhaftet; der Verdacht, daß er Theilnehmer, ja das Haupt der angeblich entdeckten kommunistischen Verschwörung sei, wurde geschickt durch zum Theil halboffizielle Artikel in verschiedenen Zeitungen immer von Neuem wieder angeregt; die Verteidigungen des Verhafteten durch seine Familie konnten die Druck-erlaubnis nicht erlangen. Sehr interessant sind die Aufschlüsse über die Wirksamkeit und Machtvollkommenheiten des Stieber, welcher, als Polizeibeamter No. 50. durch eine Medaille legitimirt, als Ministerial-Kommissair des Hrn. von Arnim das Recht zu haben behauptete, zu verhaften, wen er wolle. Ueber die Willkürlichkeiten und Rücksichtslosigkeiten bei der Haussuchung in Schlöffel's Hause, was nur dessen Frau zugegen war, bei der Verhaftung Schlöffels, über die ganze widerwärtige Persönlichkeit desselben lese man das Buch selbst nach. Wir bemerken hier nur, daß Hr. Stieber, obgleich die geheime Polizei in Preußen längst aufgehoben ist, sich als Maler Schmidt im Hirschberger Thale herumtrieb, sich als solcher an die Leute hing und sich sogar in geschlossene Gesellschaften einschlich. Mit dem größten Eifer suchte er Depositionen gegen Schlöffel zu erwirken und wandte sich deshalb an dessen persönliche Feinde, einen Kaufmann Frey, Oberamtmann Walter und den Patrimonial-Gerichtsherrn von Eichberg, Hrn. v. Rosen, unter dessen geheimer Aufsicht Schlöffel längst stand, der auch einst einen an S's Schwiegersohn, Lieutenant v. Diczelski ge-

richteten Brief zu eröffnen sich erlaubte. Die Denunziation des Stadt-
syndikus Crusius zu Dirschberg gegen Wander und Schlöffel wegen ihrer
Vorträge im dortigen Vereine, die nach seinem Ausdrucke hart an das
Revolutionäre streiften, scheint das Resultat der entfegten Loyalität
eines von Servilität überfließenden Gemüthes zu sein; beide wurden
bekanntlich in der Untersuchung freigesprochen. Was S. bei der Verhaf-
tung, der körperlichen Visitation, hinter den Blechschirmen der Hausvoigtei
litt, wie seine geistige und körperliche Kraft fast dabei erlag, das ist im
Buche einfach und eben darum erschütternd geschildert. Aus den attemmä-
ßigen Mittheilungen Schlöffels und seines wackern Vertheidigers, Justiz-
rath Gräff, geht abgesehen von mancherlei Verlegungen der Kriminalord-
nung bei der Untersuchung Folgendes hervor: „die angebliche kommunisti-
sche Verschwörung existirte nur im Kopse des Tischlers Wurm; es ist nicht
einmal erwiesen, ob er die übrigen Angeklagten in die Verschwörung auf-
genommen, oder ob er ihnen nur davon erzählt hat; er hat erwiesen nur
die Gebrüder Herrmann aufgenommen, welche sich unter einem furchtbaren
Eide über ihr Stillschweigen nur aufnehmen ließen, um als Zeugen gegen
ihn zu dienen. Wurms Aussagen über seine Aufnahme in die Verschwö-
rung sind albern und widersprechend; über Schlöffel's Theilnahme liegt
Nichts vor, als daß Wurm nach vielen Suggestivfragen behauptet, er habe
gehört, daß ein reicher Fabrikant, vermuthlich S., das Haupt sei. Es
war eine Proklamation gefunden und obgleich Wurm, trotz aller Insinua-
tionen Stiebers, — er nennt es selbst quälten — Schlöffel als Autor zu
nennen, die Autorschaft beharrlich für sich in Anspruch nimmt, so gehen
doch nicht nur Stieber, sondern auch der Inquirent, Kammergerichtsrath
Leonhardt, ebenso beharrlich von der vorgefaßten Ansicht aus: Schlöffel sei
der Verfasser, er solle und müsse es sein!“ Das Buch ist, wie gesagt, ein
höchst interessanter Beitrag zur Beleuchtung des geheimen Inquisitionsver-
fahrens. Die Gründe des freisprechenden Erkenntnisses hat S. leider
nicht mittheilen können, weil ihm trotz seiner Bemühungen eine Abschrift
derselben überall verweigert wurde. —

(Von der Weser, im Januar.) Die „Köln. Ztg.“ welche nur
sehr selten und vorsichtig das soziale Gebiet betritt, hat sich doch in ihrer
No. 351. bewogen gefunden, einen Blick auf das Proletariat, auf die
augenblickliche Noth zu werfen. Sie findet, daß das einzige Mittel zur
wirksamen Bekämpfung derselben eine freie Gemeinde-Verfassung
sei; diese müsse die Basis der sozialen Reformen abgeben. Sie hofft das
Meiste und Beste von der Entwicklung der Selbstregierung in
den Gemeinden und verlangt von Jedem, dem es um „gründlichen“
Kampf gegen die gesellschaftlichen Uebelstände zu thun ist, daß er sich vor-
nehmlich der Kräftigung des Gemeindelebens zuwenden solle.
Einer solchen Politik, welche die Mittel und Hebel zu einer sozialen
Verbesserung durch Betheiligung Aller am Gemeindeleben erringen will,
wird Jeder von uns gern seinen Beistand leihen, wir erkennen gern den
Fortschritt an, welchen die „Köln. Ztg.“ durch diese Betrachtungen ge-
macht hat.

Die Kölnische Ztg. kommt in Nro. 352. noch einmal auf den allgemeinen Nothstand und die Mittel zur Abhülfe zurück; „um was es sich bei der gegenwärtigen Noth zunächst handele, seien die nächsten Palliativmittel, die geeigneten Wohlthätigkeitsanstalten.“ Welche sind diese? Die Anstrengungen der Gemeindebehörden der meisten Städte (Aachen, Elberfeld, Köln, Trier) u. s. w. bestehen in der Sammlung milder Beiträge, direkten Geldunterstützungen oder Beschaffung billiger Lebensmittel, Suppenanstalten u. s. w. Insofern ist es richtig, was die Köln. Ztg. sagt, „daß in der Beantwortung der Frage, was am ersten geschehen könne und müsse, in Deutschland viel Uebereinstimmung herrsche.“ d. h. die Philantropie ist überall thätig. Die Köln. Ztg. verwirft das Verbot des Branntweimbrennens, als wirkungslos. „Die Staaten haben bis zur nächsten Ernte zollfreie Einfuhr an Mehl und Mühlensabrikaten gestattet und diese Gestattung enthielt wohl auch das passendste Opfer, welches sie bringen konnten.“ Wenn die Staaten nicht mehr thun können, so ist damit ausgesprochen, daß die Privaten oder die Gemeinden das Uebrige thun sollen. Sicherheitsmaaßregeln gegen das Verhungern der Menschen sollen entweder der Staat oder die Gemeinde übernehmen; jede nur einigermaßen vernünftige Gesellschaft ist naturgemäß zu der Sorge für ihre arbeitsunfähigen Mitglieder verpflichtet; die Mittel dazu werden entweder durch die freie Vereinigung und gegenseitige Unterstützung der Unterthanen selbst beschafft oder der Staat, die Verwaltung übernimmt die Verpflichtung, wenn sie jene freie Selbsthülfe nicht gestattet. Geseßlich liegt bei uns dem Staate die Sorge für die Bedürftigen ob, der sie auf dem Verwaltungswege den Kommunalbehörden überträgt. Nicht überall aber begreifen diese die Verantwortlichkeit, die auf ihnen lastet, nicht überall und nicht Allen können sie helfen, wenn sie allein die Unterstützungsbedürftigen ausfindig machen sollen. In dieser Hinsicht ist die Methode, mit welcher z. B. der Unterstützungsverein in Wittburg verfahren ist (cf. Trier'sche Ztg. Nro. 354.) eine empfehlenswerthe, um die Zahl der Armen ausfindig zu machen und sie zu beschäftigen. Wenn ein kleiner Kreis so viel zu leisten vermag, was würde erst auf der Grundlage vernünftiger Prinzipien die größere Vereinigung von vielen Gemeinden wirken? Die Kommunalbehörden sind daher immer auf die Unterstützung seitens der Gemeindeglieder angewiesen und neben der Armen-Verwaltung in den Händen der Gemeindebehörden haben sich an vielen Orten Privatvereine gebildet, ein Beweis, daß die Armenverwaltung mit ihren Mitteln nicht mehr ausreicht. Die Köln. Ztg. nennt sogar die Umwandlung der Schlacht- und Mahlsteuer in eine Klassen- und Einkommenssteuer vorläufig wirkungslos. Auch den wohlhabenderen Ständen wird die Theuerung fühlbar, aber dieses verschwindet Angesichts der Eptbehrungen derjenigen Klassen, „deren gewöhnliches Einkommen zum bei Weitem größten Theile für die Anschaffung der nöthigsten Lebensmittel bestimmt ist. Erwägt man die Masse des Leidens, welches durch die ungewöhnlich hohen Lebensmittelpreise auf den größten Theil der Bevölkerung gewälzt wird, so kommt man nothwendig zu dem dringenden Wunsche, daß für die dürftigeren Klassen mit Opfern des Gemeinwesens oder einzelner Mitbürger unüberschreitbare, ihrem Lohne

und Einkommen entsprechende Preise der unentbehrlichen Lebensmittel müssen festgestellt werden; auch Verkäufe unter dem Einkaufspreise müssen stattfinden.“ Das geschieht auch schon an vielen Orten der Rheinlande, nur in Westphalen hören wir bis jetzt wenig davon. „Da nicht allein Arbeitsunfähige, sondern auch arbeitslose Arbeitsfähige zu diesen Wohlthaten der öffentlichen Unterstützung zugelassen werden müssen, so bietet sich ferner die Aufforderung dar, öffentliche Arbeiten hervorzufuchen, um die herabstimmende Form des Almosens überall so viel, wie möglich, fern zu halten.“ Die Köln. Ztg. nennt alle diese Maasregeln nur Besänftigungsmittel — sie citirt alle erdenklichen Vorschläge, unter Andern auch die Liedt'schen Sparvereine, und doch sind ihr dieselben nicht genügend. Verzweifelt die Köln. Ztg. vielleicht an der Philantropie, verzweifelt sie an der Ausführung gründlicher „Heilmittel?“ Ihr Resultat ist, daß die „Gemeindebehörden,“ weil sie ihrer Stellung nach die meisten Mittel und Wege zu einer einsichtigen und kräftigen Verwaltung besitzen, auch besser die Ueberwachung der Privatwohlthätigkeits-Anstalten übernehmen, als wenn dieselben freien Vereinen und alsdann nur zu oft der Zersplitterung und selbst der schädlichen Verwirrung (!) überlassen werden; oder wo Privatvereine bestehen, da sollen diese in geordneter Verbindung stehen, wie auch alle in der Gemeindebehörde ihre gemeinsame Spitze haben. Sie verlangt die Centralisation der gesammten öffentlichen Wohlthätigkeit in den Gemeindebehörden und erwartet von diesen die segensreichste Rückwirkung auf eine die ganze Staatsgesellschaft belebende Selbstregierung und damit auf eine wahrhafte politische Oekonomie. Denn „ebenso wichtig, wie die Frage, was geschehen müsse, ist die Frage, durch wen es geschehen müsse.“ Die Gründe, welche die Köln. Ztg. veranlassen, gegen Privatvereine abgeneigt zu sein, scheint sie aus dem Mannheimer Streite „Gemeinde oder freier Verein?“ zu entnehmen. Der freie Verein Mannheims gefällt ihr nicht, weil sie dort ihr unangenehme Elemente bemerkt. Sie ist deshalb für die Gemeindebehörden, orgleich in Mannheim aus der Einsicht, daß grade diese in ihrer jetzigen Organisation keine Garantien für kräftige Hülfe bieten, der Privatverein entstanden ist. Die Trier'sche Ztg. hat darüber neulich in einem Artikel vom Redar berichtet. Die Parthei der Gemeindebehörde, die etwas aristokratisch zu sein scheint, ist gegen die Parthei des freien Vereins, in welchem Hecker sich energischer, als die andern Liberalen, der Armuth annimmt. In Baden fängt man allmählig an, aus dem bisherigen Konstitutionalismus zur Debatte der sozialen Frage fortzuschreiten; das gefällt der Kölnischen nicht und sie schließt mit dem Sage: „Je mehr aber solche Vereine Einfluß gewinnen, desto mehr wird es sich aufdrängen, wie sehr aus den oben angegebenen Gründen der größern Einheit und Umsicht eine einheitliche Oberleitung derselben durch die Gemeindebehörden wünschenswerth sei.“

Solche Vereine? Die Köln. Ztg. scheint ihre ganz besondere Ansicht vom Gemeindeleben und ganz andere Gemeindebehörden im Sinne zu haben, als man im Anfang schließen mußte; sie kommt am Ende auf ihre alte Politik wieder hinaus. Dann freilich könnte das keine Geltung

haben, was oben über den „bemerkbaren Fortschritt“ der Köln. Ztg. gesagt worden ist.

In einem Artikel aus Berlin in Nro. 363 der Köln. Ztg. berichtet ein Korrespondent, daß im Monat November in Berlin gegen 400 Diebstähle bekannt geworden seien, unter diesen 150 gewaltsame durch Einbruch und Nachschlüssel: falle ein Diebstahl kaum alle zwei Stunden und in jedem einundzwanzigsten Hause; der Berichterstatter findet, daß die meisten derselben „aus reiner Erwerbslosigkeit“ hervorgegangen seien. „Aber die auf Rechnung von Arbeitscheu und schlechten Neigungen zu setzenden Diebstähle stammen ursprünglich — wenn man den Lebensgang der meisten Verbrecher verfolgt — zum größeren Theile gleichfalls aus Erwerbslosigkeit.“ Die Thatsache der „Erwerbslosigkeit“ steht schon fest und war schon vorhanden, ehe es unsern liberalen Zeitungen einfiel, diese Fragen in das Bereich ihrer Besprechung aufzunehmen; das Verdienst, für die Anregung dieser Fragen zuerst thätig gewesen zu sein und die Existenz eines drohenden Proletariates nachgewiesen zu haben, kann wenigstens den sozialistischen Zeitschriften nicht mehr entrisen werden. Das Proletariat ist eine nicht mehr „wegzuläugnende Thatsache,“ ein „historisches Faktum,“ und hat als solches auch endlich den Anspruch auf Berücksichtigung seitens der liberalen Presse sich erworben. Die Noth ist das stehende Thema derselben geworden, die Philantropie hat für einige Zeit in Deutschland alle andere Fragen zurückgedrängt. Es bedurfte in der That auch nur einer Theuerung, einer schlechten Ernte, um die Noth in ihrer ganzen Blöße hervortreten zu lassen. — Der Korrespondent aus Berlin berichtet über die in Berlin ergriffenen Maaßregeln zur Abhülfe der augenblicklichen Noth und meint, daß eine Anstalt „für Arbeitsnachweisung“ dort eine umfangreiche Wirksamkeit würde ausüben können. Die Anträge der Armenkommission und der Deputation wegen, „Maaßregeln zur Abhülfe der diesjährigen Noth,“ welche von den Stadtverordneten und dem Magistrate angenommen worden sind, betreffen die Ausdehnung der Armenspeisung und Anordnung des Verkaufes wohlfeilen Brodes. Zugleich wird die Errichtung von „Volksälen“ empfohlen, geheizter Räume zur Benutzung für die Armen und die Gründung von „Volksbibliotheken.“ Die Zahl des Proletariates in Berlin, derjenigen Bevölkerung, welche von der Hand in den Mund lebt, wird auf die Hälfte der ganzen Bevölkerung, 200,000 Seelen, angegeben — eine Berechnung, welche mit den Zählungen in andern Städten der Monarchie, Breslau und Köln übereinstimmt; auch in diesen Städten gehört die Hälfte der Bevölkerung zum Proletariat! —

(Zürich, im Januar.) Was ist Politik? Ich glaube, es giebt eifrigste Politiker, die darauf keine runde Antwort zu geben wüßten. Wenigstens nicht so bündig, wie jener Appenzeller, der das Wesen und die Grundlage der Politik in dem Umstande fand, „daß es mehr „Jüdtli“ (ein zum Sitzen unentbehrlicher Theil) gebe, als Regierungssessel.“ Der Schweizerische Paddy — die Appenzeller spielen hier die Rolle der Irländer in

England — faßt zwar die Sache etwas einseitig auf, hat aber so Unrecht nicht; das angegebene Faktum wenigstens ist unbestreitbar. Diesem Uebelstande sucht man nun, da der Mensch doch einmal sitzen will, auf doppelte Weise abzuhelfen: entweder man verdrängt, um sein eigenes Gefäß zu Stuhle zu bringen, seinen Mitbruder vom Sessel, oder man vermehrt die Zahl der Sessel, um einer größeren Zahl von Leuten Sitzplätze zu verschaffen und diese desto kräftiger vertheidigen zu können. Dabei bleibt die Definition unsers Appenzellers noch immer bestehen, und ich meine, es würde ihm gar nicht schwer fallen, danach die Bestrebungen der Aristokraten und Liberalen mit allen ihren verschiedenen Nuancirungen zu klassifiziren. Es gäbe wohl noch einen dritten Weg, nämlich eben so viele Sessel zu errichten, als Gefäße da sind; dann würde der Umstand, den der Appenzeller als die Grundlage der Politik angiebt, nicht mehr existiren, und somit die Politik ganz wegsallen. Und auch darin hätte der Appenzeller so gar Unrecht nicht.

Wir sind aber noch nicht so weit. Es ist einem reputirlichen Menschen nicht zu verargen, daß er lieber sein säuberlich sitzen, als sich im Kothe wälzen will; daher laßt's euch nicht verschmupfen, wenn die Leute tapfer politisiren (aber nicht etwa kannegießern), und je mehrere das thun, desto mehr schwindet der vom Appenzeller angegebene Uebelstand. Hat auch sonst sein Gutes. Politische Partheikämpfe, wo sie wirklich das ganze Volk umfassen, wie hier in der Schweiz, sind immer ein Zeichen von Lebenskraft, wenn auch bisweilen nur von feberisch gesteigerter Kraft, eine nahe bevorstehende Krisis andeutend, mag diese nun zu einer neuen heilsamen Gestaltung der Dinge führen, oder zur völligen Auflösung. Wie aber eine solche Krisis ausschlägt, das bestimmt erst die Geschichte; für den Zeitgenossen, mag er auch noch so hoch über den Partheien zu stehen wähnen, ist es eine lächerliche Anmaßung, den Ausgang vorher sagen zu wollen; es geschieht freilich überall. Trifft die Prophezeiung nicht ein, dann ist sie unbeachtet verhallt; trifft sie zufällig ein, dann kommen sie mit weisem Geschrei an: „das habe ich ja gleich gesagt — oder wenigstens gedacht,“ wie der alte Herr sagte, als er einen Teller mit Butter auf einem Stuhl stehen sah, und nach einiger Zeit sich wirklich Jemand darauf setzte. Solche Propheten berufen sich gegen die Ungläubigen wohl gar auf ihre geschichtliche Erfahrung, ziehen Parallelen zwischen ihrer Zeit und vergangenen Zuständen, um daraus den Bestrebungen ihrer Zeit einen gleichen Ausgang zu prophezeien. Solche Parallelen können oft viel Geistreiches und Belehrendes enthalten, sind aber eigentlich bloß ein Spiel des Witzes und schießen stets über das Ziel hinaus; die Leute, die sie anstellen, berufen sich auf die Geschichte und haben aus dieser nicht einmal gelernt, daß in der Geschichte sich nie Etwas wiederholt. Es sind dieses die sogen. praktischen Leute in einer andern Sphäre. Hinterdrein kann natürlich der Historiker leicht erklären, daß z. B. die Kämpfe der Gracchen, der edelsten und genialsten aller Römer, der Anfang der bürgerlichen Zerstörung Roms gewesen seien, während sich in den früheren Kämpfen zwischen den Patriziern und Plebejern bloß ein gedeihlicher Fortschritt des römischen Prinzips zur Herstellung des Gleichgewichts geltend gemacht habe. Die Schulmeister wissen auch gewöhnlich darüber so viel Erbauliches zu

sagen, daß ich schon als Knabe öfters bei mir selber dachte: „Ei ihr Herren Gebrüder Gracchen, kalkulire, seid doch sonst nicht auf den Kopf gefallen; warum wolltet ihr's denn gar nicht einsehen, daß ihr offenbar den römischen Staat ruinirtet?“ Freilich haben auch schon Zeitgenossen über diese Erscheinung so gesprochen, aber es giebt überhaupt keine Fortschritte in der Geschichte, den die Verfechter des Alten nicht als Verderben bezeichnet hätten, und jeder Fortschritt ist auch ein Verderben, nämlich ein Verderben des Alten. Die politische Zügellosigkeit und das wilde Demagogenthum in Athen zur Zeit des peloponnesischen Krieges war allerdings eine Entartung von der alten Marathonischen Zeit, aber sie ging aus derselben Grundlage hervor, wie die griechische Philosophie, die eben so nachdrücklich gegen die frühere Zeit gerichtet war und deren einfach gediegene Sittlichkeit theoretisch auflöste, wie es die Politik praktisch that. Darum faßte auch Aristophanes das neu hereinbrechende Prinzip nur als Verderben auf, und sein Resultat war auch nicht bloß Verderben der alten Zeit, sondern weiterhin der Untergang des griechischen Volkes, eben weil es die letzte und darum höchste Entwicklung des griechischen Volksgeistes war, also ein Fortschritt der Geschichte. Was half's dem Aristophanes, daß er die Herrlichkeit der Marathonischen Zeit anpries und das neue Prinzip, dem er doch selber bereits versallen war, mit unerschöpflicher Komik in den tollsten und ergößlichsten Gestaltungen dem Gelächter Preis gab? Nichts, als daß die Athener, im sicheren Gefühl, ihr höchstes Ziel erreicht zu haben, mit unauslöschlichem Göttergelächter sich selber zu Grabe läuteten. Darum aber ist Aristophanes, wenn nicht der größte, so doch der glänzendste Dichter Athens, und darum steht die attische Komödie über der Tragödie, wenigstens in derselben Bedeutung, wie man sagen kann, daß das Athen des Perikles und Alkibiades an Glanz und Macht über dem Marathonischen stehe.

Aber ich komme von meinem Thema ab. Ich will die Schweizer nicht mit den Athenern vergleichen, theils weil ich mich vorhin gegen derartige Parallelen überhaupt ausgesprochen habe, theils sonst. Obige Bemerkungen drängten sich mir auf bei dem Gedanken, den ich hier so oft erörtern höre: „wohin werden die politischen Bewegungen der Schweiz führen?“ Eine wohl aufzuwerfende Frage, habe aber die Ansicht, die Herren Bluntschli und B. Meier wissen das so wenig, als Herr Furrer und James Fazy. Wo ein ganzes Volk sich rührt, thun's die diplomatischen Berechnungen nicht mehr. Die Konservativen versichern beständig, die gänzliche Auflösung der Schweiz sei unvermeidlich, wenn das Wühlen und Stürmen des Radikalismus so fort dauere. Und es ist doch wahrhaftig nicht so arg damit; namentlich wenn die Radikalen erst ihr Gefäß angebracht haben, wissen sie ihre früheren revolutionären Gelüste gar tapfer zu unterdrücken oder wenigstens zu verschleiern; hält man ihnen die Konsequenzen ihres früheren Treibens vor, so meinen sie, das sei in der Theorie Alles recht gut und schön, aber unpraktisch. Die Konservativen aber thun noch mehr; sie suchen das Ausland in ihr Interesse zu ziehen und verläumdern deshalb ihr eigenes Vaterland; sie sagen, das Treiben der radikalen Kantone sei nicht nur für die Schweiz selbst, sondern auch für die angrenzenden monarchischen Staaten höchst gefährdend, daher es

diesen nicht zu verdenken sei, wenn sie einmal an einem schönen Morgen die Schweiz ausstrichen, so gut wie Krakau, und das sei am Ende noch besser, als die Herrschaft des Radikalismus. Ja, ja, das haben bei Gelegenheit des neuesten Freiburger Putschs konservative Blätter mit klaren dünnen Worten ausgesprochen, und das heißt zu deutsch: „kommt, schlägt Alles nieder, aber helfst uns nur zum Sigen.“ Ist das nicht offener Landesverrath? So weit führt das vom Appenzeller bemerkte Mißverhältniß.

So gewiß es ist, daß politische Kämpfe ein Zeichen von Leben und Regsamkeit sind, eben so gewiß ist es, daß sie unausbleiblich stets etwas durch und durch Demoralisirendes mit sich führen. Selbst da, wo sich bedeutsame, geistige oder materielle, Interessen gegenüber stehen und von den ehrenhaftesten Männern verfochten werden, ist dieses der Fall; aufrichtige Partheimänner werden stets den Sieg ihrer Parthei mit dem Wohl des Volkes für identisch halten — und dieses um so mehr, je tiefer sie von der Wahrheit ihres Prinzips durchdrungen sind — und bei diesem großen Ziel in der Wahl der Mittel nicht gar zu bedenklich sein. Das gilt aber natürlich noch viel mehr, wenn der eigentliche Gehalt der Partheien im Verlaufe der Zeit an innerer Bedeutung verloren hat, oder die Prinzipien sich einander genähret und ausgeglichen haben, die sie vertretenden Partheien aber formell geschlossen einander gegenüber stehen bleiben. Es ist ganz unvermeidlich, daß inmitten der politischen Wirren immer einzelne Individuen oder Koterien hervortreten, die im Trüben zu fischen suchen und nur eigennützige Zwecke verfolgen; diese scheuen natürlich kein Mittel, um ihren Zweck zu erreichen, und sie brauchen in der Wahl ihrer Mittel um so weniger gewissenhaft zu sein, weil sie auf die politischen Leidenschaften rechnen, welche, wie jede Leidenschaft, nicht penibel sind und, ohne viel rechts und links um sich zu blicken, nur ihr Ziel im Auge haben. Nicht mit Unrecht nennt das Volk einen Puffikus, der mit Ränken und Kniffen jeder Art sein Ziel zu erreichen weiß, einen politischen Kopf. Bei solchem Kampfe mit der Persidie, bei der steten Nothwendigkeit, gegen Angriffe jeder Art gerüstet zu sein, werden auch die rechtschaffensten Männer häufig genug, ohne es zu wollen, ja ohne es zu merken, infizirt; sie können im Gedränge nicht immer die Waffe, welche sie zur Hand nehmen, genauer ansehen; sie müssen dem Gegner auch auf seinen Schleichwegen folgen, ihn dort angreifen, um nicht ihrerseits von dort aus von ihm überrascht zu werden; sie können nicht immer ihre volle Ueberzeugung aussprechen, weil sie wissen, daß der Gegner diese verdrehen und daraus Waffen gegen sie selbst schmieden kann, weil sie sich nicht selten durch das Aussprechen der Wahrheit arge Blößen geben. Durch das Aussprechen der Wahrheit sich eine Blöße geben? Ja, ja, so sind einmal unsere Verhältnisse, absonderlich in der Politik und Gott besser's! Ich sage mit Kaiser Max: „wenn sich Gott nicht der Sache annimmt, ich armer Kaiser und der verstoffene Julius werden's nicht ändern.“

Diese Demoralisation, welche politische Streitigkeiten nothwendig mit sich führen, trat recht grell hervor bei einer Begebenheit, die längst vergessen wäre, wenn ihr nicht der Verhörrichter Aminann, der Schweizer Georgi, ein so zähes Leben einzupappen wüßte, ich meine die Ermordung

Leu's von Ebersol. Herr Ammann inquirirt noch fortwährend auf neue Leuenmörder los; freilich, er ist nur für diesen Leuenprozeß angestellt, und hat keinen andern Broderwerb. „Kann nicht helfen,“ wie der türkische Scharfrichter sagte, wenn er dem Unrechten den Kopf abgeschlagen hatte. Im ersten Augenblick, als die Nachricht des Leuenmordes sich verbreitete, hielt man es nicht für unwahrscheinlich, daß einer der vielen Luzerner, die hauptsächlich durch Leu's Wirken Hab' und Gut verloren hatten und flüchtig umherirrten, in einem verzweifelten Akt der Selbsthülfe Rache an dem wirklichen oder vermeintlichen Urheber seines Unglücks genommen hätte. Obgleich ein Jeder seiner Thaten Herr ist und kein Andern dafür verantwortlich gemacht werden kann, so mußten sich doch die Radikalen sofort gestehen, daß dieser Mord ein höchst unheilvolles Ereigniß für sie sei, und daß der ermordete Leu ihnen gefährlicher sein würde, als es der lebende je gewesen war. Denn es verstand sich von selbst, daß die Gegner, so aberwitzig die Beschuldigung auch war, die Sache sofort als ein Komplott der ganzen radikalen Parthei darstellen würden; der Satz calumniare audacter, semper aliquid hæret (verläumde kühnlich, Etwas bleibt immer haften) gilt nirgends mehr, als bei politischen Leidenschaften. Was ist das aber für eine Lage der Dinge, aus welcher sich mit mathematischer Gewißheit vorher bestimmen läßt, ja fast mit Nothwendigkeit daraus hervorgeht, daß die ehrenhaftesten und unbescholtensten Männer, ohne alle Indizien, der Anstiftung eines Meuchelmordes beschuldigt, daß sie für die That eines ihnen ganz fremden, leidenschaftlichen oder verworfenen Menschen verantwortlich gemacht werden? daß auf der andern Seite ebenfalls sonst wackere Männer ohne die geringste Berücksichtigung aller dagegen sprechenden Gründe frischweg in das Geschrei mit einstimmen? Ei, das ist eben die Politik. Und eben diese Lage der Dinge zwang die Radikalen, sich gegen die hirnlose Beschuldigung mit aller Macht und allem Ernste zu verteidigen, anstatt sie einfach ein für allemal mit den Worten zurückzuweisen: „wir verabscheuen den Meuchelmord, und weiter geht uns die Sache nichts an.“ Diese ihre wahre Meinung durften sie eben nicht so kurzweg aussprechen, weil sie wußten, daß ihre Gegner ihnen daraus die Sprache des bösen Gewissens oder gar ein Eingeständniß der Mitschuld machen würden. Wenn man mich beschuldigte, das Kreuz vom Straßburger Münster gestohlen zu haben, um es als Zahnstocher zu verwenden, wär's da nicht lächerlich, wenn ich den Beweis meiner Unschuld etwa auf folgende Punkte stützte: A. Moralische Gründe: 1, Zahnstocher kann man sonst mit leichterer Mühe haben; 2, Thurmkreuze qualifiziren sich schlecht dazu; B. Physische Gründe: 1, Niemand hat mich das Kreuz weder stehlen noch benutzen gesehen; 2, die Schwierigkeit, das Kreuz unbemerkt abzubringen und einzustecken; 3, die Unmöglichkeit, es ohne weitläufige Maschinen herunter zu schaffen; wär's nicht lächerlich, sag' ich, wenn ich mich so verteidigen wollte? In der Politik aber müßte ich alle diese Punkte erst erweisen, und die Gegner würden dann doch nicht offen meine Unschuld anerkennen.

Während nun aber das Zetergeschrei über den von den Radikalen gemeuchelten Leu erscholl, kamen die näheren Nachrichten über den Thatbestand, über das Benehmen der Luzerner Behörden dabei, in den offiziell

len Berichten fanden sich so auffallende Widersprüche, Ungenauigkeiten, u. s. w. Alles dieses machte den Mord durch fremde Hand höchst räthselhaft und sprach nicht unwahrscheinlich für Selbstmord. Wenigstens war soviel klar, daß, wenn Leu sich selber ermordet hatte, die Behörden und seine Parthei grade so und nicht anders handeln mußten, wieder aus politischen Rücksichten. Sie durften weder den Selbstmord auf Leu setzen, noch die günstige Gelegenheit, die Radikalen zu verläumdern, aus den Händen lassen. Das war wieder nothwendig in der Lage der Dinge begründet und erhöhte also die Wahrscheinlichkeit des Selbstmordes. Diesen suchten nun die Radikalen mit ungeheurem Aufwande von Scharfsinn zu beweisen, um dadurch die ungereimte Beschuldigung von sich abzumwälzen. Monate lang wurde der Streit geführt, und alles Mögliche hineingezogen, Psychologie und Medicina forensis, historische Beweise, daß auch ganz hübsche reputirliche Leute sich selber umbringen könnten, Altwiegerschwän, selbst Aeußerungen von Kindern, z. B. von Leu's Töchterlein, von Steigers Knaben, wurden in den Kreis der Polemik gezogen, berichtet und widerlegt, und wiederholt behauptet und in Abrede gestellt, das Wahre ließ sich von dem Erdichteten gar nicht mehr unterscheiden. Eine konservative Notabilität sagte: „Leu mag sich selber ermordet haben, oder nicht, das Volk glaubt nun einmal an einen politischen Mord, und ein Leuermörder soll und muß heraus,“ d. h. wir dürfen die Gelegenheit, den Radikalen ein's zu versetzen, nicht fahren lassen. Kann man sich daher wundern, daß selbst nach dem Geständniß und der Hinrichtung des J. Müller viele Leute — und darunter ganz geschicute Männer — noch zweifelhaft geblieben sind? Denn bei der Hinrichtung des Müller sollen auch seltsame Dinge vorgefallen sein. Da die Konservativen den Leuermörder, einen stumpfsinnigen, verwilderten Menschen auf keine Weise mit der radikalen Parthei in Verbindung bringen konnten, so thaten sie, als verstände sich das von selbst. Welch' ein trostlos öder Streit! Und doch würde er sich, wenn wieder ein ähnliches Ereigniß einträte, auf ganz gleiche Weise wiederholen, der Stand der Dinge, die Politik, bringt das nothwendig mit sich. Sie zwingt die Leute, ihren Gegnern stets das Schlechteste zuzutrauen und eben so vorauszusetzen, daß der Gegner eben so von ihnen denkt; bei solchem Kampfe, wo man sich durch die Wahrheit Blößen giebt, darf man die Unwahrheit eben so wenig scheuen, als man gezwungen ist, auch die albernsten und perfidesten Lügen ernsthaft zu bekämpfen, anstatt sie schweigend zu verachten. Der Vorwurf der Demoralisation, von welcher ich spreche, und welche ich an einem einzelnen Beispiele nachgewiesen habe, soll natürlich nicht individuell sein, aber grade das beweist ja die Macht der Lüge, der Heuchelei auf diesem Felde, daß selbst ehrenbaste und redliche Männer sich ihr nicht entziehen können.

Das heroische Zeitalter kannte nur Eine Tugend und Ein Laster, Tapferkeit oder vielmehr Mannhaftigkeit und Feigheit oder Unmännlichkeit. Wird vielleicht die Civilisation auf ihrem Gipfel unsere Moral ebenfalls auf Eine Tugend und Ein Laster reduzieren, die Wahrheit und die Lüge? Es ist sehr schwer, immer wahr zu sein, sowohl äußere Umstände, als eigene Vorurtheile hindern uns daran. Muth und redlicher Wille reichen noch lange nicht immer dazu aus. Wie schwer wird es uns schon, gegen

uns selbst immer wahr zu sein! Und doch ist die Lüge das Häßlichste, was es giebt. Appenzeller, was meinst du dazu? — †††

P. S. In einer meiner früheren Korrespondenzen im Novemberheft hat der Seher p. 531, meine Zahlen über die Bevölkerung einzelner Kantone mit 10 dividirt, wodurch zwar, da er's unparteiisch bei allen vier Zahlen gethan hat, das hervortreten sollende Verhältnis oder vielmehr Mißverhältnis dasselbe bleibt, aber doch den resp. Kantonen Unrecht geschieht durch die Schwämerung ihrer Einwohnerzahl. †††

(Paris, den 27. Januar.) Wenn wir uns nicht nutzlos in dem trügerischen Labyrinth der französischen Journalistik herumtreiben wollen, müssen wir die gouvernementale Politik vollständig von der ministeriellen trennen. Die gouvernementale Politik steht über der ministeriellen; mag die letzte auch in den meisten Fällen mit der ersteren zusammenfallen, seit ein streng rechtlicher, stoischer Charakter das Staatsruder ergriffen hat — immer drängt ihn hin und wieder die jedem Menschen durch unsere gesellschaftlichen Zustände eingeimpfte Herrschsucht zu gewissen Rücksichten, die eher auf Befestigung seiner persönlichen Stellung, als auf das nackte Interesse des Staats berechnet sind; und eben so häufig muß er, vielleicht ohne es zu wollen, ja ohne den Einfluß zu ahnen, höheren Rücksichten weichen, für welche seine Persönlichkeit eben nur so lange Werth hat, als sie der höchste Wille für ein tüchtiges Werkzeug in seiner Hand ansieht.

Die auswärtige Politik Frankreichs steht jetzt wieder an der Stelle, wo sich die ministerielle von der gouvernementalen Politik scheidet. Herr Guizot handelte nach Grundrissen, die gleichviel, ob gut oder schlecht, ihn mehr als sechs Jahre am Staatsruder erhielten; auf dem Meere der Ereignisse hatte er sich eine grade Linie gezogen, auf der er unerschrocken dahin steuerte, ob sie ihn auch am Ende zwischen Szylla und Charybdis, zwischen die Nothwendigkeit des Krieges mit England oder den Kontinentalmächten führte. An dieser gefährlichen Stelle angekommen, zauderte der große Minister, und er dachte an sich selber. Sein Plan war schnell gefaßt: Ich will zuerst England beruhigen — und damit sich mein Schiffsvolk nicht empöre, weil ich es nicht zum Handgemenge mit seinem verhassten Feinde kommen lasse, weil ich es umsonst zu den heftigsten Aeußerungen des Hasses aufglocke — will ich einen andern Feind seinen Verwünschungen Preß geben. . . Kommt der Tag, wo ich auch ihnen Einhalt thun muß, dann will ich auf neue Beschwichtigungsmittel denken. Der Sturm gegen England schlägt um, und wendet sich mit seiner ganzen Heftigkeit gegen Rußland, Preußen und Oesterreich! Die Journale ziehen die Flagge der empörten Nationalität Frankreichs auf, im Cirque olympique läßt die Regierung ein großes Spektakelstück: „La Revolution française“ Tag für Tag aufführen, worin namentlich die gegen die drei

Großmächte während der Herrschaft des Nationalkonvents erfochtenen Siege die Bevölkerung der Faubourgs begeistern, und König, Kammern und Minister legen unter größtem Geschrei einstimmig gegen Krataus Einverleibung mit Oesterreich Protest ein.

Auf diese Weise wäre der Minister gerettet, und die ministerielle Politik hätte gestegt: das heißt sie hat eine Schwierigkeit durch die andere kontrebancirt, — hat die Wage für einen Augenblick in's Gleichgewicht gebracht.

Aber so kann es unmöglich der König wollen; ein Friede von heute auf morgen ist ihm kein Friede — und mit Napoleons Wort im Herzen: „könnte ich mein Enkel sein“ denkt er einen Frieden zu gründen, der wenigstens so lange anhält, bis er von einem Kriege weniger noch für seine Dynastie, als für das Land zu fürchten hat. Diesem Frieden als Opfer werden wahrscheinlich beide Kabinette fallen, das englische und das französische. Guizots Lage wurde mit demselben Momente kritisch, als er die ganze Opposition vernichtet und das ganze offizielle Land, die ganze Wählerschaft hinter sich hatte. Seine Regierungsgrundsätze hatten den ministeriellen Fragen, allen Fraktionen der Opposition, der ganzen Journalistik gegenüber Stich gehalten — es handelte sich nun auch darum, ob sie eben so sicher gegen die Ereignisse, gegen das Uebergewicht der Freunde, gegen das Botum des allgewaltigen Reichthums, gegen die egoistische Kasuistik des Königs gewappnet waren: und dieß scheint nicht der Fall zu sein — der Ultrakonservatismus ist seinem Sturze nahe, denn das starke Frankreich, das in sich beruhigte, seiner Kraft sich bewußte Bürgerkönigthum ist dem Auslande zu gefährlich — Louis Philipp braucht Minister, welche Fehler machen, aber keine consequenten Doctrinäre, Minister, deren Wankelmuth das Ausland beruhigt, die sein System scheinbar auf die Schwelbe stellen, und deren Sturz durch die Disponibilität eines Mannes, wie Guizot, niemals gefährlich werden kann. Dieser Kombination — wenn nicht Alles trägt, — wird das Ministerium Soult — Guizot erliegen, und damit werden die beiden großen Verwicklungen gelöst sein. — So wickeln sich in den stolzen konstitutionellen Staaten alle Ereignisse ab: der Enthusiasmus der Nation dafür oder ihr Ingrimme dagegen wird nach Belieben geweckt und wieder zur Ruhe gewiesen, bis die Nerven des Volkes durch das ewige Auf- und Abspannen locker und fühllos werden — und am Tage der Noth vielleicht den heißersehnten Dienst verweigern. — — Sonst leben wir hier in einer schweren Zeit der Noth: der Hektoliter Weizen hat den unerhörten Preis von 46 Franken erreicht und das Kilogramm Brod kostet 47 Centimes. Der Aufruhr hat seine Runde durch Frankreich begonnen, und die Regierung muß ihre militairischen Kräfte im ganzen Lande zersplittern, um die Geseze, die Freiheit des Verkehrs aufrecht zu halten, und willkürlich von den hungernden Konsumenten festgesetzte Marktpreise zu verhindern. Noch gestern Abend wurde von Paris auf der Eisenbahn ein Bataillon nach Fontaineblau geschickt, wo die Bauern einige adelige Schlösser in Brand steckten und plünderten. Ein Krieg, so unerwünscht er Frankreich auch käme, würde das Land doch vor einer neuen Jacquerie bewahren, und es der traurigen Nothwendigkeit entheben, die Waffen gegen innere Ruhestörer ziehen zu müssen. Denn auf

ihrer Basis kann die Regierung zur Steuer der Noth wirklich kaum mehr thun, als sie thut. Den Einfuhrzoll hat sie auf's Minimum bis zum ersten August herabgesetzt, die Ausfuhr von Kartoffeln und Hülsenfrüchten verboten, und die ungehinderte Zufuhr durch strenge Aufrechthaltung der Gesetze gesichert. Im Monat Januar sind bereits eine halbe Million Hektoliter russischen, egyptischen und amerikanischen Getreides eingegangen — die enormen Fruchtvorräthe liegen aber leider in den Hafencitäten, und das Accaparement des Frachtfuhrwertes in Frankreich vertheuert den Transport in's Innere so sehr, daß die inneren Provinzen bis jetzt nur sehr wenig von der Zufuhr profitiren konnten. Die Regierung hat nun fast alle ihre Trainsperde und Wagen dem Handel zur Disposition gestellt, und es steht zu hoffen, daß nunmehr die Brodpreise auch im Innern fallen werden. Dazu stockt der Handel vollständig, und namentlich befindet sich der Kleinhandel in den größten Nöthen. Alles baare Geld ist in großen Getreideankäufen theils nach dem Auslande gewandert, theils liegt es in den Kellern der haute finance, welche es durch die Eisenbahnspekulationen aus allen Verstecken hervor zu locken wußte. Dazu haben sich die großen Kapitalisten nunmehr auch des Detailhandels bemächtigt, und gründeten namentlich in Paris ungeheure Ausschmittgewölbe, in denen man die sämtlichen Betriebszweige mehrerer Hunderte von Kleinfrämern zumal ausbeutet. Der Detailhandel von Paris konnte die Konkurrenz der großen Kapitalien natürlich nicht aushalten, und ist daher seinem Ruine nahe. Er hielt sich in der letzten Zeit nur durch fiktive Händel, nämlich durch Kreditirung von Waaren über den Bedarf, und durch auf Kredit gegen Wechsel genommene Waaren großer Fabrikanten. Die Masse der Wechselbriefe stieg von Tag zu Tag, die Bank, der ohngefähr $\frac{2}{3}$ davon zum Diskontiren angeboten wurden, konnte das Geld nicht mehr aufstreiben — sie machte also in London eine Anleihe. Aber da der Grund der zuströmenden Papiere dadurch nicht gehoben war, so konnte die Maasregel nur momentan wirken, und die Bank sah sich seit langer Zeit zum ersten Male genöthigt, ihren Zinsfuß zu erhöhen, um dadurch den Handel zu vermögen, ihr weniger Papier zum Diskontiren anzubieten. Doch scheint auch diese Maasregel gegen die Größe der Geldnoth noch nicht auszureichen, und die Bank wird sich wahrscheinlich zu neuen Restriktivmaasregeln gezwungen sehen. Das Ministerium, sagt man, habe ihr den Rath gegeben, für hundert Millionen kleine Tresorscheine ad 100 — 250 Franken auszugeben — aber sie hat bis jetzt mit Recht diesen Vorschlag abgelehnt: denn wenn auch diese Summe von den großen Kapitalisten nach und nach verschlungen sein wird, dann steht eine neue Krisis bevor, die den Bankrut von der Hälfte aller pariser Handelsleute zur Folge haben wird. — Dieß ohngefähr eine Skizze unserer finanziellen Handels- und Hungersnoth! Wir sind erst im Januar — und vor August ist auf neues Brod nicht zu hoffen. —

Weltbegebenheiten.

Januar.

Preußen. Die Noth wird leider noch für lange Zeit ein stehender Artikel unserer Journale bleiben; denn noch ist keine einigermaßen sichere Hoffnung zu ihrer Verminderung da, vielmehr muß man ernstlich befürchten, daß der Mangel an Lebensmitteln bis zum Frühjahr noch fühlbarer und der Preis noch höher werde. Wenn sich dann bei Eröffnung der Stromschiffahrt die Voraussetzungen von jetzt schon vorhandenen oder bis dahin zu erwartenden bedeutenden Kornvorräthen in den verschiedenen Hafensplätzen nicht als illusorisch erwiesen haben, was mir übrigens noch keineswegs zweifellos scheint, so werden wir dann mehr, und vielleicht auch etwas billigere Lebensmittel haben, als jetzt; bis dahin scheint leider ein stetiges Steigen der Preise unausbleiblich zu sein. Regierungen, Privatleute und Journale bringen Massen von Vorschlägen zur Linderung der Noth; bis zu dem Gedanken an die Möglichkeit einer vollständigen Befreiung derselben für alle Zeiten wagen sich freilich nur wenige zu erheben. Die meisten nennen solche Forderungen extravagante, unpraktische Ideen, destruktive Tendenzen &c. Die „Köln. Ztg.“ sprach vor Kurzem in einem der leitenden Artikel, welche seit Neujahr Hr. Brüggemann so fließend abgehen, ihre Freude darüber aus, daß die sozialen Fragen im englischen und französischen Parlament in den Vordergrund träten und die politischen überflügelten. Sie hat Recht; in Irland und in vielen Gegenden Frankreichs herrscht eine vollständige Hungersnoth und der Aufbruch tobt durch das Land. Die Regierungen huldigen dort nicht dem Grundsatz des Oberpräsidenten Hr. Flottwell, daß der Staat direkt nichts zur Abhülfe der Noth, zur Vermehrung der Lebensmittelzufuhr und zur Verminderung der Preise thun könne; im Gegentheil greifen die Regierungen kräftig zu und sind schon mit ihren dahin gehörenden Vorschlägen vor die Parlamente getreten. Wir freuen uns übrigens im Voraus, daß wir diese Verhandlungen unmittelbar und nicht durch das Medium eines „leitenden Artikels“ von Hr. Brüggemann zu lesen brauchen; denn diese Wänten einem selbst diese gewiß höchst interessanten Debatten verleiden. Das größte Uebel sind von jetzt an weder die Schuld, noch die Ahnfrau, sondern die leitenden Artikel der „Köln. Ztg.“ Wir wollen Hr. Brüggemanns Standpunkt weder kritisiren, noch seine nationalökonomischen Kenntnisse bezweifeln; aber zum Journalisten taugt er nicht und seine leitenden Artikel sind wahre Muster von Verworrenheit, Unverständlichkeit und Langweiligkeit. Und hat man sich mühsam durch eine solche weitschweifige Gebeulelei durchgearbeitet, so stößt man sicher auf die gräßliche Drohung: „Wir werden nächstens auf diesen Gegenstand zurückkommen!“ Dieselbe Drohung findet sich auch sehr häufig als Note unter den Korrespondenzen, auf daß der Leser stets mit Furcht und Zittern der Redaktion gedenke. Weiß Hr. Brüggemann nicht, daß jedes Genre gut ist, mit Ausnahme des langweiligen? Langweilig sein ist das größte Laster jedes Menschen, wie vielmehr denn eines Journalisten! —

Die preussische Regierung hat mancherlei Maaßregeln zur Linderung der Noth ergriffen. Daß auch in Preußen und Schlesien die Einfuhr von Korn und Hülsenfrüchten über die trockene Landesgränze freigegeben ist, meldeten wir schon, neuerdings ist in der Rheinprovinz ein Ausfuhrzoll auf Getreide gelegt. Ferner soll den Kommunen und Vereinen, welche Roggen zur Unterstützung der Armen aufkaufen und verbacken, die Mahlsteuer zurückerstattet werden. Aber das genügt noch lange nicht. Wir sind keineswegs der Ansicht eines der Berliner Stadtverordneten, welche plötzlich sehr besorgt über die nicht zureichenden Vorräthe geworden sind, daß der Staat nur die Einfuhr von Spiritus freizugeben und sich vor dem Ausfall in seinen Einnahmen durch einen der Maissteuer gleichen Eingangszoll zu decken brauche, um sofort den Preis der Kartoffeln um 6 Thlr. pro Wispel herabzudrücken. Einmal glauben wir nicht, daß Rußland, wie der Antragsteller meint, uns genügend mit Spiritus versorgen kann und dieser ist uns trotz alles Geschreies der Enthaltensamtheits-Vereine bei der gegenwärtigen Volksdiätetik unentbehrlich. Sodann aber werden die dem Brennkessel entzogenen und zur Speise verwendeten Kartoffeln keinen so bedeutenden günstigen Einfluß zu äußern vermögen, daß dadurch die Nachteile, welche durch die Vernichtung der Brennereien dem Ackerbau und der Viehzucht zugesügt werden, ausgewogen würden. Wir bleiben dabei, der Staat muß mit seinen mächtigen Mitteln direkt in den Handel eingreifen und für die Verproviantirung des Landes sorgen. Dann beherrscht er den Markt und kann die Preise herabdrücken, wenn sie nur durch Privatspekulation gesteigert würden; oder er kann wenigstens die Zufuhr reguliren und den nothleidenden Gegenden die Lebensmittel zu den billigsten Preisen liefern. Er allein kann ohne Nutzen oder selbst mit Schaden verkaufen; was er dabei direkt einbüßt, das gewinnt er indirekt durch die Abwendung einer Kalamität von seinen Gliedern. Die Suppenanstalten, die Armen-Bäckereien, die Besteuerung des Wildes reichen nicht aus und können nur in großen Städten sich einigermaßen wirksam erweisen; auf dem flachen Lande ist es in der Regel gar nicht möglich, sie in's Leben zu rufen. Wir wüßten nicht, was diesem Vorschlage im Wege stände. Hr. Flottwell behauptet zwar, der Staat dürfe der Privatspekulation nicht beschränkend entgegenreten. Ist aber der Staat berechtigt, durch die Seehandlung anderen Industriezweigen Konkurrenz zu machen, so halten wir ihn viel eher noch für verpflichtet, bei wirklichem Mangel oder künstlicher Vertheuerung der zur Erhaltung des Lebens unentbehrlichen Produkte aktiv einzugreifen. Das ist ein Mittel, wie es die Gesetze der „freien Konkurrenz“ gestatten; das wendet an, aber schreit nicht alle Tage mit heuchlerischer Tugendhaftigkeit und greifbarer Inkonsequenz über den Kornwucherer und seine Verbrechen, sondern gesteht zu, daß der Kornhändler gerade so handelt, wie jeder andere Kaufmann, der ebenfalls seine Waare zum höchsten Preise ausbringt und diesen nöthigen Falls spekulativ steigert. Etwas Anderes wäre es schon mit einer Festsetzung des Preises der Lebensmittel durch die Polizei, wie die „Zeitungshalle“ das kürzlich von Berlin in Bezug auf die Kartoffeln berichtete: die Meze wäre auf 2 Sgr. fixirt und was theurer verkauft wäre, sei nachher konfisziert. Die Nachricht war falsch; das Polizeipräsidium von Berlin verwahrte sich

sehr energisch gegen eine solche Beschränkung der „Gewerbefreiheit.“ Die wäre es allerdings; aber wäre das schlimmer, als unerschwingliche künstliche Preise? Noth bricht Eisen; in Frankreich zwingen die Hungernden die Besitzer, ihr Korn zu einem fixirten niedrigen Preise zu verkaufen. Will man solche Eventualitäten vermeiden und die Gewerbefreiheit nicht beschränken, so Sorge man wenigstens durch eine uneigennützigte Konkurrenz dafür, daß der Preis nicht künstlich gesteigert und genügender Vorrath beschafft werde. —

Die vom Staate angeordneten Kulturen in Ostpreußen, durch welche öde Heideestreden in fruchtbare Wiesen umgewandelt wurden, haben den Berichten zufolge einen höchst günstigen Erfolg gehabt. Das angelegte Kapital hat sich demnach mit 3—4 pCt. verzinst, der Morgen brachte fast 2 Thlr Reinertrag. Angesichts dieses günstigen Resultats müssen wir um so mehr darauf dringen, daß der Staat bei der gegenwärtigen Noth derartige ausgedehnte Kulturen unternehme, um der hungernden Bevölkerung Arbeit und Verdienst zu schaffen, und daß man das nicht Privatenergie überlasse, wie Hr. Flottwell will. Der Staat kann am ersten die dazu nöthigen Summen aufbringen und warten, bis sie Ertrag liefern. Der Staat kann leicht bei solchen Unternehmungen auch Arbeiter beschäftigen, deren Arbeitsfähigkeit nicht grade allen Anforderungen entspricht, weil er den dadurch ihm erwachsenden Nachtheil indirekt durch die Förderung des Wohles seiner Glieder wieder einbringt, während der Privatmann natürlich nur die starken und geschickten Arbeiter in Dienst nimmt, welche sich auch ohnehin wohl fortgeholfen hätten. Summen, die zu solchen Unternehmungen nöthig sind, würden die künftigen Reichsstände gewiß gern bewilligen. Es heißt nämlich allgemein, daß die baldige Berufung derselben sicher zu erwarten wäre. Das Gerücht sagt sogar, daß der Kriegsminister General v. Boyen, dem zu Ehren der König kürzlich eine Festung „Feste Boyen“ taufte, seinen Abschied gefordert habe, weil man eine ständische Verfassung geben wolle. Es scheint demnach, als würden die Vertretung und die ständischen Rechte in ziemlich enge Gränzen eingeschlossen werden. Indessen, wie klein die Entwicklung auch beginnen möge, sie drängt doch unwiderstehlich auf den von der Geschichte der neuen Zeit vorgezeichneten Punkt hin. —

Ich erwähnte im vorigen Hefte der Verhaftungen in Berlin. Herr Fraling, welcher bekanntlich zwar freigelassen, aber aus Berlin verwiesen wurde, ist nach dem „Rhein. Beob.“ darüber vernommen, ob die Artikel in verschiedenen Zeitungen über seine Behandlung in der polizeilichen Haft von ihm selbst herrührten oder veranlaßt seien. Er hat beides verneint, zugleich aber erklärt, daß jene Berichte weit hinter der Wirklichkeit zurückblieben, weshalb er selbst eine genaue Schilderung der ihm widerfahrenen Behandlung zu Protokoll gegeben hat. „Es steht demnach, sagt der „Rhein. Beob.“ eine strenge Untersuchung der von Fraling angegebenen Thatsachen zu erwarten, hinsichtlich deren man sich daher kein Urtheil anmaßen kann, ehe die Untersuchung deren Richtigkeit festgestellt haben wird. Das ist bei der bekannten Humanität und Gerechtigkeit unserer höheren Behörden gewiß, daß, wenn sich Ungeseglichkeiten in der Behandlungsweise Fralings und der mit ihm Inhaftirten herausstellen sollten, die Ahndung nach der

Strenge des Gesetzes nicht ausbleiben wird.“ Nun, wir wollen das erwarten. Vorläufig finden wir durchaus keinen Grund, Verdacht gegen die Wahrheit von Fralings Aussagen zu hegen. Es ist indessen wohl möglich, daß diese Behandlungsweise in den Berliner Polizeigefängnissen nicht „ungesetzlich“ ist. Für uns, die wir nicht auf dem idyllischen Polizeiboden des Beobachters stehen, ist das aber durchaus kein Grund, sie weniger zu tadeln: für uns ist das Wort „Gesetzlichkeit“ kein Dogma, bei welchem alle Prüfung aufhört, kein Schleier, mit dem man Alles bedecken kann, kein Medusenhaut, vor dem man scheu zurückbebt. „Es erben sich Gesetz und Rechte, wie eine ew'ge Krankheit fort,“ sagen wir mit Göthe. Wie viel langjähriges Unrecht, wie schreiende Mißbräuche haben sich Menschenalter lang hinter dem Schilde der „Gesetzlichkeit“ erhalten! Gesetzlichkeit und Gerechtigkeit d. h. das, was das Bewußtsein der Gegenwart für recht und billig hält, sind eben nicht gleichbedeutende Worte, sondern stehen sehr häufig im schneidendsten Widerspruche. Im gläubigen Herzen und im konfusen Haupte des „Rhein. Beob.“ ist aber für solche Unterscheidungen kein Raum.

Von den in Berlin Verhafteten sind noch 4 in Polizeihaft, nicht bloß Einer, wie ich irrthümlich meldete. Bis jetzt hat man aber noch zu keinem Entschluß über die Formulirung der Anklage kommen können. Diese lange vorläufige Haft ist sehr hart, wenn, wie es scheint, die Anklage nur auf Verbreitung verbotener Schriften oder Absingen verbotener Lieder lauten wird. Für eine schwerere Anklage auf kommunistische oder sonst staatsgefährliche Verbindungen scheinen aber durchaus keine Materialien vorzuliegen; die Zusammenkünfte in einem öffentlichen Wirthslokale sprechen doch zu entschieden dagegen. Es haben zwar gleich nachher Haussuchungen und Verhaftungen in Magdeburg stattgefunden, drei Handwerker sind inhaftirt und man hat bei mehreren kleine Privatbibliotheken mit vielen verbotenen Büchern gefunden, deren Privatbesitz aber bekanntlich durch kein Gesetz verboten ist. Man soll aber sehr verwundert gewesen sein über die Entdeckung, daß die Handwerker ihre Mußstunden so eifrig mit Lektüre ausfüllen, daß sie so rüstig und mit so gutem Erfolge an ihrer Bildung arbeiten. Ein „geheimer“ Zusammenhang mit den Berliner Handwerkern, eine „Ungesetzlichkeit“ überhaupt scheint sich nicht ergeben zu haben. Dem Verlangen der Polizei, 2 Stadtverordnete zu suspendiren, wurde nicht nachgegeben, weil das Gericht keinen Grund zu einer Kriminal-Untersuchung fand. Um so schwerer ist die Haft jener 3 Meister zu erklären. Ähnliche Haussuchungen und Verhaftungen fanden auch in Königsberg statt; es scheint, als habe man dort auch einer Verzweigung der gemuthmaßten geheimen Verbindungen auf die Spur kommen wollen, was indessen bei der Unwahrscheinlichkeit dieser Muthmaßungen anno 1847 schwerlich gelungen sein wird. Ein Lehrer aber ist wegen Verbreitung verbotener Schriften verhaftet und wird allerdings die Folgen seines „ungesetzlichen“ Verhaltens zu büßen haben. Gegen den Direktor Sauter ist von der Polizei eine Untersuchung auf Hochverrath beantragt und die Akten sind deßhalb an das Kammergericht zu Berlin geschickt. Ob diese Anklage mit den vorher erzählten Vorfällen zusammenhängt oder worauf sie sich sonst stützt, weiß ich nicht. — In Berlin wurde auf Requisition des Koblenzer Gerichts

eine Hausfuchung bei Dr. Meyen und Gustav Julius angestellt, wahrscheinlich um Materialien zu der Untersuchung gegen den immer noch verhafteten Dr. Dronke zu ermitteln. Man hat aber Nichts gefunden. Die Hausfuchung bei Hrn. Julius hat wohl auf einem Mißverständnisse beruht; der Redakteur der „Zeitungshalle,“ der unermülich ironisirende Kritiker der „schlechten“ Presse, sollte billig von dem Verdacht irgend einer Illoyalität verschont bleiben. —

Vereinigungen aller Art finden in den höheren Regionen der Staatsverwaltung überhaupt wenig Beifall, womit ich freilich nicht gesagt haben will, daß man sie in den niedrigeren Regionen gern sähe. Der Handwerkerverein scheint trotz Hrn. Hedemann's Direktion noch immer nicht aus der Reihe der „mißliebigen“ und deshalb strenge zu überwachenden Erscheinungen herausgetreten zu sein. Es existirt in dem Vereine ein Kasten, in welchem die Mitglieder die Fragen werfen, über welche sie einen Vortrag oder Belehrung wünschen. Laut einer Bekanntmachung Hrn. Hedemann's müssen künftig alle verbotswidrigen Fragen dem Oberpräsidenten ausgesetzt werden. Wozu das? Ist es nicht genügend, wenn Fragen, deren Besprechung verboten ist, unbeachtet bleiben? — Die Berliner Bürgergesellschaft ist verboten in Folge der Bundestagsbeschlüsse von 1832 gegen Volksversammlungen. Es scheint seltsam, wie man diese Beschlüsse, welche man bekanntlich schon in einer Trier'schen Weinstube geltend machte, auf eine geschlossene Gesellschaft anwenden mochte. Indessen sagt das Resolut, da die Gesellschaft das „Bürgerthum,“ also ein politisches Institut umfasse, (in den Statuten steht nämlich, daß jeder unbescholtene Bürger Berlin's Mitglied werden könne) so müßten jene Beschlüsse auf sie ausgedehnt werden. Einzelne Versammlungen würde man vielleicht erlauben, wenn die Erlaubniß dazu jedesmal unter Angabe der zu besprechenden Gegenstände nachgesucht würde. Nach solchen Vorgängen wird es Niemand wundern, daß der Landrath von Magdeburg die Versammlungen, welche Uhlisch in seinem Hause hielt, deren Theilnehmer er als seine Gäste ansah, unter die Kategorie der durch die Bundestagsbeschlüsse von 1832 verbotenen Volksversammlungen brachte und sie einzustellen befahl. —

Wahrscheinlich in Folge des günstigen Einflusses der Bürgerkompagnien zur Wiederherstellung der Ruhe in Köln ist den Berliner Stadtverordneten der Vorschlag gemacht, eine Schutzkommission zu organisiren. Diese soll bei etwaigen Ausläufen und Tumulten, ohne sich auf die Wünsche der Tumultuanten einzulassen und erst auf die Aufforderung der Polizei, die Ruhe herzustellen versuchen, bis die Anwendung von Waffengewalt nothwendig wird. Mit Recht wenden die Stadtverordneten dagegen ein, daß die Befugnisse der Schutzkommission zu beschränkt wären, um wirksam zu sein, daß sie mindestens unabhängig von der Aufforderung der Polizei müßte einschreiten können, daß von ihren Bemühungen bei der Aufregung, welche die Entfaltung der Militair- und Polizeimacht hervorzurufen pflege, kein günstiger Erfolg mehr zu erwarten sei, daß endlich bei wirklicher Anwendung der Waffengewalt die Glieder der Schutzkommission, welche sich in der Regel zwischen Militair und Volk befinden würden, leicht in große Gefahr gerathen könnten. Zudem würde die Verordnung, daß nur die Polizeibehörden die auf den Tumult bezüg-

lichen Bekanntmachungen erlassen dürfen, daß vor diesen gar keine Veröffentlichungen darüber gestattet werden sollen, die Schutzkommission zu untergeordnet erscheinen lassen und sie verhindern, ihren Mitbürgern von ihrem Thun Rechenschaft zu geben. Will man die Aufrechthaltung der Ruhe Bürgerwachen anvertrauen, was allerdings sehr zu loben wäre und oft großes Unglück verhüten würde, so muß man es auch ganz thun und nicht erst durch Militair und Polizei die Erbitterung und den Widerstand hervorrufen. — Die Spannung zwischen Militair und Civil, welche sich an so vielen Orten zeigte, wie das z. B. von Bielefeld in einer Broschüre des „aus dem Offizierstande entlassenen“ Lieutenant Johanning geschildert wird, ist natürlich in Köln in Folge der Augustereignisse sehr groß und die Kölner haben es gewiß nicht beifällig gehört, daß die „Große Carnevals-Gesellschaft“ (wie es scheint die „Elite“ der Bourgeoisie) dem Major H., zeitweiligen Kommandanten des Dragoner-Regiments, ein Hoch mit Pauken und Trompeten ausbrachte, weil — er ihr die Trompeter, einige Mannschaften und Pferde zu ihrem Maskenzuge zu leihen versprach. Doch stellt die „Große Karn.-Ges.“ diesen Toast in Abrede. In dem Kölner Kasino fiel ein Dragoner-Offizier, der sich zur Aufnahme gemeldet hatte, durch; ein anderer zog darauf seine Meldung zurück und die Offiziere und viele Civilbeamte traten auf Beschluß ihrer Kollegien aus; nur das Landgericht hatte keinen solchen Beschluß gefaßt. Die Verurtheilung Raveaux', weil er den durch die Augustereignisse bekannten Lieutenant Riemer einen Feigen genannt habe, die Verwundung eines ruhig die Strafe gehenden Rathes durch trunkene Soldaten geben immer wieder neue Veranlassung zur Aufregung. In Folge des letzten Vorfalles ist wieder von vielen Seiten her das Verbot des Waffentragens außer dem Dienste lebhaft gefordert und Angesichts so mancher Vorfälle der neuesten Zeit ist dieses Verlangen sehr gerechtfertigt, wenn das Verbot überhaupt einer Rechtfertigung bedürfte. Wie es heißt, hat man höheren Ortes in Ermägung aller dieser Fakta beschlossen, die Garnisonen künftig alle 4 Jahre zu wechseln. —

Die Ausführung des schon für beseitigt gehaltenen Planes, die Richterkollegien in Einzelrichter aufzulösen, welche nur in gewissen Fällen zur gemeinschaftlichen Berathung zusammentreten, soll nun doch definitiv beschlossen sein. Wir sagten schon früher und wiederholen das, daß von dieser Einrichtung einmal die Unabhängigkeit der Richter bedroht und dann der Willkühr derselben ein weiter Spielraum gelassen würde. Gegen beide Uebelstände sind die Kollegien das einfachste Schutzmittel.

Die Wahlangelegenheit der Stadt Naumburg ist noch immer nicht zu Ende. In Folge der Drohung, ihr die Städteordnung zu entziehen, hat die Stadt zwar gewählt; aber der Deputirte, Kaufmann Schwarzbach, so wie die beiden Stellvertreter, sämmtlich Mitglieder der aufgelösten Stadtverordneten-Versammlung, haben die Wahl abgelehnt und wollen ihre Gründe veröffentlichen. —

Da fast alle Gustav-Adolphs-Vereine, auch der Berliner nach heißem Streite, gegen Rupp's Ausschließung protestirt hatten, so ist Bornemann, welcher ein langes Gutachten zur Rechtfertigung dieser Ausschließung abgefaßt hatte, mit mehreren Gleichgesinnten aus dem Vereine ausgeschieden. Glück auf den Weg! Wenn der Verein irgend etwas nützen sollte, so

durfte er wenigstens kein Glaubensgericht, keine Waffe für den Pietismus und die Orthodorie werden. — In Nordhausen hat sich, nach einer Erklärung und Verwarnung des Magdeburger Konsistoriums, da keine Aussicht vorhanden war, den Diaconus Balger zum Pfarrer zu bekommen, unter ihm eine „freie Gemeinde“ gebildet, welche schon 300 Köpfe gleich Anzfangs zählte. Dieß Beispiel wird gewiß vielfach Nachahmung finden; auch in Bielefeld ist viel davon die Rede, daß die Neustadt, welcher man den von ihr gewünschten Pfarrer Niemeyer nicht geben will, sich zu einer freien Gemeinde konstituiren würde. —

Die „Allg. Preuß. Ztg.“ hat kürzlich die pikantesten und trassesten Stellen aus einigen Schriften von Marr, Heingen und Freiligrath als Abschreckungsmittel veröffentlicht. Obgleich die Stellen geschickter aus dem Zusammenhange gerissen und zusammengestellt waren, als man dieß sonst bei der „Allg. Preuß. Ztg.“ gewohnt ist, obgleich der „Rhein. Beob.“ u. s. w. des Jubels über diesen gelungenen Coup kein Ende finden konnten, so zweifle ich doch sehr, ob sie ihren Zweck ganz erreicht hat, ob ihr nicht vielleicht jene Schriftsteller sehr dankbar sind. Es ist bekannt, daß seiner Zeit die deutschen Kommunisten in London eine Dankadresse an Hr. Bluntschli in Zürich richteten wegen der großen Verdienste, die er durch seinen veröffentlichten Kriminalbericht um den Kommunismus sich erworben habe. — Der „Hollweger Bote,“ ein zu Unna erscheinendes Lokalblatt, erhielt kürzlich die nachgesuchte Erlaubniß, die politischen Tagesbegebenheiten mitzutheilen, wenn er dieselben wörtlich aus dem (servilen und pietistischen) „Volksblatt“ des Hrn. Pfarrers v. Toppelstirch abdruckte, wovon sich der Censor jedesmal zu überzeugen hätte. Nach den Proben, die wir früher gelegentlich aus diesem Blatte mittheilten, Korrespondenzen aus dem Ravensbergischen, wahrscheinlich aus Hrn. Marcard's Feder, hätten wir und unsere Leser gewiß nicht erwartet, daß man irgendwo dieses Blatt für ein Volksblatt „wie es sein soll“ hielte. — In Arnberg erscheint seit Neujahr eine sozialistische Monatschrift, die „Warte;“ ich habe das erste Heft erst flüchtig ansehen können und werde deßhalb später darauf zurückkommen. — Von Seiten eines hohen Regierungsbeamten soll der Versuch gemacht worden sein, die nachgelassenen Memoiren des bekannten an der Norwegischen Küste verunglückten Flüchtlings Kromb, welcher früher Privatsekretair des Hrn. v. Nagler war, von dessen Vater in Stettin zu acquiriren; indessen war der gesammte literarische Nachlaß Kromb's seinem Testamente gemäß schon an Georg Fein in Nordamerika abgegangen. — Es ist eine wahre Schmach für Deutschland, daß das Unternehmen des Hrn. v. Reden, eine allgemeine Zeitschrift zur Sammlung und Ermittlung der statistischen Verhältnisse zu gründen, aus Mangel an Theilnahme nicht zu Stande kommt. Nur 121 Abonnements waren angemeldet; Gelehrte, Universitäts- und Regierungen hatten sich äußerst spärlich bethelligt. Und doch ist grade auf dem Felde der Statistik in Deutschland noch so viel zu thun, und doch ist grade hier die sicherste Basis für alle sozialistischen Untersuchungen und Reformen zu finden. Hr. v. Reden wird jetzt die Zeitschrift, die von dem allgemeinen statistischen Verein ausgehen sollte, auf eigene Gefahr, aber in viel beschränkteren Maßstabe herausgeben.

Sachsen. Ein außerordentlicher Landtag ist zusammen berufen, dem wahrscheinlich auch Vorlagen über die Abhülfe des gegenwärtigen Nothstandes gemacht werden. Viel ist nicht davon zu erwarten; der sächsische Liberalismus hat bislang die soziale Frage immer am weitesten von sich abgewiesen. — Das Schicksal des Krakauer Diktators Tyssowski ist endlich entschieden und hat sich noch ziemlich freundlich gelöst. Oesterreich hat es übernommen, ihn mit seiner Familie über Triest nach Amerika zu schaffen und soll sich dabei recht freigebig bewiesen haben. Wenn ich nicht irre, hat Tyssowski versprechen müssen, nimmer nach Europa zurückzukehren.

Hannover. Die Kammer hat den von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurf, den Gemeinden Kredit bei Anleihen zur Beseitigung der Noth zu eröffnen, als unpraktisch und seinen Zweck verfehlend verworfen. Dagegen beantragt sie, die Regierung solle aus den Zinstornvorräthen der Königl. Domainen und Klosterkammern Vorräthe unentgeltlich oder zu mäßigen Preisen an die Armenkollegien und Unterstützungs-Vereine abgeben, und setzt 100,000 Thlr. zur Unterstützung armer Gemeinden aus. Endlich fragt sie an, warum die den schlecht besoldeten Steuereinnehmern und Schullehrern bewilligten Zuschüsse noch nicht verwendet wären? Diese Leute werden allerdings jetzt am schlechtesten warten können. —

Sessen-Kassel. Einer unserer Korrespondenten theilte oben Glasbrenners Behauptung mit, in Kassel hätte Jemand an irgend einem Tage gesungen: „Freut euch des Lebens!“ Ich weiß nicht, ob dieser Tag schon vorüber ist oder noch bevorsteht. Aber im Lesevereine zu Hersfeld sind Beschlagnahmen verfügt und Untersuchungen eingeleitet; der Gymnasiallehrer Jacobi ist suspendirt und von dem Buchhändler Schuster soll das Gymnasium kein Buch mehr kaufen, zur Warnung für alle mißliebigen Buchhändler. — Das Verbot der Speisung von 200 Menschen am Weihnachtstage meldeten wir schon unter den Korrespondenzen. — Der Stadtrath von Kinteln ist durch den Landrath darüber vernommen, warum er eine Dankadresse an den liberalen Deputirten Schwarzenberg abgesandt hätte. Komische Frage! Warum anders, als aus Sympathie? Bei manchen Loyalitäts-Adressen möchte sich schwerer ein solcher Grund angeben lassen; da liegen gewöhnlich äußerliche Vortheile zum Grunde, die man nicht gern gradezu als Motiv hinstellt. —

Baiern. Den Redakteuren der zu Nürnberg erscheinenden Zeitungen, „Korrespondent von und für Deutschland,“ „Nürnberger Courier“ und „Mittelrheinische Zeitung“ ist von der Regierung eröffnet, daß ihnen die auswärtigen Zeitungen ohne Nachzensur gegeben werden sollen, wenn sie durch Handschlag an Eides Statt versprechen, sie nicht aus den Händen und Lokalen der Redaktionen zu geben und sie nach dem Gebrauch dem Censor wieder auszuliefern. Die gewöhnlichen Leser haben aber auf diese ausnahmsweisen Vergünstigungen keinen Anspruch; für sie wird nach wie vor nachzensirt. Auch ist wieder unterschiedlichen Blättern der Post-Debit entzogen.

Württemberg. Die Kammer und mehrere Stadträthe sind mit der Regierung in Konflikt wegen der Censur gerathen. In der Kammer wurde ein Antrag Duvernoy's angenommen: „die Regierung solle noch

auf diesem Landtage beruhigende Erklärungen in Betreff der Presse geben, da die Kammer die Censur fortwährend als ein verfassungswidriges Institut ansähe.“ Nun, an Erklärungen wird's nicht fehlen; ob sie aber zur Beruhigung dienen, ist eine andere Frage. Unter anderen Stadträthen hatte auch der von Stuttgart eine Petition um Pressfreiheit eingereicht und gegen den davor erhaltenen Verweis entschiedenen Protest erhoben. Darauf erhielt er vom Minister Schlayer ein Aktenstück, welches sich durch eine wahrhaft ungeheuerliche Phantasie auszeichnet und eine Anschauung der deutschen Staatsverhältnisse affektirt, durch die man augenscheinlich die Petenten in's Bokshorn jagen wollte. „Die Sache selbst, ob Pressfreiheit existire oder Censur, sagt das Reskript, ginge den Staatsrath Nichts an, da er sich nur um Gemeindeangelegenheiten zu kümmern habe. Die Missbilligung der Petition durch die Regierung gälte hauptsächlich der verletzenden Darstellung. Es sei beleidigend, wenn der Stadtrath sage, die Censur lasse sich nicht vernunftgemäß handhaben. Die städtischen Kollegien nähmen keine Rücksichten auf die Verpflichtungen gegen den deutschen Bund und den unmittelbaren Zusammenhang, in welchem die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung in dem einen Bundesstaat mit der Sicherheit der übrigen Bundesstaaten und der moralischen und politischen Unverletztheit des Gesamtvaterlandes stände. (Das sind recht harte Worte, Hauptmann Pistol! Aber wer sagt denn Hrn. v. Schlayer, daß die „öffentliche Ordnung,“ die „Sicherheit“ und die „moralische und politische Unverletztheit des Gesamtvaterlandes“ durch die freie Presse gestört würden? Das sind ja beleidigende Voraussetzungen gegen die Staaten, mit denen wir trotz ihrer Pressfreiheit in freundschaftlichen Einvernehmen stehen. Es kommt aber noch besser; la fin couronne les oeuvres!) „Wenn man so exorbitant wäre, die Bundestagsbeschlüsse von 1819 (die nur provisorisch gefaßt wurden!) für nicht bindend für Württemberg zu erklären, so könnte Württemberg in ein Kriegsverhältniß mit ganz Deutschland gerathen!“ Herr Minister, das ist doch zu arg, das werden selbst die Schwaben nicht glauben. Warum ist denn Oldenburg nicht in ein „Kriegsverhältniß mit ganz Deutschland“ gerathen, als es die Presse bei der Besprechung inländischer Zustände von der Censur befreite? Sind denn die einzelnen Bundesstaaten nicht souverain? Solche Schreckschüsse machen einen dem beabsichtigten furchtbaren gradezu entgegengesetzten Eindruck! —

Von Waiblingen ist eine Petition an die Stände erlassen: „Man möge auf einer Domaine nach den neuesten Entdeckungen der Wissenschaft den Versuch zu einer Organisation der Arbeit machen, um die Handwerker und kleinen Bauern vor dem sicheren Ruin zu schützen und ihren Wohlstand auf einer sichereren Grundlage, als der der freien Konkurrenz, zu erbauen.“ Bravo! Kann auch ein so vereinzelter Versuch, ein einzelnes Fourieristisches Phalanstère mitten in der Welt der Konkurrenz leicht scheitern, so haben doch die Waiblinger das Verdienst, zuerst einer deutschen Kammer zu einer genauen Beleuchtung und Erörterung eines praktischen Vorschlages zur sozialen Reform Veranlassung gegeben zu haben. Ob die Kammer aber genau, oder überhaupt auf diesen Antrag eingehen werde, das müssen wir abwarten. Die Petition verlangt auch Organisation der

Auswanderung; vielleicht begnügt sich die Kammer mit der Erörterung dieser, in Erwägung der poetischen Freiheit, einen Theil für das Ganze zu setzen.

Baden. Außer den von der Regierung angeordneten Unterstützungs-Kommissionen, welche Staats- und Gemeindebauten veranlassen, Lebensmittel zu billigen Preisen oder umsonst vertheilen, Suppenanstalten gründen sollen, ist auch ein äußerst langes Programm der neuen „Deutschen Ztg.“ dem Organe der „liberalen“ Partei (Mathy, Gervinus ic. ic.), zu Heidelberg erschienen. Es ist aus der langathmigen Feder des Hrn. Gervinus geflossen. Demnach soll der Standpunkt der neuen Zeitung, welche das Volk schon die Hofraths- oder Professoren-Zeitung nennt, der nationale und der konstitutionelle, die Herrschaft des dritten Standes, sein; sie wird sich „besonnen“ gegen die „Extreme“ auf beiden Seiten verhalten, und hat auch wahrscheinlich in Folge dieser Besonnenheit ein ernstes Eingehen auf die soziale Frage, wie es Hecker verlangte, abgelehnt. Außerdem hat sie aber eine Entdeckung gemacht, so scharfsinnig, wie nur je eine von einem deutschen Gelehrten erwittert wurde, „daß nämlich die Ultraliberalen (soll wohl heißen die Sozialisten) die Standesunterschiede aufrecht hielten, daß sie einen neuen Stand hervorriefen, indem sie den untersten über alle anderen emporheben wollten. Gegen eine solche Dummheit oder absichtliche Verdrehung etwas zu sagen, lohnt nicht der Mühe. Gegen den Unsinn kämpfen die Götter selbst vergebens.

Schweiz. Gewaltmaafregeln der jesuitischen Regierung zu Freiburg gegen Volksversammlungen, eine schlecht geleitete Agitation der radikalen Partei, ein noch schlechter ausgeführter und darum gänzlich mißlungener Putsch derselben gegen die Regierung, darauf Verhaftungen, Bestrafungen, die wahrscheinlich den Luzerner Geist der „Milde“ athmen werden, — sonst nichts Neues. Nur wird den Luzerner Herren jetzt das Inquiriren des Verhörers Ammann selbst zu lange und zu theuer und sie haben ihm deshalb ernstlich befohlen, die Akten an den Staatsanwalt abzugeben. — Daß Heizen auch aus dem Vororte Bern ausgewiesen werden würde, war nach der diplomatisch-bürokratischen Wandelung Hrn. Dachsenbeins zu erwarten. Bleibt ihm nur noch die französische Schweiz als Asyl. Der französische Gesandte hat ihm nicht nur ein Asyl, sondern sogar das Visum für die Durchreise durch Frankreich versagt. Er hat sich deshalb an Guizot selbst gewendet.

Frankreich. Die Kammern sind eröffnet. Die Thronrede hat, wie das zu erwarten war, gegen die Einverleibung Krakau's und gegen die Verletzung der Wiener Verträge protestirt; die Kammer hat diesen Protest noch verschärft. Uebrigens hoffen Thronrede und Adresse auf Erhaltung des Friedens, die auch nicht zu bezweifeln ist, obgleich von der Tribüne mehrmals erklärt wurde, daß Frankreich jetzt durchaus nicht mehr an die Wiener Verträge gebunden sei, wobei es nur gewinnen könne. Erfreulich ist es aber, daß bei dieser Gelegenheit, namentlich von Hrn. Montalembert in der Pairskammer, das Geschrei nach der Rheingränze gebührend gezeißelt und auf ein Bündniß Frankreich's mit Deutschland statt des englischen und russischen hingewiesen wurde. Wir haben schon

früher nachgewiesen, daß ein solches Bündniß für Deutschland das natürlichste und nützlichste wäre. Ueber die spanischen Heirathen und den dadurch veranlaßten Bruch der entente cordiale mit England wird zwar Hr. Thiers den Ministern Malicien genug sagen und es ist auch nicht zu läugnen, daß Hr. Guizot trotz seines sonstigen Puritanismus kein sehr ehrliches Spiel gespielt, vielmehr Lord Palmerston arg dupirt hat. In Bezug auf sein Versprechen, die Heirathen sollten nicht gleichzeitig stattfinden, machte er gar die kindische Entschuldigung geltend, die Königin wäre auch vor der Infantin verheirathet d. h. die Ceremonie wurde an ihr 5 Minuten früher vollzogen. Indessen haben sich in dieser Frage die HH. Dufaure und Villault von Thiers getrennt und eine eigene Partei, die s. g. unabhängige Linke gebildet, weshalb auch das Verfahren der Minister von der Kammer gebilligt werden wird. Auch diese junge Linke weist nämlich das Bündniß mit England zurück und wendet sich Deutschland zu. Trotzdem ist es aber immer möglich, daß Hr. Guizot, dessen Halsstarrigkeit Louis Philipp nicht so gut zusagt, als die Geschmeidigkeit Molé's, nebst dem heißblütigen Lord Palmerston der entente cordiale zum Opfer gebracht werden.

Wichtiger als dieß sind die Aeußerungen der Thronrede über die herrschende Noth, die sie im vollsten Maaße anerkennt. Es wäre auch freilich vergebliche Mühe gewesen, sie abzuläugnen, wenn die Zeitungen täglich aus allen Gegenden des Landes Tumulte aus Noth, gemaltsame Wegnahme von Lebensmitteln und blutige Konflikte des hungrigen Volkes mit dem Militair melden. Die ehrenwerthen Deputirten murreten bei den Paragraphen der Thronrede über die Noth und stießen Freudenrufe aus bei der Angabe der Maaßregeln zur Beseitigung derselben. Wir wollen abwarten, was sie weiter dazu thun, bezweifeln aber leider im Voraus, daß wir in diese Freudenrufe einstimmen können.

England. Auch hier ist das Parlament eröffnet. Nach einer trockenen Protestation gegen die Einverleibung Krakau's, nach einigen kalten, verbießlichen Worten über die spanischen Heirathen geht die Thronrede mit Ernst und Besorgniß auf die namentlich in Irland herrschende Noth ein, von der sie zugiebt, daß sie viele Tausende hinraffe, daß sie schlimmer sei, als die schlimmsten Hungerjahre der Vergangenheit. Eine Versammlung des Adels und der Gutsbesitzer in der Rotunda zu Dublin erkennt ebenfalls die Noth im vollsten Maaße an; man will aller politischen Differenzen vergessen und im Parlament eine „irische Partei“ bilden, damit vor Allem der soziale, materielle und geistige Zustand des Landes gehoben werde. Irland solle geholfen werden, sagte O'Connell, und wenn 50 Mill. Pfd. dazu nöthig wären. Uebrigens müsse die Hülfe hauptsächlich in der Zufuhr von Lebensmitteln bestehen; denn alle Anordnung von Arbeit könne der Noth keine Schranken setzen, wenn nicht erst genügende Vorräthe geschafft würden.

Zur Bekämpfung dieser Noth schlägt nun die Thronrede zunächst die Aufhebung der Korngefesse und, damit die Fracht möglichst herabgedrückt werde, auch die Aufhebung der Schiffsahrtsakte vor. So können nun also Schiffe aller Länder Getreide zollfrei einführen; denn das Oberhaus hat diesen Vorschlag angenommen, und auch im Unterhause werden die Pro-

tionisten Angesichts der Noth keine ernstliche Opposition wagen. Um nun den Iren aber die so herbeigeschafften Vorräthe auch zugänglich zu machen, will Lord Russell ferner, daß man den irischen Grundbesitzern 50,000 Pfd. vorschleie, um Saatkorn einzukaufen und erhebliche Verbesserungen in der Landeskultur vorzunehmen. Weigern sie sich, Sümpfe auszutrocknen oder wüste Ländereien urbar zu machen, so nimmt die Regierung diese Länderstrecken gegen eine kleine Entschädigung an die Grundbesitzer an sich und läßt sie kultiviren, um sie zu vermietthen oder zu verkaufen. Das englische Volk ist mit diesen Vorschlägen nicht zufrieden. Einmal wären sie nicht ausreichend, um den Hungertod vieler in den entlegenen Distrikten zu verhindern; die schweren Opfer, welche England zugemuthet würden, kämen mehr den Gutsbesitzern, als dem irischen Volke zu Gut, namentlich der vom Premier vorgeschlagene Erlaß der Hälfte der Summen, die sie England jetzt schulden. Gegen die irischen Gutsbesitzer, namentlich gegen die, welche den Schweiß ihrer Pächter im Auslande verprassen, wurden im Parlamente heftige Ausfälle gemacht. Sie würden ihr Benehmen gegen die kleinen Pächter doch nicht nachhaltig so verändern, daß eine Verbesserung der Lage derselben zu erwarten wäre. Das jetzige Pachtssystem sei die Wurzel alles Uebels; die „Times“ schlug deshalb schon vorlängst für Irland eine neue Vertheilung des Grundeigenthums vor, um dem blutsaugerischen Pachtssystem auf einmal ein Ende zu machen. Dasselbe Journal, welches übrigens auch besonders besorgt um seinen, resp. Englands Beutel ist, da die für Irland nöthigen Ausgaben durch Erhöhung der Einkommen- und Besitzsteuer (income- and propriety-tax) aufgebracht werden sollen, sieht das einzige Mittel zur Beseitigung der Noth in der sofortigen Einführung des alten englischen elisabethinischen Armengesetzes, nach welchem jeder Arme ein Anrecht auf die Unterstützung der Gemeinde oder des Gutsheeren hat. Das wirksamste Mittel wäre das gewiß, obgleich die Lobpreisungen der „Times“ ihren Grund in dem Wunsche haben, die Last den irischen Grundbesitzer allein aufzuladen; für England die Arbeitshäuser mit dem alten Armengesetz wieder zu vertauschen, wird sie schwerlich für nöthig und räthlich erachten. Dabei müssen wir noch erwähnen, daß die reichen Engländer in Hamburg einen Aufruf erlassen haben, die Hungersnoth in Irland durch reiche Beiträge zu lindern und daß die „Börsenhalle“ auch alsbald eine Subskription eröffnet hat, die wahrscheinlich mehr eintragen wird, als eine für deutsche Arme. Wir sind keine exklusive Nationale, aber es ist wahrlich eine alberne Gutmüthigkeit, dem überreichen England in der Unterstützung seiner Armen zu Hülfe zu kommen. Kann es nicht selbst mit gutem Willen und einiger Aufopferung Rath schaffen? Und ist nicht bei uns die Noth ebenfalls groß genug und sind nicht die Mittel zur Abhülfe derselben viel geringer? Aber freilich das „Anstandsgefühl“ der deutschen Presse sorgt nebst anderen Umständen dafür, daß nicht so skandalöse Details über das herrschende Elend publizirt werden.

Der bekannte Chartistenführer Feargus O'Connor hat jetzt, ähnlich wie die amerikanischen National- und Sozialreformer, eine Agitation für die Befreiung des Bodens d. h. für ein agrarisches Gesetz begonnen. Gott habe das Land zum Eigenthum für Alle bestimmt; so viel Grund und Boden müsse Jeder besitzen, daß er sich mit seiner Hände Arbeit darauf

nähren könne, und diese freien Grundbesitzer, diese neue Jeomanry werde die sicherste Grundlage der wahren Demokratie bilden. Vorläufig haben O'Connor und andere Führer Güter gekauft, welche so viel Chartistenfamilien, als Platz finden, gemeinschaftlich bebauen sollen; sie ermuntern alle Arbeiter, ihr Geld zur Erwerbung eines Stückes Grund und Boden zu verwenden. Es wird nicht lange währen, namentlich wenn diese Agitation in Irland sich verbreitet, daß man wie in Amerika die unentgeltliche Ueberlassung des Grund und Bodens fordert. Zugleich ist eine „nationale Land- und Arbeits-Bank“ d. h. eine Chartistische Depositen- und Leihbank gegründet; auch erscheint eine neue sozialistische Monatschrift „der Arbeiter,“ redigirt von O'Connor und Ernst Jones.

Spanien und Portugal. In Spanien fängt die Verwirrung wieder an und wird nicht enden, so lange die räthelvolle Christine ihre Hände im Spiel hat. Der verbannte Dlozaga, der fähigste Staatsmann Spaniens, wurde der Charte zuwider verhaftet, als er kam, seinen Platz in den Cortes einzunehmen, und erlangte nur mit Mühe, daß er wieder nach Frankreich zurückgeschickt wurde. Das Ministerium Isturiz ist gestürzt, das neue moderirt-absolutistische noch nicht gebildet. Dazu tauchen an allen Ecken und Enden Karlistenbanden auf und wie es heißt ist schon Cabrera im Lande, um eine nochmalige allgemeine Erhebung der Karlisten zu wagen. So wird also bald wieder der Bürgerkrieg das schöne Land verwüsten, der auch in Portugal noch immer wüthet. Die Insurgenten-Generale Bomsim und das Antas sind zwar nach tapferem Widerstande von dem Chef der königl. Truppen, Marschall Saldanha, geschlagen, weil sie im entscheidenden Augenblicke von ihren regulären Truppen verlassen wurden. Sie haben sich nach Oporto zurückgezogen, sind aber nicht entmuthigt, sondern haben mit den ebenfalls aufgestandenen Miguelisten ein Bündniß geschlossen und man schlägt ihre Kräfte noch hoch genug an, daß man ihnen Vergleichsvorschläge gemacht hat, obgleich sie die Königin für abgesetzt erklärt haben. —

Oesterreich. Nach einigem Zaudern ist nun Krakau definitiv mit in die österreichischen Mauthlinien aufgenommen; die Bemühungen der Breslauer Deputation, den schlesischen Handel vor diesem empfindlichen Schlage zu bewahren, sind also doch ohne Erfolg geblieben. — Für die große Masse der Bevölkerung ist eine Amnestie wegen der Gallizischen Insurrektion erlassen; nur gegen die Rädelsführer, gegen die, welche thätigen Antheil genommen haben, gegen Beamte, Priester und Advokaten soll die Untersuchung fortgeführt werden. — Durch ein Cirkularschreiben an alle Länderstellen der österreichischen Erblande hat die Regierung verfügt, daß fortan alle Zehnten und Frohnden auf dem Wege freiwilliger Uebereinkunft in andere Leistungen umgestaltet oder ganz abgelöst werden können, wie das schon von Joseph II. beschlossen war, ohne daß er es durchzusetzen vermochte. Die Zeit hat den Widerstand, an dem jener edle Kaiser scheiterte, zerbrochen.

Rußland. Vielfache Gerüchte von bedeutenden Truppenansammlungen in Polen ließen erwarten, daß Rußland endlich den letzten Schritt zur Vernichtung Polens thun und das Königreich gradezu für eine russische Provinz erklären würde. Rußland hat aber gegen diesen Verdacht

entschieden protestirt; es kommt geräuschloser durch eine Finanzmaafregel zu seinem Ziele. Die polnische Bank zu Warschau hat plötzlich alle Kapitalien, die hypothekarisch auf den Landgütern eingetragen sind, gekündigt. Dadurch wird der Adel ruiniert. Und wie die russische Regierung durch die Ablösungsgesetze für die Bauern den Grund zu einem russischen Bauernstande legte, so bringt sie durch diese Finanzmaafregel viele Rittergüter zum Verkauf und wird schon dafür sorgen, daß sie in die Hände von Russen kommen. Die polnische Sprache wird bald nur noch im Auslande gesprochen werden; im eigenen Vaterlande wird man sie bald nicht mehr verstehen. **L.**

Nachschrift.

Die lange erwarteten Veränderungen in der ständischen Verfassung Preußens sind endlich am 3. Februar angeordnet. Ich theile den Lesern kurz die Grundzüge mit. Es ist keine Konstitution, die uns gegeben ist, sondern die Provinzialstände treten so, wie sie sind, zu einem Vereinigten Landtage (nicht Reichsstände) zusammen, um die durch frühere Gesetze angeordnete Zustimmung zu Anleihen, zur Erhöhung bestehender, zur Einführung neuer Steuern zu geben. In diesen Fällen beräth der Herrenstand mit den drei übrigen Ständen gemeinschaftlich, sonst separat (als Oberhaus?). Das gilt aber nur für Friedenszeiten; im Fall eines bestehenden oder drohenden Krieges wird nur die Deputation für das Staatsschuldenwesen wegen Anleihen befragt und der König behält sich die Erhebung außerordentlicher Steuern vor. Eingangszölle, Ausgangszölle und Durchgangszölle sind gleichfalls ausgenommen. Der Vereinigte Landtag kann Bitten und Beschwerden über innere Angelegenheiten des ganzen Staates oder mehrerer (nicht einer) Provinzen an den König bringen, wenn sich in beiden Versammlungen $\frac{2}{3}$ der Stimmen dafür ausgesprochen haben. Ist nur einfache Majorität gegen einen von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurf da, so soll auch die Ansicht der Minorität dem König mitgetheilt werden. Andere Beschlüsse werden mit einfacher Majorität gefaßt. Bei gemeinschaftlichen Berathungen führt der Marschall des Herrenstandes den Vorsitz. Der Vereinigte Landtag steht mit den Kreisständen, Gemeinden und anderen Körperschaften, so wie mit den von ihm vertretenen Ständen und einzelnen Personen in keinerlei Geschäftsverbindung und dieselben dürfen den Abgeordneten weder Instruktionen noch Aufträge ertheilen. Auch dürfen Bitten und Beschwerden bei dem Verein. Landtage nur von Mitgliedern desselben angebracht werden. Zurückgewiesene Bitten und Beschwerden dürfen nicht von demselben Landtage und später nur mit neuen Gründen erneuert werden. Minister und Beamten, die der König bestimmt, dürfen den Sitzungen beiwohnen.

Die Einberufung des Verein. Landtages findet Statt, wenn es

der König für nöthig hält. Den Geschäftsgang hat er sich zu bestimmen vorbehalten. Ob die Sitzungen öffentlich sein sollen, darüber sagt das Patent Nichts, wahrscheinlich sollen sie es also nicht sein.

Außerdem sollen die ständischen Ausschüsse der Provinzial-Landtage zu einem vereinigten ständischen Ausschusse nach Ermessen des Königs, mindestens alle 4 Jahre zusammentreten. Er hat seinen Rath, wenn er verlangt wird, zu ertheilen bei Veränderungen in Personen- und Eigenthumsrechten, vertritt den Vereinigten Landtag, wenn dieser nicht versammelt ist, in seinen Funktionen bei'm Staatsschuldenwesen (Rechnungsabnahme), und hat Petitionsrecht, wenn die Petitionen nicht eine Veränderung der ständischen Verfassung bezwecken.

Endlich wird eine ständische Deputation für das Staatsschuldenwesen gebildet aus 8 Mitgliedern, von denen jeder Provinzial-Landtag eines (nebst 2 Stellvertretern) aus seiner Mitte auf 6 Jahre wählt. Diese Deputation tritt wenigstens einmal im Jahre zusammen und wird durch den Minister des Inneren einberufen; die Mitglieder werden vereidigt. Sie soll, wie oben bemerkt, bei Anleihen in Kriegzeiten mitwirken, die eingelösten Staatsschuldscheine gemeinschaftlich mit der Hauptverwaltung der Staatsschulden in Ver schluß nehmen und ihre Deposition bei'm Kammergericht bewirken, die Jahresrechnung über die Verzinsung und Tilgung der Staatsschulden nach der Revision der Oberrechnungskammer prüfen und etwaige Gutachten an den Vereinigten Landtag oder Ausschuss vorbereiten, und kann endlich außerordentliche Revisionen der Staatsschulden-Tilgungskasse und der Kontrolle der Staatspapiere vornehmen. Nächstens mehr darüber! — **L.**

Abenda, Ende Dezember.

Im Oktoberhefte dieses Blattes theilte ich den Lesern mit, daß die mir vom Oberlandes-Gerichte zu Paderborn bewilligten, auf meine Kosten angefertigten Abschriften der Erkenntnißgründe der beiden in meinem Proceßprozeße gesprochenen Urtheile mir durch eine Verfügung desselben Obergerichts unter Androhung von Gewalt wieder weggenommen wurden. Ich reichte deshalb eine Civilklage gegen die Mitglieder des genannten Obergerichts auf Zurückgabe der Erkenntnisse und Entschädigung bei dem Justiz-Ministerium ein, mit der Bitte, mir das Forum für das Obergericht zu bestimmen. Darauf erhielt ich den Bescheid: „Gegen Verfügungen, welche eine Behörde in Angelegenheiten ihres Ressorts erlassen habe, sei der Weg Rechtens nicht zulässig; die Interessenten könnten sich aber beschweren. Uebrigens sehe der Justizminister sich von Aufsicht wegen nicht veranlaßt, das Gericht zur Zurückgabe (zuzuweisen.“

Ich sehe nun zwar nicht recht ein, wie die Wegnahme der in mein Eigenthum übergegangenen Erkenntnisse, welche mir das Obergericht zuerkannt hatte, zu den „Angelegenheiten seines Ressorts“ gehören soll, namentlich da der Proceß längst vollständig durch meine Frei-

sprechung beendet war. Indessen war nach den Worten des Justizministers von einer Beschwerde kein Erfolg zu erwarten.

Unterdessen habe ich erfahren, daß die quäst. Verfügung, obgleich „Königl. Ober-Landes-Gericht“ unterzeichnet, vom dem Präsidenten Hrn. Lange ohne Zuziehung und Wissen des Kollegiums erlassen sei. Ob das Kollegium etwas dagegen gethan hat oder thun kann und wird, kann ich natürlich nicht wissen. Ich werde die Sache sicherlich durch alle Instanzen treiben und zunächst versuchen, ob ich den Weg Rechtsens gegen Hrn. Prääsidenten Lange betreten kann.

Der Justizminister hat dem Vernehmen nach die Namen der Referenten in beiden Instanzen zu wissen verlangt und dem Kollegium eine lange Belehrung resp. einen Verweis wegen der Urtheilssprüche zugehen lassen. Die Namen der Referenten hat er erfahren. Das Kollegium hat aber dem Minister das Recht, ihm eine Belehrung oder einen Verweis wegen eines Urtheils zu ertheilen, bestritten. Und in der That scheint die Unabhängigkeit der Richter, auf welche Preußen so stolz ist, ernstlich durch ein solches Verfahren gefährdet zu werden. Doch soll Seitens des Justizministers gegen die Mitglieder des mich freisprechenden Senates eine Art von Disziplinar-Untersuchung, Vernehmungen u. dgl. verfügt sein. So sagt das Gerücht bestimmt, wie unglaublich die Sache auch klingt. Da aber bei allen diesen Verhandlungen die Amtverschwiegenheit dringend eingeschärft ist, so habe ich nichts Näheres darüber erfahren können.

Den weiteren Verlauf dieser interessanten Rechtsfrage theile ich den Lesern seiner Zeit mit. Es handelt sich darum, ob gegen Handlungen einer Behörde, wenn ihnen der Titel „Amtshandlungen“ vindizirt wird, kein Rechtsweg zulässig ist, ob durch eine Verfügung eines Ober-Landes-Gerichts-Präsidenten einem Bürger brevi manu ein wohl erworbenes, vom Gerichte ihm zugesprochenes Eigenthum weggenommen werden kann, ohne daß ihm die Möglichkeit gegeben ist, es durch eine Klage wiederzuerhalten. Diese Möglichkeit, also die Zulassung der Klage wird doch gewiß selbst von dem ruhigsten Bürger nicht für eine extravagante Forderung gehalten werden.

Dr. Otto Lüning.

A h n e n s t o l z.

Moi noble? oh! vraiment, Messieurs, non.
 Non, d'aucune chevalerie
 Je n'ai le brevet sur velin.
 Je ne sais qu'aimer ma patrie;
 Je suis vilain et tres vilain.

Péranger.

Auf mein untabliges Geschlecht
 Bild' ich was Rechts mir ein;
 Doch gönn' ich Andern auch das Recht,
 Auf Ahnen stolz zu sein.
 Der eitle Thor nur sei verlacht,
 Der, weil den Wahn er hegt,
 Er sei aus bess'rem Teig gemacht,
 Die Nase höher trägt.

Mir prangt im hohen Ritteraal
 Kein düstres Ahnenbild,
 Kein Harnisch und kein Helm von Stahl,
 Nebst Lanze, Schwert und Schild,
 Wo sich der Adel ächt und alt,
 — Wie die Heraldik lehrt, —
 In wilder Bestien Gestalt
 Symbolisch noch bewährt.

Von meinen nächsten Ahnen schweigt
 Auch die Geschichte ganz;
 Kein Erz- und Marmordenkmal zeugt
 Von ihrer Thaten Glanz;
 Doch in die Vorzeit weit hinauf, —
 So weit man Spur entbeckt, —
 Hat ihren stillen Lebenslauf
 Nie eine Schuld befleckt.

Ein Felsenest auf steilen Höh'n,
 Vor dem dem Wanderer graut',
 Wie Geier Beute zu erspähn,
 Hat Keiner sich erbaut';
 Dort nicht verjubelt und verzecht,
 In stolzem Uebermuth,
 Das durch sein Faust- und Kolbenrecht
 Geraubte fremde Gut.

Mir zeugt kein modernbes Papier
 In des Archives Staub
 Von blut'gen Fehden, von Turnier,
 Nordbrand und Dirnenraub;
 Auch nicht, daß Einer meines Stammes
 Zum heil'gen Grabe zog,
 Weil ihm die Last des Sündenschwammes
 Zu schwer am Herzen wog.

Es diene ihnen nie zur Frohn,
 Bei wildem Jagdgeheß,
 Des Bauernhofs leibeigner Sohn,
 Mit Klapper, Strick und Neß;
 Sie traf nie Fluch und Weheruf,
 Wenn seine gold'ne Saat,
 Vom Wild verheert, der Kasse Huf
 Nun endlich ganz zertrat. —

Von seiner Ernte nahmen sie
 Vorweg nichts des Gewinns,
 Erzwingen von den Töchtern nie
 Den Kranz- und Busenzins,
 Nicht endlich, wenn der Meyer starb
 Nicht alles Guts beraubt,
 Von dem, was er im Schweiß erwarb,
 Noch gar das beste Haupt.

Sie buhlten nie um Fürstengunst,
 Um falschen Glanz und Schein;
 Sie drängten nie, mit Höflingskunst,
 Sich fest in Pfründen ein,
 Und keinem ungerathnen Sohn
 Ward ein Diplom zum Amt,
 Zum Voraus in der Wiege schon,
 Vom Vater angestammt. —

Auch Schwang von ihnen, oder schlich,
 Durch feiler Stimmen Kauf,
 Kein reicher, schlauer Domherr sich
 Zum Fürstenthron hinauf,
 Auf dem er, — wie ein Tantalus, —
 Im Landesfette schwamm,
 Und den ergeizten Ueberfluß
 Vererbte auf den Stamm. —

Durch dieß und Gleiches haben sie,
 So weit man Spur entdeckt,
 Den angestammten Abel nie
 Mit einer Schuld besleckt,
 Und das ist mehr als Thatenglanz,
 Dem Tugendglanz gebricht! —
 Denn Ruhm und Macht und Lorbeerkranz
 Schmückt oft den Bösewicht. —

So bin ich auf die Ahnen stolz;
 Doch bild' ich mir nicht ein,
 Auch selbst ein Zweig von bess'rem Holz,
 Als Andere, zu sein,
 Was stellst du, Thor, dich über mich,
 Der solchen Dünkel hegt?
 Des edlern Stammes rühme sich,
 Wer bess're Früchte trägt!

Hilarius Nechtlieb.





